

AUSLANDSINFORMATIONEN



**EUROPA
PRAGMATISCH
VORANBRINGEN**

AUSLANDSINFORMATIONEN

4 | 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

an Weckrufen für Europa hat es in den vergangenen Jahren nicht gemangelt: Russland annektiert zunächst die Krim, überfällt später die gesamte Ukraine und greift damit auch die europäische Friedensordnung frontal an. Auf der anderen Seite des Atlantiks erringt 2016 mit Donald Trump ein Mann die Präsidentschaft, der die Sicherheitsgarantien der USA für ihre europäischen Verbündeten infrage stellt. In unserer Nachbarschaft, im Nahen Osten, wollen islamistische Terroristen und ihre regionalen Unterstützer Israel, die einzige Demokratie der Region, vernichten. Und autoritäre Staaten, die die nach 1945 etablierte Völkerrechtsordnung umschreiben wollen, streben nach Allianzen auch mit Ländern, die uns eigentlich nahestehen.

Die Schlussfolgerung aus diesem Panorama – dass Europa nach außen handlungs- und durchsetzungsfähiger werden sollte – ist so offensichtlich, dass kaum ein politischer Akteur an ihr vorbeikommt. Wir haben also kein Erkenntnisdefizit. „Europa muss die Sprache der Macht lernen“, ist einer der Sätze, in denen sich diese Einsicht üblicherweise ausdrückt.

Und die Wirklichkeit? Da bringen in einer aktuellen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht einmal vier von zehn Deutschen die Europäische Union mit „Stärke in der Welt“ in Verbindung. Das ist kein Zufall. Zwar hat die EU erfreulich geschlossen auf Russlands Angriff auf die Ukraine reagiert. Bei der militärischen Unterstützung für Kiew aber kann Europa auch fast zwei Jahre nach Kriegsbeginn seine eigenen Zusagen nicht einhalten, etwa bei Munitionslieferungen. Und auf eine mögliche erneute Wahl Donald Trumps wären wir nicht viel besser vorbereitet als beim ersten Mal.

Das hat auch damit zu tun, dass europapolitische Debatten zu oft im Ungefähren bleiben und durch wohlklingende, aber oft unrealistische Zukunftsentwürfe und fast schon flehentliche Beschwörungen gekennzeichnet sind, Europa möge doch nun – diesmal aber wirklich – mit einer Stimme sprechen. Gegen langfristige Diskussionen über Grundsätzliches und das Formulieren großer Ambitionen ist nichts einzuwenden. Sie dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, was angesichts der prekären Weltlage Priorität haben muss: eine Politik, die sich auf pragmatische Lösungen und das schnell Machbare konzentriert.

Das gilt auf dem Feld der **Verteidigungspolitik**. Während Ideen wie die Schaffung einer europäischen Armee so weitreichend sind, dass sie kaum Aussicht auf baldige Umsetzung haben, gibt es einige Bereiche, in denen konkrete Verbesserungen herbeigeführt werden könnten. Das beginnt mit der Erhöhung der militärischen Schlagkraft der Einzelstaaten, wo nicht zuletzt Deutschland nach wie vor weder die Fähigkeiten hat, seiner Schlüsselrolle bei der konventionellen Verteidigung Europas zu entsprechen, noch einen

verlässlichen Plan, wie es das in Zukunft schaffen kann. Das geht weiter bei Fragen der Rüstungskoooperation, wo es auch an den nationalen Regierungen ist, wenn schon nicht den großen gesamteuropäischen Wurf, dann doch immerhin gemeinsame Rüstungsprojekte zwischen einer begrenzten Zahl von Staaten zu ermöglichen.

Konkrete Fortschritte bei solchen Fragen sind auch deshalb so wichtig, weil sie dazu beitragen würden, jenen Stimmen in Amerika den Wind aus den Segeln zu nehmen, die die enge Bindung der Vereinigten Staaten an die „alte Welt“ vor allem als unnötigen Kostenpunkt sehen. Man kann es nicht oft genug betonen: Die USA „in Europa“ zu halten, wird auf absehbare Zeit das effektivste Mittel bleiben, um unsere Sicherheit zu gewährleisten.

Auch in der **Außenpolitik** im Allgemeinen führt es nicht weiter, ewig auf den Moment zu warten, in dem eine europäische Politik aus einem Guss über die Welt kommen wird. Europäische Außenpolitik ist und bleibt in erster Linie Außenpolitik der europäischen Staaten – auch wenn eine entschlossene Kommissionspräsidentin die außenpolitische Rolle Brüssels in den vergangenen Jahren stärken konnte, wie Felix Müller in dieser Ausgabe der Auslandsinformationen zeigt.

Eine gemeinsame europäische Außenpolitik scheitert in vielen Fällen einfach daran, dass die Interessen und Einschätzungen zwischen den heute 27 Mitgliedstaaten zu heterogen sind. Seit Langem wird deshalb über die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich diskutiert. Tatsächlich würde ein solches Verfahren Entscheidungen erleichtern. Aber: Jeder Mitgliedstaat – auch diejenigen, die in der jüngeren Vergangenheit wiederholt europäische Einigungen blockiert haben – müsste diesem Verfahrenswechsel zustimmen, weswegen er auf absehbare Zeit wohl nicht kommen wird. Und selbst wenn: Möchte die Bundesregierung tatsächlich in außenpolitischen Fragen wie etwa der Haltung zum Krieg in Nahost gegebenenfalls überstimmt werden?

Wir sollten unsere Energie zunächst darauf verwenden, über beständigen Dialog innerhalb Europas so viel Übereinkommen zu erzielen, wie eben möglich ist – und ergänzend dazu gemeinsam mit den Ländern handeln, mit denen die Übereinstimmung am größten ist.

Ein weiteres Feld, auf dem zügiges Handeln erforderlich ist, ist die **EU-Erweiterungspolitik**. Die Europäische Union hat als Raum der Freiheit und des Rechts auf viele Menschen in ihrer Nachbarschaft nach wie vor Anziehungskraft – selbst oder vielleicht gerade dann, wenn deren Regierung einen völlig entgegengesetzten Kurs verfolgt, wie Jakob Wöllenstein in seinem Artikel zu Belarus verdeutlicht. Man muss aber gar nicht auf die Länder schauen, für die ein EU-Beitritt in näherer Zukunft kein Thema sein wird. Schon

die Zahl der tatsächlichen Beitrittskandidaten ist erheblich. Die sechs Westbalkanstaaten stehen seit bald 20 Jahren in der Warteschleife, 2022 haben zudem Georgien, Moldau und die Ukraine Beitrittsanträge gestellt. Dass nun der Prozess insbesondere mit den beiden letztgenannten Staaten in beschleunigtem Tempo vorangetrieben wird, ist richtig. Aber eine solche Entschlossenheit braucht es auch mit Blick auf den Westbalkan. Dass wir auf dem Weg dieser Länder in die EU die strengen Beitrittskriterien nicht derart aufweichen dürfen, dass wir als Gemeinschaft am Ende größer, aber schwächer dastehen, ist unbestritten. Klar ist allerdings auch: Im Erweiterungsprozess der kommenden Jahre sollten geostrategische Erwägungen einen größeren Raum einnehmen als früher, muss es doch unser Ziel sein, dem Einfluss von Staaten wie Russland und China in unserer unmittelbaren Nachbarschaft etwas entgegenzusetzen.

Erheblich für Europas Handlungspotenzial ist auch seine ökonomische Kraft – der Bereich, in dem wir heute noch in einer Liga mit den Vereinigten Staaten und China spielen. Oberstes Ziel europäischer **Wirtschaftspolitik** sollte daher sein, unseren Kontinent wettbewerbsfähig zu halten. Dabei führt die gerade im linken Spektrum verbreitete Vorstellung, nur eine immer höhere Schuldenaufnahme – am besten noch gemeinschaftlich – ermögliche den nachhaltigen Umbau der europäischen Wirtschaft, in die Irre, wie Tim Peter in seinem Beitrag unterstreicht. Vielmehr ist langfristige finanzielle Stabilität die Voraussetzung dafür, notwendige Investitionen in die ökologische und digitale Transformation auf unserem Kontinent tätigen zu können. Und am Ende kommt es hier wie in so vielen Bereichen auch auf die Mitgliedstaaten an. Es macht einen Unterschied, wer in den europäischen Hauptstädten regiert. Marian Wendt und Eleftherios Petropoulos zeigen das in ihrem Beitrag eindrücklich am Beispiel Griechenlands, das in den vergangenen Jahren die Rolle des wirtschaftlichen Sorgenkinds hinter sich gelassen hat.

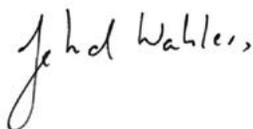
Erhebliche Erschütterungen hat seit 2022 die europäische **Energiepolitik** erfahren. Durch den Ausfall russischer Gaslieferungen stand Europa vor der Herausforderung, seinen Energiebedarf auf anderen Wegen zu decken und gleichzeitig die eigenen Pläne für die Dekarbonisierung des Energiesektors voranzutreiben. Obwohl die EU insgesamt bislang besser durch diese Krise gekommen ist, als man bei deren Ausbruch hatte befürchten müssen, steht sie sich nach wie vor oft durch mangelnde Flexibilität selbst im Weg, wie Veronika Ertl und Philipp Dienstbier in ihrem Artikel zu den Plänen für eine Energiekooperation zwischen der EU und den Golfstaaten zeigen. Die bislang geringe Bereitschaft der Europäer, auch Erdgaslieferungen längerfristig als Teil einer solchen Zusammenarbeit zu betrachten und bei ihren anspruchsvollen Definitionen für kohlenstoffarmen Wasserstoff Abstriche zu machen, hat bis heute keinen einzigen zusätzlichen Kubikmeter nachhaltigen Brennstoffs vom Golf nach Europa gebracht, droht aber, Staaten wie Saudi-Arabien, Katar oder die Vereinigten Arabischen Emirate noch weiter in eine Ausrichtung auf den asiatischen Energiemarkt zu drängen.

Kaum ein Thema hat derzeit in Europa eine solche politische Sprengkraft wie die **Migrationspolitik**. Migrationsbewegungen nach Europa künftig besser zu steuern, ist – wie Lars Hänsel in dieser Ausgabe zurecht herausstellt – nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil wir in den vergangenen Jahren viel zu oft erlebt haben, dass sonst eine *der* Errungenschaften der europäischen Integration, nämlich die Bewegungsfreiheit der Menschen innerhalb Europas, schleichend abhandenkommt. Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass ein Zug am ersten Bahnhof nach der deutsch-österreichischen Grenze so lange stehen muss, bis die Bundespolizei die Papiere aller Insassen überprüft hat. Dass die Verhandlungen über eine Reform des europäischen Asylrechts nach Jahren des Stillstands zuletzt vorangekommen sind, ist ein gutes Zeichen. Nun müssen insbesondere jene politischen Kräfte über ihren Schatten springen, die bislang ihren ideologischen Seelenfrieden über die Betrachtung der Realität gestellt haben. Denn wem nützt es, wenn die Parteien der politischen Mitte das Problem so lange ignorieren, bis diejenigen Akteure in Brüssel und in den Mitgliedstaaten noch stärker werden, die ganz gewiss kein Interesse an einem Gleichgewicht zwischen Humanität und Kontrolle haben? Bislang deuten Umfragen darauf hin, dass sich die Kräfte rechts der Europäischen Volkspartei weiter im Aufwind befinden, wie Olaf Wientzek in seinem Beitrag verdeutlicht.

All diese Betrachtungen sprechen nicht dagegen, sich Gedanken über langfristige institutionelle Reformen der Europäischen Union und Wege zu einem einheitlicheren Auftreten Europas zu machen. Bis wir aber die Goldrandlösungen gefunden haben – falls wir sie jemals finden sollten –, müssen wir uns daran machen, die vielen kleinen, weniger glamourösen, dafür aber rasch machbaren Dinge zu tun, die es uns erlauben, in einem ungemütlichen globalen Umfeld zu bestehen. Dabei wird Europa ein Kontinent der Vielfalt – auch der Interessenvielfalt – bleiben. Die Debatte darüber, wie wir mit diesen Differenzen konstruktiv umgehen, wo wir sie vielleicht auch einfach einmal stehen lassen können, statt nach einheitlichen Standards zu suchen, ist auch mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühsommer 2024 zentral.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

Handwritten signature of Gerhard Wahlers in black ink.

Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).



EUROPA PRAGMATISCH VORANBRINGEN

Breites Spektrum: Im Europäischen Parlament sitzen die linken und rechten Euroskeptiker, von denen manche die EU am liebsten auflösen würden, neben der Mehrheit der pro-europäischen Kräfte. Weder die einen noch die anderen aber bilden einen einheitlichen Block. Foto: © Philipp von Ditfurth, dpa, picture alliance.

8 *Im Gespräch*

„Vielleicht brauchen wir diesen geopolitischen Schock, um mutige Schritte zu gehen“

Europapolitik in Krisenzeiten und die Zukunft der EU jenseits von Linken und Rechtspopulisten

[Ein Gespräch mit Lars Hänsel](#)

18

Auf der Suche nach Mehrheiten

Die Europäische Volkspartei im sich verändernden Parteiengefüge

[Olaf Wientzek](#)

30

Weltmacht EU?

Die „geopolitische Kommission“ zwischen Ambition und Realität

[Felix Manuel Müller](#)

38

Große Pläne, kleine Fortschritte

EU-Energiepartnerschaften mit dem Golf

[Philipp Dienstbier / Veronika Ertl](#)

50

Durch und durch europäisch

Heute ist Belarus abhängig von Moskau – die demokratische Opposition aber will das Land nach Westen führen

[Jakob Wöllenstein](#)

62

Vom Sorgenkind zum Musterschüler

Griechenlands neue Rolle in Europa

[Marian Wendt / Eleftherios Petropoulos](#)

72

Stabilitätsunion oder Schuldenunion?

Eine Richtungsentscheidung für Europa

[Tim Peter](#)



Foto: © Wolfgang Kumm, dpa, picture alliance.

Im Gespräch

Europa pragmatisch voranbringen

„Vielleicht brauchen wir diesen geopolitischen Schock, um mutige Schritte zu gehen“

Europapolitik in Krisenzeiten und die Zukunft der EU
jenseits von Linken und Rechtspopulisten

Ein Gespräch mit Lars Hänsel

Lars Hänsel, Abteilungsleiter für Europa und Nordamerika bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, spricht im Interview mit den Auslandsinformationen über die europäische Reaktion auf den russischen Angriffskrieg, die neue Aufmerksamkeit für Osteuropa sowie die Notwendigkeit einer handlungsfähigeren EU – und er erläutert, was christdemokratische Europapolitik ausmacht.

Auslandsinformationen (Ai): Herr Dr. Hänsel, wenn Sie das Wort „Europa“ hören, was kommt Ihnen da als Erstes in den Sinn?

Lars Hänsel: Europa, vor allem aber die Europäische Union, bedeutet für mich einen Raum der Freiheit. Ich bin aus Sachsen und für mich persönlich ist die Tür nach Europa aufgegangen, als 1989 die Mauer fiel. Ich bin sehr dankbar, dass ich das erleben kann – die Erfahrung der Unfreiheit in der DDR hilft mir heute besonders, die Freiheit in Europa zu schätzen.

Außerdem ist die EU für mich eine Region des Friedens. Meine Familie hat Flucht und Vertreibung erlebt, und in der Familie wird immer wieder wachgehalten, was das für eine schwere Zeit war. Ich glaube, viele halten das, was wir in der EU erreicht haben, inzwischen für selbstverständlich. Doch das ist es nicht.

Ai: Sie haben von Europa und der Europäischen Union gesprochen. In welchem Verhältnis stehen für Sie diese beiden Begriffe?

Hänsel: Potenziell sollen natürlich alle Nationen in Europa die Möglichkeit haben, Teil der Europäischen Union zu werden. Das ist seit Beginn der EU so angelegt, weil Europa nicht nur als ein geografischer Raum gesehen wird, sondern auch als eine Region mit einer gemeinsamen historischen Erfahrung und Geistestradiation. Manfred Weber, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, spricht da gern vom „European way of life“ und hat das im Europawahlkampf 2019 mit dem Bild verdeutlicht, dass er in jedem Ort in Europa, wo er Wahlkampf macht, eine Kirche vorfindet.

Aber mit dieser Idee einer potenziell mit Europa deckungsgleichen EU gibt es natürlich Probleme, weil nicht jedes Land Teil der EU werden möchte oder kann. Auch war nicht vorgesehen, dass Mitglieder – wie Großbritannien – wieder austreten.

Auch Russland ist geografisch zumindest teilweise ein europäisches Land. Die Hoffnung aber, dass Russland nach der Zeit des Kommunismus ein Staat wird, der sich in europäische Strukturen einordnet, hat sich bis jetzt als Illusion erwiesen und die Frage aufgeworfen, wie europäisch das Land überhaupt kulturell und wertemäßig ist oder sein kann. Auch die Türkei ist in vielerlei Hinsicht ein schwieriger Fall. Und die Schweiz als zentrales europäisches Land möchte gar nicht Teil der EU werden. Insofern wird es auf absehbare Zeit eine Differenz geben zwischen „Europa“ und „EU“.



Handlungsfähigkeit, aber keine Abschottung: Die EU muss ihre Interessen klar definieren und effektiv verfolgen können. Je besser dies gelingt, desto attraktiver ist Europa auch als Partner für die Vereinigten Staaten, sagt Lars Hänsel. Foto: © Al Drago, UPI Photo, Newscom, picture alliance.

Ai: Etwas, das wahrscheinlich viele Menschen mit Europa verbinden – oder lange Zeit verbunden haben, trotz der Balkankriege – ist das Wort „Frieden“. Auch Sie haben es bereits erwähnt. Nun tobt in Europa seit dem 24. Februar 2022 und dem Angriff Russlands auf die Gesamtukraine wieder ein großer zwischenstaatlicher Krieg. Was sind die wichtigsten Maßnahmen, mit denen die EU auf diesen Angriff reagiert hat, und wie bewerten Sie diese Reaktion?

Hänsel: Die entscheidende Reaktion der EU ist meines Erachtens, dass sie Einigkeit und Entschlossenheit demonstriert hat. Die Europäische Union ist mit dem Krieg zusammengerückt. Es gibt ein klares, gemeinsames Verständnis, dass man der russischen Aggression entschieden entgegenzutreten muss. Das war so nicht unbedingt zu erwarten. Es gab eine deutliche Verurteilung Russlands, bisher elf Sanktionspakete wurden gemeinsam getragen, die Unterstützung der Ukraine ist groß – politisch, wirtschaftlich, humanitär und militärisch. Dazu gehört auch, dass der Ukraine rasch der Status des Beitrittskandidaten verliehen wurde. Diese geschlossene Reaktion ist nicht selbstverständlich – weil die Abhängigkeiten und Interessen der Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind.

Ai: Das Thema Sicherheitspolitik und damit die Frage nach der Position der EU mit Blick auf Russland, aber auch angesichts der zunehmenden Konkurrenz zwischen den USA und China, ist in den vergangenen Jahren stark in den Vordergrund getreten. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron spricht sich immer wieder für eine „strategische Autonomie“ der EU aus. Klingt erst einmal gut. Ist es das auch?

Hänsel: Ich finde die Idee Macrons grundsätzlich richtig. Aber der Begriff Autonomie klingt für mich zu stark nach Abschottung. Ich würde deshalb eher von „strategischer Souveränität“ und Handlungsfähigkeit sprechen. Die EU muss handlungsfähiger werden, das ist ja der Kern der Idee. Das gilt nicht zuletzt für Bereiche wie Sicherheit oder den weltweiten Handel, wo es um stabile Lieferketten und die Verfügbarkeit von Rohstoffen geht.

Wichtig ist allerdings, dass diese Handlungsfähigkeit nicht so verstanden wird, dass sie sich gegen unsere transatlantischen Partner richtet. Die transatlantischen Beziehungen sind unser außenpolitisches Fundament. Natürlich haben wir mit den Vereinigten Staaten nicht überall Interessenüberschneidungen, etwa wenn es um China geht. Anders als die USA betrachtet die EU die Beziehungen mit China nicht im Kontext eines globalen Kampfes um Hegemonie. Aber weltweit hat die EU strategisch und wertemäßig keinen wichtigeren Partner als die Vereinigten Staaten. Meine Erfahrung in den USA ist, dass die Amerikaner besser damit umgehen können, wenn wir eigene Interessen deutlich formulieren und Handlungsfähigkeit zeigen, als wenn wir schwach sind. Wichtig ist, dass wir den europäischen Pfeiler der NATO stärken und das Zwei-Prozent-Ziel ab jetzt stabil erreichen. In dem Maße, wie wir handlungsfähiger werden, sind wir auch als Partner für die USA interessanter.

Ai: Und in der aktuellen weltpolitischen Lage können wir eine solche Partnerschaft gut gebrauchen, oder?

Hänsel: Die geopolitische Situation ist in der Tat komplizierter geworden. Die BRICS-Erweiterung hat gezeigt, dass der Westen unter Druck ist und nicht mehr selbstverständlich in einer Führungsposition. Vor diesem Hintergrund müssen wir nicht nur die transatlantische Partnerschaft bewahren und stärken, sondern auch als EU unsere Rolle finden. Wir müssen neu darüber nachdenken, wie wir mit Staaten umgehen, die nicht unbedingt unsere Werte teilen, mit denen wir aber gemeinsame Interessen verfolgen können. Wertegeleitete Außenpolitik kommt da an Grenzen. Wichtig ist, dass die EU attraktive Angebote macht, die stärker auch die Interessen der Partner berücksichtigen. „Smart cooperation“ ist da das Stichwort. Das könnte zum Beispiel die „Global Gateway“-Initiative der EU sein – als nachhaltige Alternative zur chinesischen „Belt and Road“-Initiative –, bei der wir stärker auch die Interessen der jeweiligen Partnerländer berücksichtigen.

Ai: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass viele osteuropäische EU-Mitglieder mit ihrer Einschätzung zur Gefährdung durch Russland offenbar richtiger lagen als manche Westeuropäer, ist jetzt immer wieder die Rede davon, das Kraftzentrum der EU verschiebe sich nach Osten, insbesondere sei die Idee eines deutsch-französischen Führungsduos in der EU obsolet. Ist eine solche Machtverschiebung tatsächlich konkret greifbar?

Hänsel: Ich bin da zurückhaltend. Ja, es gibt eine neue Aufmerksamkeit

für Positionen und Interessen etwa der Balten, Tschechen und Polen. Sie haben sich nie Illusionen gemacht über die Aggressivität Russlands. Hierzulande wurde diese Haltung oft mit der historischen Erfahrung dieser Länder erklärt und relativiert beziehungsweise nicht ernstgenommen. Jetzt sehen wir, dass sie Recht hatten und ihnen wird besser zugehört. Dass sich diese neue Aufmerksamkeit aber in konkreten politischen Einfluss in Brüssel umsetzt, das sehe ich so nicht. Das hat auch institutionelle Gründe. Polen etwa ist nicht im Euro und sitzt deshalb bei wichtigen Entscheidungen, die die Finanzarchitektur betreffen, nicht mit am Tisch.

Was wir brauchen, sind neue europäische Impulse, natürlich nicht zuletzt von Deutschland und Frankreich. Wir müssen in Zukunft aber auch die Osteuropäer stärker einbeziehen, wenn es um die Gestaltung der Zukunft der EU geht. Wir müssen die Belange, die ihnen wichtig sind, ernster nehmen und Formate wie etwa das Weimarer Dreieck, ein französisch-polnisch-deutsches Forum, mit neuem Leben füllen.

Ai: Welche Vorstellungen haben diese Länder denn von der Zukunft Europas? Zumindest in der hiesigen Öffentlichkeit herrschte in den vergangenen Jahren nicht selten der Eindruck vor, dass gerade Polen und Ungarn Einigungen auf EU-Ebene eher torpediert haben, als dass sie sie möglich gemacht haben; dass sie – etwas überspitzt formuliert – immer wussten, was sie auf keinen Fall möchten, aber keine positive Vision für Europa entwickelt haben. Täuscht dieser Eindruck?

Hänsel: Ich glaube nicht, dass es so ist, dass diese Länder nur wissen,

was sie nicht wollen. In Polen wird es ja jetzt auch eine Regierung geben, die sich konstruktiver auf europäischer Ebene beteiligen wird. Aber in der Tendenz ist die Erwartung an die EU in Mitteleuropa eine andere. Man hat dort einen pragmatischeren Zugang zur Europapolitik. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie weit die EU in bestimmten Politikfeldern gehen will, in denen die Mittel- und Osteuropäer eher skeptisch bezüglich weiterer Initiativen sind, etwa bei LGBTI-Rechten oder in der Bildungs- und Familienpolitik.

Und es gibt auch Bereiche, da sind die Vorstellungen in Osteuropa näher an den unsrigen als etwa jene in Südeuropa. Da kann man Brücken schlagen. Das ist zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik so. Die Südeuropäer haben ein deutlich stärkeres Interesse als wir, auch im Sozialbereich zu vergemeinschaften, das Thema Solidarität



viel stärker zu gewichten und ihm Priorität zu geben. In Osteuropa teilt man da eher unsere zurückhaltende Position.

Insgesamt ist die Diskussion, die wir oft führen, wenn einzelne ostmitteleuropäische Staaten mit ihren Positionen in Konflikt mit „Brüssel“ oder auch der deutschen Bundesregierung geraten, meiner Meinung nach auch Ausdruck einer ganz grundsätzlichen Frage, die wir mit Blick auf die europäische Integration beantworten müssen: Wo setzen wir die Grenze zwischen dem, was wir als Ausdruck einer kulturell und historisch bedingten Diversität innerhalb Europas zulassen wollen, und dem, was EU-weit einheitlichen Normen und Regeln unterliegen muss? Für mich ist in diesem Zusammenhang das Entscheidende, dass Europa ein gemeinsamer Rechtsraum ist. Wenn Grundregeln eines demokratischen Rechtsstaates verletzt werden, ist die Grenze überschritten.



Mehr als nur Nein-Sager: Viele ostmitteleuropäische Staaten wollen eine pragmatische, in ihren Kompetenzen beschränkte Europäische Union. Dabei ergeben sich neben den bekannten Differenzen auch Interessenüberschneidungen mit Deutschland, etwa im Bereich der Sozialpolitik. Foto: © Łukasz Gaęulski, epa, picture alliance.

Ai: Bleiben wir in Osteuropa, gehen aber noch einmal kurz zurück zur Sicherheitspolitik. Auch bei unseren östlichen Nachbarn ist die Haltung gegenüber Russland nicht einheitlich. Während beispielsweise in Polen oder im Baltikum die Solidarität mit der Ukraine und die Unterstützung des Landes groß ist, agiert nicht zuletzt Ungarn deutlich reservierter. Wie ist das zu erklären?

Hänsel: Zunächst einmal ist festzuhalten, dass alle Mitgliedstaaten Teil der europäischen Solidarität mit der Ukraine sind. Alle verurteilen den russischen Angriffskrieg und unterstützen die Sanktionen. Die Staaten haben aber eine unterschiedliche historische Erfahrung. Augenfällig ist das bei Polen: Das Land war mehrfach Opfer russischer Aggression und fühlte sich von den Großmächten veraten, wenn es etwa im 18. Jahrhundert unter Preußen, Russland und Österreich oder im 20. Jahrhundert durch den Hitler-Stalin-Pakt aufgeteilt wurde. Polen ist nicht nur von der kommunistischen Zeit und der sowjetischen Kontrolle geprägt, sondern hegt auch tiefgehende anti-russische Empfindungen. Das Land legt deshalb heute Wert darauf, selbst sehr stark zu sein, nicht zuletzt militärisch.

Ungarn hingegen stand zwar auch häufig unter fremdem Einfluss, war aber nie in dem Maße Opfer wie Polen. Deshalb ist die Haltung gegenüber Russland eine andere als in Polen oder den Baltischen Staaten. Zudem wirft Ungarn der Ukraine einen mangelnden Schutz der ungarischen Minderheit vor. Und Ungarn ist bei der Rohstoff- und Energieversorgung stark von Russland abhängig.

Ai: Ein Thema, bei dem in den vergangenen Jahren die Positionen Deutschlands und einiger osteuropäischer Staaten immer wieder auseinandergingen, ist Asyl und Migration. Eine Reform der bisherigen EU-Asylregeln – Stichwort „Dublin“ – wurde im Juni 2023 im Rat der EU-Innenminister behandelt und ist derzeit Teil der Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen. Grob gesagt lautet der Plan, den Zustrom von außen insgesamt zu verringern, die Personen mit Bleibeperspektive aber gleichmäßiger zwischen den Mitgliedstaaten zu verteilen. Es soll mit der Reform möglich werden, dass Menschen aus Ländern mit niedriger Anerkennungsquote bereits an der EU-Außengrenze ihr Verfahren durchlaufen und so gar nicht erst in die EU kommen. Geht das in die richtige Richtung und geht es weit genug?

Hänsel: Dass die Migrationsherausforderung nicht national lösbar ist, ist so weit Konsens. Letztlich werden wir das Problem nur europäisch lösen können. Wir brauchen dringend ein krisenfestes, wirksames und gerechtes Asylrecht in der EU. Ein effektiverer Außenschutz gehört zu einer glaubwürdigen Flüchtlingspolitik dazu. Beides ist wichtig: Humanität und Ordnung. Nur so kann eine große Errungenschaft der EU, nämlich der Schengenraum mit der entsprechenden Freizügigkeit, bewahrt werden.

Der jüngste Beschluss des Rates im Juni ist ein wichtiger Schritt, wenn man bedenkt, dass der Diskussionsprozess lange Zeit völlig paralysiert war. Auch das verpflichtende Grenzverfahren ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist der Trilog

zwischen den EU-Institutionen, wie Sie erwähnten, ja noch nicht abgeschlossen und wir werden sehen, welche Maßnahmen am Ende umgesetzt werden. Politische Kräfte wie die Grünen plädieren bekanntlich bereits dafür, mehr Personen als bislang vorgesehen von dem Grenzverfahren auszunehmen. Wenn man aber immer mehr Ausnahmen macht, unterwandert man die Reform. Das bringt uns nicht weiter.

Ai: Die Europäische Union wird von Populisten am linken und rechten Rand häufig attackiert und für zahlreiche Übel verantwortlich gemacht. Die AfD etwa bezeichnet die EU in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl als „gescheitertes Projekt“. Wie sollte man derartiger Pauschalkritik entgegentreten?

Hänsel: Die EU als gescheitertes Projekt zu bezeichnen, ist natürlich großer Unsinn. Der Erfolg der EU beginnt bereits beim Thema Sicherheit: Die EU ist ein Raum des Friedens – was, wie gesagt, überhaupt nicht selbstverständlich ist. Und unser Wohlstand hängt eng mit der EU zusammen. Die EU bildet den größten Binnenmarkt der Welt und ist die Voraussetzung dafür, dass wir uns in der Welt behaupten können. Zudem ist die EU ein Rechtsraum, von dem viele profitieren. Nehmen Sie etwa den Verbraucherschutz: Man mag sich da über manches Detail ärgern, aber im Grundsatz geht damit für jeden Menschen in der EU ein großer Schutz einher. Nur als Beispiel: Wenn Eltern Kinderspielzeug kaufen, können sie sich auf die Qualität verlassen.

Es geht also auch um ganz konkrete, greifbare Dinge. Das fängt beim Reisen ohne Grenzkontrollen an, geht übers Roaming und die Niederlassungsfreiheit bis hin zu Studienprogrammen wie Erasmus. Es kommt nicht von ungefähr, dass viele Staaten in die EU wollen. Die EU ist eine historische Erfolgsgeschichte. Wenn wir sie nicht hätten, müssten wir sie heute erfinden. Glücklicherweise haben sie aber bereits Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Robert Schumann und Alcide de Gasperi auf den Weg gebracht.

Ai: Jenseits populistischer Pauschalkritik: Wo sehen Sie innerhalb der EU tatsächliche Schwachpunkte, die angegangen werden müssen?

Hänsel: Die EU muss ihre Handlungsfähigkeit erhöhen, das ist für mich die größte Herausforderung. Dazu muss sie ihre Kräfte bündeln, sich also auf die Dinge konzentrieren, die wirklich auf europäischer Ebene getan werden müssen, diese dann aber wirklich mit voller Kraft tun, während man sich aus weniger großen Fragen heraushält. „Big on big things, small on small things“, lautet hier das Stichwort.

Dazu gehört auch das Thema EU-Erweiterung. Das müssen wir angehen. Wir haben die Balkanstaaten lange hingehalten. Jetzt haben wir eine neue geopolitische Situation, in der es wichtig ist, dass die EU an Gewicht zunimmt, eben auch durch eine Erweiterung. Mit der Erweiterung müssen allerdings institutionelle Reformen einhergehen, die die Handlungsfähigkeit stärken. Es ist schon jetzt so, dass wir Vetospieler haben, durch die zentrale Weichenstellungen erschwert werden. Die Idee institutioneller Reformen ist allerdings umstritten, nicht zuletzt die Osteuropäer

sind beispielsweise gegen eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen. Das ist ein Dilemma: Um alle bei Reformen mitzunehmen, muss man vorsichtig und schrittweise vorgehen. Aber wir haben diese Zeit eigentlich nicht. Wir müssen schnell Mehrheitsentscheidungen treffen können, damit wir agiler sind.

Ai: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass es gelingt, dieses Dilemma aufzulösen?

Hänsel: Meine Wahrnehmung ist, dass es ein zunehmendes Bewusstsein dafür gibt, dass man das institutionelle Gefüge ändern muss. Das hat etwas mit der geopolitischen Veränderung zu tun und mit dem zunehmenden Druck, der auf der EU lastet. Wenn wir uns nicht bewegen, dann werden wir immer mehr zum Objekt der Geschichte und sind nicht selbst das Subjekt.

Und ein Teil der Geschichte der EU ist ja, dass es manchmal Krisen brauchte, um voranzukommen. Dass wir heute ein stabileres Bankensystem haben, geht auf die Finanzkrise 2008 zurück. Vielleicht brauchen wir diesen gegenwärtigen geopolitischen Schock, um mutige Schritte zu gehen.

Ai: Die Länder des Westbalkans, Sie haben es angesprochen, wollen seit vielen Jahren in die EU. Die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau haben 2022 ihre Anträge gestellt. Sollten wir diese Anträge nach dem bisherigen – bisweilen etwas technokratisch anmutenden – Verfahren bearbeiten und streng auf die Erfüllung aller Beitrittsbedingungen pochen oder sollten diese Fragen schneller und mit Blick auf ihre politische Signalwirkung entschieden werden?

Hänsel: Wir betrachten die Beitrittsfrage seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und anderen geopolitischen Verschiebungen in einem neuen strategischen Licht. Geopolitische Argumente gewinnen an Bedeutung – und das müssen sie auch. In die Beitrittsfrage der Westbalkanländer ist eine neue Dynamik gekommen, wir geben den genannten Ländern jetzt eine konkrete Perspektive. Gleichzeitig ist klar, dass die Beitrittskandidaten Reformen voranbringen müssen, insbesondere im Rechtsstaatsbereich – da kann und sollte die EU keinerlei Kompromisse machen. Sonst wäre sie von innen gefährdet.

Die Kommissionspräsidentin hat erst neulich wieder betont, dass die Tür für die Westbalkanstaaten weit offensteht, Ratspräsident Charles Michael hat das Jahr 2030 als Ziel genannt, wo er sich vorstellen könnte, dass da beide Seiten für eine Mitgliedschaft bereit wären. Ich halte es für riskant, ein Datum zu nennen, es birgt die Gefahr neuer Frustration. Wichtig ist, dass man den Beitrittskandidaten hilft, mit den Reformen rasch voranzukommen. Sie brauchen eine realistische und glaubwürdige Perspektive, damit sie auf ihrem Weg in die EU bleiben.

Ai: Im Frühsommer 2024 steht die Europawahl an. Bei Wahlen geht es immer auch um Alternativen und unterschiedliche Vorstellungen von der Gestaltung des Gemeinwesens. Worin unterscheidet sich denn die christdemokratische Vorstellung von der Europäischen Union von derjenigen linker Parteien, aber auch von derjenigen der Rechtspopulisten?

Hänsel: Man muss die Positionen der Rechtspopulisten differenzieren. So teilen nicht alle die Auffassung der AfD, dass die EU aufgelöst und neu gegründet werden sollte. Grundsätzlich sehe ich eine Gemeinsamkeit unter den Rechtspopulisten darin, dass sie eher eine EU wollen, auf die ein Minimum an Souveränität übertragen wird und in der die souveränen Nationalstaaten die entscheidenden Akteure sind. Das gemeinsame Handeln begrenzt sich dann auf wenige Bereiche.

Die christdemokratische Auffassung ist es dagegen, eine gute Balance zwischen gemeinsamer europäischer und nationalstaatlicher Souveränität zu finden. Entscheidend ist für diese Balance die Subsidiarität: Es sollte nicht einfach Souveränität nach Brüssel übertragen, sondern genau definiert werden, was man gemeinsam machen möchte – und was nicht. Übertragen wird Souveränität dann und nur dann, wenn sie auf europäischer Ebene besser oder überhaupt nur effektiv ausgeübt werden kann.

Wir verstehen die EU weder als Bundesstaat noch als lose Staatengemeinschaft. Die EU muss supranationale Elemente haben, nur so ist sie global handlungsfähig und nur so kann sie eine relevante geopolitische Rolle spielen. Wir wollen aber, anders als die linke Seite, nicht pauschal eine weitere Vergemeinschaftung bis hinein in gesellschaftspolitische Fragen, aber auch mit Blick auf die Finanzen. Anders als die Linke wollen wir keine Vergemeinschaftung von Schulden. Anders als die Rechtspopulisten erkennen wir aber den Wert des Euro als Gemeinschaftswährung, die wir bewahren und stärken müssen.

Wir sind im Grunde wieder bei der Frage, auf die ich früher in unserem Gespräch bereits hingewiesen habe: Wo setzen wir die Grenze zwischen dem, was wir gemeinsam beschließen müssen, damit Europa als rechtsstaatlicher, demokratischer Raum handlungsfähig ist, und dem, was die einzelnen Staaten in ihrer Unterschiedlichkeit regeln sollten? Die Christdemokraten stehen auch hier in der Mitte.

Die Fragen stellten Sören Soika und Fabian Wagener.



Dr. Lars Hänsel ist Leiter der Abteilung Europa und Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung.



[Europa pragmatisch voranbringen](#)

Auf der Suche nach Mehrheiten

Die Europäische Volkspartei im sich verändernden Parteiengefüge

Olaf Wientzek

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat in den vergangenen Jahrzehnten die europäische Politik entscheidend geprägt. Zuletzt fand sie sich aber wiederholt in einer schwierigen Position wieder: zwischen linken und liberalen Kräften auf der einen Seite und stärker werdenden rechten Parteien auf der anderen Seite. Mit welchen Partnern kann und soll die EVP künftig ihre Vorstellungen für die Gestaltung Europas umsetzen? Und wo ist künftig ihr Platz in der europäischen Parteienlandschaft?

Die EVP als Treiberin des europäischen Einigungsprozesses

Die Europäische Volkspartei ist seit ihrer Gründung 1976 eine der beiden großen europäischen Parteienfamilien und ein zentraler Akteur des europäischen Integrationsprozesses.¹ Keine Parteienfamilie zählt so viele verschiedene nationale Parteien (83, davon 49 in der EU). Bei allen Wahlen zum Europäischen Parlament nahm sie mindestens den zweiten Platz ein, seit 1999 ist sie ununterbrochen die größte Fraktion im Europäischen Parlament (EP). Zahlreiche Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat kommen und kamen aus ihren Reihen (zu besonders erfolgreichen Zeiten über die Hälfte). Insgesamt stellte sie acht Präsidenten und Präsidentinnen des Europäischen Parlaments, sechs Mal die Leitung der Europäischen Kommission und zwei der bisherigen Präsidenten des Europäischen Rats. Mehrere der EVP-Familie angehörende Regierungschefs wie Helmut Kohl, Wilfried Martens oder Angela Merkel haben die europäische Einigung nachhaltig geprägt. Stets verstand die EVP sich dabei als treibende Kraft und Säule des europäischen Einigungsprozesses.²

Die traditionell wichtigste Konkurrentin der EVP war dabei die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE): Zu Hochzeiten stellten die beiden großen Parteienfamilien zusammen bis zu zwei Drittel der Abgeordneten im Europäischen Parlament, zusammen mit der liberalen Fraktion rund drei Viertel der Sitze.³ Die Dominanz der großen europäischen Parteienfamilien im Europäischen Rat

war ähnlich stark. Seitdem hat sich die Parteienlandschaft schrittweise verändert: zum einen durch den Aufstieg der (europäischen) Grünen, die 2019 erstmals mehr als zehn Prozent der Sitze im EP erhielten; zum anderen durch das Erstarken rechts-populistischer und rechtsextremer Bewegungen auf europäischer wie nationaler Ebene. Die Zeit, als in Brüssel eine Große Koalition aus EVP und Sozialdemokraten – meist mehr oder weniger gestützt durch die Liberalen – genügte, sind längst vorbei (siehe Abbildung 1). Im Europäischen Parlament stellen beide großen Parteienfamilien derzeit nur noch 45 Prozent der Abgeordneten. Nimmt man die aktuellen nationalen Umfragen zur Grundlage, würde bei den Wahlen zum EP die EVP (ausgehend von künftig 720 Sitzen) nur noch 23,75 Prozent der Sitze erringen, die Sozialdemokraten rund 20 Prozent (siehe Abbildung 2).

Auch im Europäischen Rat hat sich die Lage spürbar verändert. So stellten – Stand 13. Dezember 2023 – die Parteien der EVP 10 und die Sozialdemokraten und Sozialisten nur noch 5 (6, wenn man Robert Fico hinzurechnet, dessen Partei gerade von der SPE suspendiert ist) der im Europäischen Rat vertretenen 27 Staats- und Regierungschefs. Drei Mitglieder des Europäischen Rats waren rechts der EVP zu verorten.

Dank ihrer zentralen Stellung in den vergangenen Jahrzehnten tragen wichtige Integrationsprojekte auch die Handschrift der EVP, darunter der Binnenmarkt, die Währungsunion, die Außenhandelspolitik, der Schengenraum oder die Asyl- und Migrationspolitik der EU.

Vom christdemokratischen Kern zur größten Kraft in Europa

Die EVP und die EVP-Fraktion waren in ihrer Zusammensetzung von Beginn an in einem stetigen Wandel begriffen: 1976 wurde die Europäische Volkspartei von christdemokratischen Parteien aus Deutschland, Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern und Irland gegründet.⁴ Heute stellen diese Gründungsparteien nur noch ein Viertel der Abgeordneten der EVP-Fraktion

und nur zwei Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat. Rasch kam die Frage auf nach der etwaigen Aufnahme konservativer und liberaler Parteien, zum Beispiel aus Spanien oder Frankreich. Sie wurde – auch im Sinne des damaligen CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl – positiv beantwortet.

Von zentraler Bedeutung war die in den 1990er-Jahren verfolgte proaktive Strategie gegenüber sich im Zuge der Demokratisierung neu

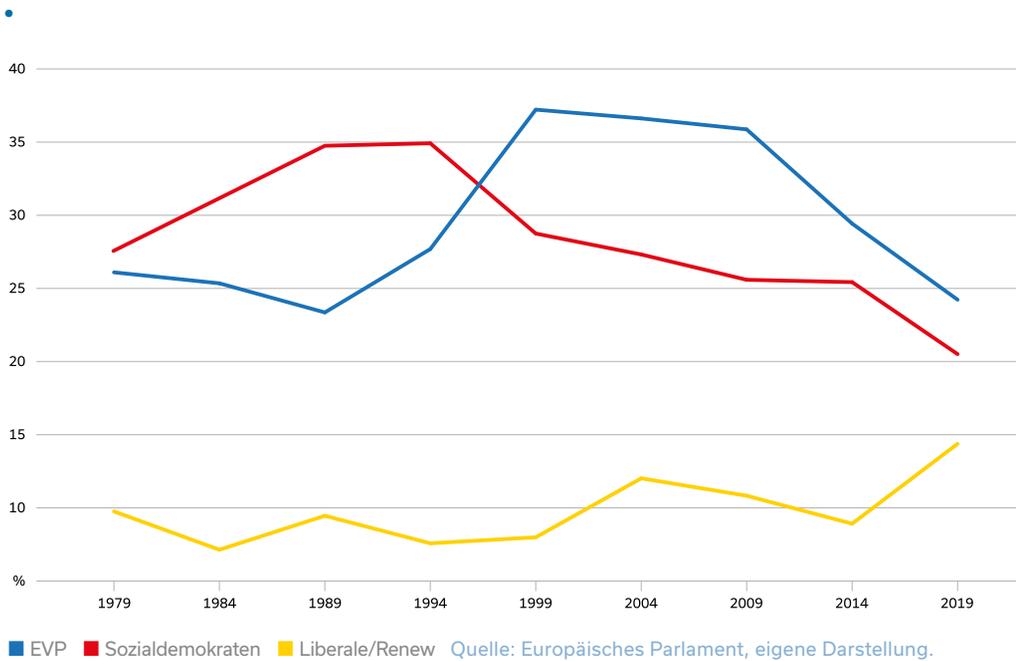


Abb. 2: Projektion der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments basierend auf aktuellen, überwiegend nationalen Umfragen (Stand: 23.11.2023, in Klammern Anteil der Sitze in Prozent)

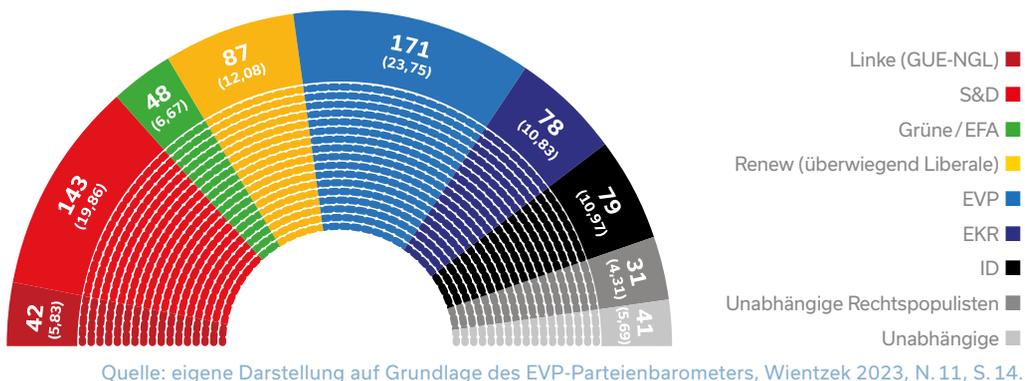


Abb. 3: Fraktionen im Europaparlament und ausgewählte nationale Mitgliedsparteien

Fraktion		Ausgewählte nationale Mitgliedsparteien
■ ID	Identität und Demokratie	Lega (Italien), Rassemblement National (Frankreich), AfD (Deutschland), FPÖ (Österreich)
■ EKR	Europäische Konservative und Reformier	PiS (Polen), Fratelli d'Italia (Italien), Vox (Spanien), ODS (Tschechien), Schwedendemokraten (Schweden)
■ EVP	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)	CDU (Deutschland), Partido Popular (Spanien), PO (Polen), Nea Dimokratia (Griechenland), ÖVP (Österreich)
■ Renew	Renew Europe	Ciudadanos (Spanien), Mouvement démocrate (Frankreich), Renaissance (Frankreich), FDP (Deutschland)
■ Grüne/EFA	Die Grünen / Europäische Freie Allianz	Bündnis 90/Die Grünen (Deutschland), Europe Écologie – Les Verts (Frankreich), GroenLinks (Niederlande)
■ S&D	Progressive Allianz der Sozialdemokraten	PSOE (Spanien), SPD (Deutschland), Partito Democratico (Italien), Parti Socialiste (Frankreich), SPÖ (Österreich)
■ GUE-NGL	Vereinte Europäische Linke & Nordische Grüne Linke	Die Linke (Deutschland), La France insoumise (Frankreich), Syriza (Griechenland)

Quelle: eigene Zusammenstellung.

entwickelnden Parteien aus den Beitrittskandidatenländern Mittelost- und Südosteuropas. Die vom damaligen Generalsekretär der EVP Klaus Welle und dem damaligen EVP-Vorsitzenden Wilfried Martens in Abstimmung mit den nationalen Mitgliedsparteien orchestrierte Strategie hat in mehrfacher Hinsicht Erfolg gehabt. So war sie entscheidend dafür, dass die EVP 1999 die SPE dauerhaft als größte Kraft im Europäischen Parlament ablöste – ein Effekt, der heute noch Wirkung zeigt: Die EVP hat ihren Wahlsieg 2019 vor allem ihrer überdurchschnittlich starken Performance in Mittelost- und Südosteuropa zu verdanken.⁵ Diese Strategie wirkte sich auch positiv auf den europäischen Integrationsprozess aus: Die Verankerung zahlreicher Parteien der Beitrittsländer in einer der großen pro-europäischen Parteienfamilien hat dort die Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses erleichtert. Im Zuge dieses Erweiterungsprozesses formulierte die EVP auf Initiative des damaligen Generalsekretärs Mitte der 1990er-Jahre einen Kriterienkatalog für einen Beitritt zur Parteienfamilie:⁶

1. ein Ergebnis von mindestens zehn Prozent bei den letzten Parlamentswahlen oder

mindestens fünf Prozent in den letzten beiden Parlamentswahlen;

2. keine Spaltung in den vergangenen zwei Jahren;
3. Beitritt zur EVP-Fraktion im EP oder in parlamentarischen Versammlungen (etwa des Europarats);
4. Bekenntnis der Partei zum europäischen Integrationsprozess (nach einem föderalen Modell). Das Parteiprogramm muss die Leitidee des Personalismus (also sowohl Freiheit als auch Verantwortung) widerspiegeln und das Subsidiaritätsprinzip akzeptieren.

Gerade das letztgenannte programmatische Kriterium zeigt eine klare Abgrenzung zu euroskeptischen Kräften, ist aber auch ein Unterscheidungsmerkmal zu den anderen politischen Familien. Im Zuge der aktuellen Diskussionen um den Umgang mit den Parteien rechts der EVP nannte der EVP-Vorsitzende Manfred Weber 2023 wiederum drei Kriterien für eine „Zusammenarbeit“: „pro-Europa, pro-Ukraine und pro-Rechtsstaat“⁷ – hier explizit in Abgrenzung zur AfD, dem französischen Rassemblement National und der

polnischen PiS. Später wurden von Vertretern der EVP-Führung noch zwei weitere Aspekte genannt: So sollte eine Zusammenarbeit mit neuen Parteien nicht gegen den Widerstand aktueller Mitglieder der EVP-Familie erfolgen. Zudem sollte eine programmatische Nähe gewährleistet sein.

Im Zuge der sehr breiten Erweiterung der EVP kamen auch Diskussionen über ihre ideelle und organisatorische Absorptionsfähigkeit auf: Ein von einem Mitglied einer EVP-Arbeitsgruppe 2010 erarbeitetes Ideenpapier äußerte Sorge über die Auswirkungen einer zu raschen Aufnahme neuer Parteien auch für die Kohärenz und das Bild der EVP-Familie und schlug eine Reihe von Maßnahmen für ein genaueres

Screening und eine stärkere Begleitung („Paten-schaften“) neuer Parteien durch etablierte EVP-Partnerparteien vor.⁸

Wie umgehen mit Parteien rechts der EVP? Ein Blick in die Vergangenheit

Auf nationaler Ebene müssen sich die Mitglieds-parteien der EVP bereits seit mehr als 20 Jahren verstärkt mit der Frage nach der Positionierung gegenüber rechtskonservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien auseinandersetzen. Dabei wählten sie sehr unterschiedliche Strategien: Diese reichten von einer Rechtsverschiebung von Narrativ und Politik über von Rechtsaußenparteien tolerierte Minderheitenkoalitionen bis hin zu deren Regierungsbeteili-



Pro-Europa, pro-Ukraine, pro-Rechtsstaat: Diese Kriterien für eine Kooperation nannte der EVP-Vorsitzende Manfred Weber im Zuge der Diskussionen um den Umgang mit den Parteien rechts der Europäischen Volkspartei – explizit in Abgrenzung zur AfD, dem französischen Rassemblement National und der polnischen PiS.
Foto: © Frank Hoermann, Sven Simon, picture alliance.

gung. Dominant ist in vielen Ländern aber nach wie vor die entgegengesetzte Handlungsoption: eine Politik der scharfen Abgrenzung. Einige der gewählten Strategien sorgten für Kontroversen: Die Koalition der österreichischen ÖVP mit der FPÖ führte 2000 nicht nur zu einer schweren Krise in der EU, sondern auch innerhalb der EVP.⁹ Inzwischen gibt es kaum ein Land, in dem es keine signifikante Partei rechts der jeweiligen EVP-Mitgliedsparteien gibt. Eine Zusammenarbeit ist inzwischen in mehreren Ländern zu beobachten. Die lange gültige Regel, dass sich in den EU-Mitgliedstaaten eine pro-europäische Mitte-Rechts-Regierung und eine pro-europäische Mitte-Links-Regierung abwechselten und damit einen gewissen Grad an Vorhersehbarkeit, aber auch eine grundsätzliche Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses garantierten, ist ebenfalls passé.

Mit Blick auf die kommenden Europawahlen zeichnet sich ein Anwachsen der Kräfte rechts der EVP ab.

Auch im Europäischen Parlament gab es seit den ersten EP-Wahlen 1979 Parteien, die sich rechts von der EVP verorteten. Zunächst waren dies euroskeptischere Konservative. Seit 1984 saßen jedoch auch europafeindliche und rechtsextreme Kräfte (darunter auch der Front National) im Parlament. Lange war die Zahl der Abgeordneten rechts der EVP überschaubar. Divergenzen und Animositäten dieser Parteien untereinander verhinderten später oft die Herausbildung einer starken Fraktion rechts der EVP. Durch die starke Stellung der „Großen Koalition“ im EP benötigte die EVP rechts von ihr verortete Kräfte in der Regel nicht für die Mehrheitsfindung auf europäischer Ebene.

Bemerkenswerterweise ist es der EVP in den vergangenen fast fünf Jahrzehnten immer wieder gelungen – zeitweise oder dauerhaft – Parteien, die sich konservativeren und euroskeptischen Parteienbündnissen angeschlossen

hatten (früher Union für Europa, später Union für das Europa der Nationen, inzwischen Europäische Konservative und Reformier, EKR), für sich zu gewinnen: So wechselten Ende der 1990er-Jahre die Forza Italia und die gaullistische RPR (Partei von Jacques Chirac) von der Union für Europa zur EVP-Fraktion, ebenso die portugiesische christlich-konservative Kleinpartei CDS-PP. Insbesondere durch den Wechsel der Erstgenannten sicherte sich die EVP eine starke Stellung in Frankreich und Italien und beförderte die durch Regierungsverantwortung sich entwickelnde europapolitische Mäßigung dieser Parteien. Die Forza Italia, deren Integration unter dem damaligen EVP-Fraktionschef Hans-Gert Pöttering gelang, stellte fortan lange eine in ihrem Abstimmungsverhalten sehr zuverlässige Gruppe in der EVP-Fraktion.¹⁰

Ein neueres Beispiel ist die slowakische konservative OĽaNO, die sich 2014 noch der EKR-Fraktion im Europäischen Parlament angeschlossen hatte, bevor sie 2019 zur EVP-Fraktion wechselte. Ein nur zeitweise erfolgreiches Konstrukt war die EVP-ED-Fraktion mit den Europäischen Demokraten, die von 1999 bis 2009 die britischen Konservativen und die liberalkonservative tschechische ODS umfasste.

Veränderte Großwetterlage in Brüssel und Straßburg

In mehrerer Hinsicht findet die Diskussion über den Umgang der EVP mit rechts von ihr stehenden Parteien angesichts einiger Entwicklungen der vergangenen vier Jahre heute in einem anderen Kontext statt: 2019 gelang die sehr knappe Wahl der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wohl auch mit Stimmen der EKR-Fraktion, 2021 verließ nach zahlreichen Kontroversen und der Aussetzung der Mitgliedschaft die ungarische Fidesz die EVP.

Mit Blick auf die kommenden Europawahlen zeichnet sich ein Anwachsen der Kräfte rechts der EVP ab: Geht man von aktuellen Umfragen aus, würde es im kommenden EP einen Pool von rund 180 bis 190 Abgeordneten geben, die Parteien angehören, die sich rechts der EVP

verorten. Sie wären damit zusammengerechnet möglicherweise stärker als die EVP (die – vor der etwaigen Aufnahme noch ungebundener Parteien – bei rund 170 bis 175 läge). Sowohl die Rechtsaußenfraktion Identität und Demokratie (ID) als auch die EKR-Fraktion würden mehr als zehn Prozent der Sitze erhalten und damit spürbar zulegen.¹¹ Grüne und auch die überwiegend liberale Renew-Fraktion steuern auf Verluste zu. Renew muss gar gegen EKR und die ID um Platz 3 bangen. Vieles deutet darauf hin, dass es die geschlossene Unterstützung von mindestens drei großen Parteienfamilien für eine stabile Mehrheit im EP bräuchte.

Parallel dazu mehrten sich zuletzt inhaltliche Divergenzen zwischen der EVP und den drei anderen pro-europäischen Parteienfamilien: 2023 verlor die EVP Abstimmungen über Einzelprojekte des „Green Deal“ – etwa beim Renaturierungsgesetz im Juli¹² – knapp gegen eine breite Allianz vor allem von Linken, Grünen und Liberalen. Auch wenn nach aktuellem Stand die EVP gute Chancen hat, erneut stärkste Kraft zu werden, so stellt sich nach den jüngsten Erfahrungen die Frage, in welchen Konstellationen sie ihre personellen und programmatischen Vorstellungen umsetzen kann. Entsprechend wurde zuletzt immer wieder über eine „Kooperation“ zwischen EVP und EKR (oder einigen der EKR angehörenden Parteien) spekuliert – mit dem Vorbild der Regierungskoalition in Tschechien, die fast ausschließlich aus Parteien der EVP und der EKR gebildet wird, welche voraussichtlich auch eine gemeinsame Liste für die Europawahl aufstellen werden.

Alles andere als homogen: die Parteien rechts der EVP

Die rechts der EVP stehenden Parteien sind eine sehr vielfältige Gruppe, die sich aktuell weitgehend in zwei Fraktionen aufteilt: die euroskeptische, eher nationalkonservativ geprägte EKR (die allerdings auch rechtspopulistische Parteien umfasst) sowie die klar rechtspopulistisch-rechtsextreme ID. Einige Parteien (darunter die ungarische Fidesz) sind zudem fraktionslos. Die Bandbreite der hier vertretenen Parteien ist

enorm und verbietet, diese als eine kohärente Gruppe wahrzunehmen: In der EKR findet sich die ODS, die in Tschechien eine Koalition mit EVP-Parteien anführt und deren Ausrichtung sehr starke Überlappungen mit der EVP aufweist. Hier finden sich auch liberalkonservativ ausgerichtete Abgeordnete der flämischen Regionalisten der N-VA. Mit der ODS befand sich die EVP zwei Legislaturperioden lang in einer Fraktion (zu Zeiten der bereits erwähnten EVP-ED-Fraktion).

Die Bildung einer großen Fraktion rechts der EVP scheint aktuell illusorisch.

Allerdings gehört die Mehrzahl der in der EKR vertretenen Abgeordneten Parteien an, mit denen die europapolitischen Schnittmengen deutlich geringer sind und die insbesondere mindestens eines der ersten beiden der drei von Manfred Weber genannten Kriterien – pro-Europa, pro-Rechtsstaat, pro-Ukraine – nicht erfüllen, wie etwa die rechtspopulistische Vox, die polnische nationalkonservative PiS, die Schwedendemokraten, die Basisfinnen oder die niederländische JA21. Die ODS ist mit ihrem unter dem aktuellen Vorsitzenden europapolitisch pragmatischen Kurs auch in der eigenen Fraktion eher eine Ausnahme und nicht die Regel. Zur EKR gehören auch die Fratelli d’Italia, die mit Giorgia Meloni die italienische Regierungschefin stellen.

Die ID wird wiederum von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien dominiert (unter anderem AfD, Rassemblement National, Lega, FPÖ, die tschechische SPD, die niederländische PVV), mit denen eine Kooperation für die EVP schon aus programmatischen Gründen ausgeschlossen ist. In der Vergangenheit gab es durchaus – bislang erfolglose – Bestrebungen zur Bildung einer gemeinsamen Rechtsaußenfraktion von Parteien aus EKR und ID. Inhaltliche Überlappungen zwischen den beiden bestehenden Fraktionen finden sich in der

(unterschiedlich stark ausgeprägten) europaskeptischen Ausrichtung, der harten Kritik an der EU-Kommission, aber auch bei Abstimmungen und Positionierungen zu Migrations- und Asylpolitik – ansonsten eint die Parteien beider Fraktionen jedoch wenig. Der vielleicht letzte größere Versuch, eine solche Zusammenarbeit anzubahnen, datiert vom 2. Juli 2021, als 16 Parteien aus beiden Fraktionen – darunter die PiS, der Rassemblement National, Lega, Fidesz, FPÖ, aber eben auch die Fratelli d’Italia von Meloni – massive Kritik an der EU-Politik übten. Insgesamt spiegelte das damals von den Parteien verfasste Statement eine mit der EVP unvereinbare europapolitische Haltung wider.¹³ Bemerkenswert: Die AfD war nicht in diese Initiative eingebunden. Spätestens die enormen Differenzen zwischen der EKR (pro-Ukraine) und den Parteien in der ID (pro-russische Ausrichtung) im Zuge des Krieges in der Ukraine lassen eine enge Zusammenarbeit und die Bildung einer großen Fraktion rechts der EVP aktuell als illusorisch erscheinen. Die Aktion aus dem Jahr 2021 und auch frühere Initiativen machen jedoch die geringe Kompatibilität der europapolitischen Ausrichtung des Großteils dieser Parteien mit der EVP deutlich.

Partner in der politischen Mitte

Bezogen auf mögliche Potenziale der Zusammenarbeit und auch das Potenzial der Erweiterung der EVP um neue Parteien, sollte der Blick zum einen auf noch ungebundene Kräfte gehen, die nicht im rechtspopulistischen Lager anzusiedeln sind. Nahe liegende Partner könnten zum Beispiel neue politische Kräfte aus den Niederlanden sein, die ihre Wurzeln in der EVP-Partnerpartei ihres Landes (CDA) haben, wie etwa die NSC.

Auch der liberalen Renew-Fraktion gehören einige Parteien an, die ideologisch starke Überlappungen mit der EVP aufweisen und nicht zum (links) liberalen Kern der hinter Renew stehenden Parteienfamilie gehören – in der Vergangenheit waren unter anderem die portugiesische PSD und die rumänische PNL zur EVP gewechselt. Offen ist zudem, was aus der Partei von

Emmanuel Macron – Renaissance – wird, die in den vergangenen Jahren viele Persönlichkeiten aus dem Mitte-Rechts-Spektrum absorbiert hat und die größte Gruppe innerhalb von Renew stellt. Mithin sollte die EVP ihren Blick für ihre langfristige strategische Ausrichtung wie schon in den 1990er-Jahren nicht nur in die Richtung konservativer, sondern auch zentristischer und liberaler Parteien wenden. Anzumerken ist zudem, dass die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament traditionell mit den Liberalen in den meisten Themen die größten Überlappungen bei Abstimmungen hat – in einem stärkeren Maße als mit der EKR.

Zur DNA der EVP gehört ein klares Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozess sowie zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Welche Strategie für die EVP?

Spricht man über eine Kooperation der EVP mit anderen Parteien oder Fraktionen, so ist grob zwischen drei Formen der politischen Zusammenarbeit zu unterscheiden:

1. Die niedrigste Schwelle ist eine Kooperation der EVP mit einer anderen Fraktion im Europäischen Parlament – sei es struktureller Natur im Rahmen einer mehr oder minder formalisierten Koalition, sei es ad hoc zu bestimmten Themenbereichen.
2. Eine höherschwellige Form der Zusammenarbeit wäre der Beitritt zur EVP-Fraktion: Nach den Wahlen und vor der Fraktionsbildung schließen sich oft noch ungebundene Parteien einer Fraktion an (ohne jedoch der Parteienfamilie beizutreten). Doch auch der Wechsel aus anderen Parteienfamilien ist durchaus üblich. Sowohl Fraktionsbeitritt als auch Trennung sind ohne längere Prozedur zu bewerkstelligen. Insbesondere die Aufnahme einer größeren Gruppe in die Fraktion

hat aber eine wesentliche Auswirkung auf die Machtbalance, programmatische Ausrichtung und Strategie der Fraktion. Eine Partei, die 20+x Abgeordnete mitbringen könnte (wie etwa die Fratelli d'Italia nach aktuellen Umfragen), würde mit einem entsprechenden Gestaltungs- und Machtanspruch auftreten.

3. Die engstmögliche Form der Kooperation ist eine Aufnahme einer Partei in die EVP-Parteienfamilie. Ein solcher Schritt setzt eine ideologische Kohärenz voraus und bedarf eines Grundvertrauens in die programmatische Kompatibilität, die Zuverlässigkeit, aber auch die strukturelle Nachhaltigkeit der Partei. Ein Beitritt einer Partei als Vollmitglied gibt Zugang mit Stimmrecht zu Parteigremien und damit auch die Möglichkeit, die Parteienfamilie nachhaltig zu prägen. Entsprechend sieht die EVP hier auch einen Prozess mit mehreren Etappen vor. Zudem zeigte die Vergangenheit, dass die Trennung von Parteien ein langwieriger Prozess mit recht hohen Hürden ist, der – wie im Falle der Fidesz – für erhebliche Verwerfungen innerhalb der EVP-Familie sorgen kann. Mithin gelten Schillers Worte: Drum prüfe, wer sich ewig bindet.

Vor einer Debatte über Koalitionsoptionen und eine etwaige Öffnung nach rechts – die Größe einer Parteienfamilie ist an sich kein Selbstzweck – stellt sich für die EVP die Frage: Was ist ihre Vision für die EU und welche Prioritäten möchte sie in der kommenden Legislaturperiode und darüber hinaus setzen? Blickt man auf die DNA der EVP, aber auch der überwältigenden Mehrheit ihrer Mitgliedsparteien, dann steht über allem ein klares Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozess und seinen wichtigsten Errungenschaften sowie zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Eine Abwendung von diesen Grundwerten würde von einem Gros ihrer Mitglieder nicht mitgetragen. Leitprinzipien der EVP sind traditionell auch ein klares Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft sowie zur Sozialen Marktwirtschaft basierend auf Verantwortung, Solidarität, Solidität und Subsidiarität.

Angesichts der anstehenden Herausforderungen für die EU läge nahe, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, einen umfassenden Nachhaltigkeitsbegriff, der neben der ökologischen auch die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Dimension umfasst, sowie die Unterstützung der Ukraine, eine pragmatische Asyl- und Migrationspolitik und das Eintreten für eine freiheitlich-demokratische Weltordnung zu thematisieren. Ein Papier des EVP-nahen Martens Centre identifiziert hier mit „sieben Ds“¹⁴ (im Englischen: *defense, debt, digitalisation, demography, democracy, de-carbonisation, de-risking globalisation*) sowohl Herausforderungen als auch Handlungsprioritäten.

Die Größe einer Parteienfamilie ist kein Selbstzweck.

Im nächsten Schritt müsste die EVP prüfen, in welchen Konstellationen ihre Prioritäten am besten umzusetzen sind. Blicke die EVP ihren bisherigen Leitsätzen treu und würde sie die oben genannten Prioritäten setzen, würde es nach wie vor mehr oder minder große Schnittmengen mit den Fraktionen der anderen pro-europäischen Kräfte – vor allem den Liberalen – geben. Gleichzeitig sollte sich die EVP nicht schon jetzt in jedem Politikbereich bedingungslos an eine linksliberale Allianz aus Sozialisten, Liberalen und Grünen binden – auch weil sie sonst riskiert, dass die rechts von ihr vertretenen Kräfte die entstehenden Lücken besetzen, etwa in der Migrations-, Umwelt- und Energiepolitik. Die EVP sollte sich in diesem Kontext auch nicht von wohlfeilen Parolen betören lassen, die den Zusammenhalt der pro-europäischen Kräfte um jeden Preis beschwören. Wie viel diese Appelle wert sind, durfte die EVP 2019 eindrucksvoll bestaunen, als Liberale und Sozialisten rasch vom Prinzip des Spitzenkandidaten abrückten und damit die Chancen des EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber auf das Amt des Kommissionspräsidenten zunichtemachten.



Im Aufwind: Die Partei der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni könnte nach den Europawahlen 2024 die polnische PiS als größte Gruppe in der Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ ablösen. Im Bild Meloni und Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Treffen im Februar 2023. Foto: © Bernd von Jutrczenka, dpa, picture alliance.

Gleichzeitig sind den Träumen von alternativen Bündnissen aktuell Grenzen gesetzt: Die sicher EVP-kompatible ODS – die auch durchaus Interesse an einer engeren Zusammenarbeit signalisiert – vertritt in ihrer aktuellen Ausrichtung nicht die Mehrheit der derzeitigen EKR-Fraktion. Es liegt gleichzeitig im Interesse der EVP, sich die Zugänge für eine pragmatische Zusammenarbeit mit konstruktiven Kräften der EKR nicht zu verbauen. Das gilt auch für personalpolitische Fragen. Der Europäische Rat spielt eine wesentliche Rolle bei der Bestimmung des Kommissionspräsidenten und die EKR-Familie stellte Mitte Dezember 2023 in zwei Ländern die Staats- und Regierungschefs. Wie aussichtsreich eine etwaige Ad-hoc-Zusammenarbeit mit der EKR sein könnte, hängt nicht zuletzt auch von der Dynamik innerhalb der EKR-Fraktion ab, wo bei den EP-Wahlen 2024

anstelle der polnischen PiS die Fratelli d'Italia größte Gruppe werden könnten. Sollten die Fratelli d'Italia den seit Übernahme der Regierungsverantwortung vergleichsweise pragmatischen Kurs von Meloni auch im Europäischen Parlament beibehalten, könnte die EKR möglicherweise tendenziell konstruktiverer Partner werden. Eine formelle dauerhafte Koalition mit der EKR und ohne die Sozialisten ist wenig realistisch: Die Zahlen geben dieses Bündnis nicht her, aktuell lägen Liberale, EVP und EKR bei 330 bis 340 Sitzen (siehe Abbildung 2), angesichts des fehlenden Fraktionszwangs im EP sollte eine tragfähige Koalition aber eher 390 bis 400 Sitze abdecken. Ferner haben sich führende Liberale bereits deutlich von einer entsprechenden Allianz distanziert.¹⁵ Zu bedenken ist auch, dass eine schärfere und dauerhafte Links-Rechts-Konfrontation im EP

angesichts ihrer eigenen internen ideologischen Bandbreite auch für die EVP eine Zerreißprobe darstellen könnte.

Bei der zweiten Form der Zusammenarbeit – die Aufnahme von neuen Parteien in die EVP-Fraktion – gilt es zu bedenken, dass gerade die Aufnahme größerer Parteien die ideologische Ausrichtung und die Machtbalance in der Fraktion verändert. Im hypothetischen Fall des Beitritts der Fratelli d’Italia oder eines Bündnisses unter ihrer Führung würde viel davon abhängen, wie sich diese neue Delegation zusammensetzen würde – aus pragmatischen Kräften oder doch aus Rechtsaußen-Akteuren. Die Aufnahme einer umstrittenen Partei in die Fraktion kann zudem zu Entfremdung und Exodus lange bewährter Mitglieder führen. So haben die christdemokratischen EVP-Gründungsparteien der Benelux-Staaten wiederholt vor einer Aufnahme euroskeptischer Kräfte gewarnt und früh einen Ausschluss der Fidesz gefordert – sie gehören auch zu den Kräften, die einer Aufnahme der Fratelli kritisch gegenüberstehen. Andere Kräfte hielten diesen Schritt aktuell zumindest für verfrüht. Zwar stellen sie zusammen weniger Abgeordnete im Europäischen Parlament als die Fidesz – doch haben sie sich über Jahrzehnte überproportional in die EVP eingebracht und insbesondere die Niederländer stehen den deutschen Christdemokraten nahe. Auf ähnlichen Widerstand könnte die Aufnahme der flämisch-regionalistischen N-VA in die EVP-Fraktion stoßen – auch von Parteien, die sich in ihren Ländern mit separatistischen Parteien konfrontiert sehen.

Auf der anderen Seite kann die Aufnahme neuer Parteien in die Fraktion (ohne gleichzeitige Aufnahme in die Parteienfamilie) dazu dienen, dass sich Kräfte im EP und in der täglichen Arbeit bewähren können und das gegenseitige Verständnis gestärkt wird. Auch die Sozialisationskraft durch die Fraktion sollte nicht unterschätzt werden. Das gilt insbesondere für noch ungebundene neue Kräfte. Die Aufnahme einer Partei wie der Fratelli d’Italia, die noch 2021 mit der EVP unvereinbare europapolitische Positionen unterstützte (siehe oben), kann aber nur gelingen, wenn sich die europapolitische Ausrichtung

seitdem glaubhaft und nachhaltig verändert hat. Der Dreiklang von „Pro-Europa, pro-Ukraine, pro-Rechtsstaat“ ist eine notwendige, aber bezogen auf eine ganze Legislaturperiode keine hinreichende Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Schließlich bemisst sich der Einfluss einer Fraktion im Europäischen Parlament nicht nur nach ihrer Größe, sondern auch nach ihrer Geschlossenheit. Entsprechend sollte bei „Neuzugängen“ ein hohes Maß an Loyalität ein wichtiges Kriterium sein. Aktuell steht ein Beitritt der Fratelli d’Italia ohnehin nicht auf der Tagesordnung.

Die engstmögliche Form der Zusammenarbeit, eine Aufnahme in die Europäische Volkspartei, sollte besonders sorgfältig geprüft werden. Dabei sollte nicht nur die Arithmetik, sondern die ideologische Kompatibilität und damit auch die Absorptionsfähigkeit der eigenen Parteienfamilie bedacht werden. Die breite Aufstellung der EVP gewährt ihr Flexibilität; jedoch werden ihre Parteien von einem pro-europäischen und integrationsfreundlichen Grundkonsens zusammengehalten, dessen Infragestellen die Parteienfamilie wohl in eine Krise stürzen würde. Die in den 1990er-Jahren formulierten Beitrittskriterien zur Europäischen Volkspartei – aktualisiert hinsichtlich aktueller Herausforderungen (pro-Ukraine und pro-Rechtsstaat) und mit einem klaren Schwerpunkt auf der programmatischen Kompatibilität – würden eine solide Grundlage für die künftige Beitrittspraxis liefern. Auch die 2010 aufgeworfene Idee von Patenschaften für neu beitretende Parteien sollte ernsthaft geprüft werden.

Gleichzeitig gilt es – bei aller Vorsicht gegenüber (großen) Neuzugängen – wie bereits in den 1990er-Jahren vorausschauend zu planen, potenzielle künftige Partner frühzeitig zu identifizieren und Gesprächskanäle zu pflegen. Für eine Parteienfamilie, die sich als Volkspartei mit entsprechendem Gestaltungsanspruch sieht, ist es auf Dauer kein befriedigender Zustand, in Frankreich und Italien und damit in zwei der größten EU-Länder bei weniger als zehn Prozent zu liegen. Entsprechend sollte die EVP aufmerksam die Entwicklungen im Mitte- und Mitte-Rechts-Spektrum in beiden Ländern verfolgen, diese begleiten und

beispielsweise in Italien einen etwaigen Wandel hin zu einer konstruktiven europapolitischen Ausrichtung ermutigen – auch um langfristig neuen Anläufen zur Bildung einer großen Kraft rechts der EVP vorzubeugen. Die Fratelli d'Italia (oder eine Nachfolgepartei) könnten sonst – sofern sie sich im italienischen Parteiensystem als wichtigste Kraft des konservativen Spektrums etablieren – ein wichtiges Kraftzentrum einer solchen Allianz rechts der EVP darstellen. Es wäre auch im Sinne des europäischen Integrationsprozesses, wenn in Frankreich und Italien langfristig und dauerhaft in der politischen Mitte mehr als eine pro-europäische Kraft mit realistischer Aussicht auf die Führung einer Regierung existiert.

Schon durch ihre interne Vielfalt und ihre von mehreren Erweiterungswellen geprägte Geschichte hat die EVP stärker als andere europäische Parteienfamilien eine wichtige Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen politischen Kräften. Wie schon mehrfach in ihrer 47-jährigen Geschichte steht sie in den kommenden Jahren vor der großen Aufgabe, sich basierend auf ihrem Wertekern mit einer klaren Vision zu den künftigen Herausforderungen für die EU zu positionieren und gleichzeitig auf die Entwicklung in den Parteiensystemen ihrer Mitgliedstaaten zu reagieren und mittelfristig neue Kräfte an sich zu binden.

Die EVP wird auch nach den Wahlen 2024 eine zentrale Säule des europäischen Einigungsprozesses bleiben. Ihre Positionierung im europäischen Parteiengefüge und ihre Strategie gegenüber den Parteien zu ihrer Rechten hat nicht nur Folgen für sie selbst, sondern auch für die Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprojekts.

Dr. Olaf Wientzek ist Leiter des Multinationalen Entwicklungsdialogs Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung und Autor des EVP-Parteienbarometers.

- 1 Mehr zur (Vor-)Geschichte der EVP bei Gehler, Michael / Gonschor, Marcus / Meyer, Hinnerk / Schönner, Hannes (Hrsg.) 2018: Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen, München.
- 2 Jansen, Thomas 2006: Die Europäische Volkspartei – Entstehung und Entwicklung, Brüssel.
- 3 Wientzek, Olaf 2019: Europawahlen, Europaparteien und die Europäische Volkspartei, Konrad-Adenauer-Stiftung, 14.02.2019, in: <https://ogy.de/qf9l> [25.10.2023].
- 4 Gründungsmitglieder waren CDU und CSU (Deutschland), die CDS aus Frankreich, DC und SVP aus Italien, PSC und CVP aus Belgien, die CSV aus Luxemburg, die KVP, CHU und ARP aus den Niederlanden (heute im CDA aufgegangen) sowie die irische Fine Gael. Mehr auch bei Jansen, Thomas / Van Hecke, Steven 2011: At Europe's Service: The Origins and Evolution of the European People's Party, Heidelberg.
- 5 Wientzek, Olaf (@AguirreOl) 2019: Seat distribution in the #EP2019 in the 11 Post-Communist EU countries, via Twitter, 01.06.2019, in: <https://ogy.de/7ulj> [25.10.2023].
- 6 Jahrbuch der EVP/EUCD 1996: S. 46 f., S.185.
- 7 Manfred Weber im Interview: „Wir stehen für einen Kurs, der Radikale ausgrenzt. AfD, Le Pen, das sind unsere politischen Feinde. Ich habe für jede Kooperation drei Bedingungen formuliert: Pro Europa, pro Ukraine, pro Rechtsstaat. Damit bauen wir eine Brandmauer zur PiS [...]“, in: Gutschker, Thomas / Kafsack, Hendrik 2023: „Von der Leyen wäre in der Poleposition“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.06.2023, in: <https://faz.net/-gq5-bb04d> [25.10.2023].
- 8 Weilemann, Peter Robert 2010: Erweiterungsstrategie der Europäischen Volkspartei, Reflexionspapier, 10/2010.
- 9 Martens, Wilfried 2008: Europe: I Struggle, I Overcome, Dordrecht.
- 10 Welle, Klaus 2023: Le nouveau visage des droites en Europe et le conservatisme du futur, Le Grand Continent, 30.05.2023, in: <https://ogy.de/100j> [25.10.2023]; Gehler, Michael / Gonschor, Markus 2020: Ein europäisches Gewissen – Hans-Gert Pöttering, Freiburg i. Br.
- 11 Wientzek, Olaf 2023: EVP-Parteienbarometer November 2023, Konrad-Adenauer-Stiftung, 23.11.2023, in: <https://ogy.de/23w5> [05.12.2023].
- 12 Europäisches Parlament 2023: Protokoll: Ergebnis der namentlichen Abstimmungen – Anlage, 12.07.2023, in: <https://ogy.de/674e> [25.10.2023].
- 13 Gotev, Georgi 2021: Orbán, Le Pen, Salvini, Kaczyński join forces to impact on the future of EU, Euractiv, 05.07.2021, in: <https://ogy.de/627p> [25.10.2023].
- 14 Welle, Klaus / Hefe, Peter et al. 2023: The 7Ds for Sustainability: 175 Proposals for the Next Legislature, Wilfried Martens Centre for European Studies, in: <https://ogy.de/yatq> [15.11.2023].
- 15 Castaldi, Roberto 2023: EU liberals seek to drag EPP away from Meloni's 'extreme right', Euractiv, 13.06.2023, in: <https://ogy.de/9r1l> [25.10.2023].



Foto: © Abaca, picture alliance.

[Europa pragmatisch voranbringen](#)

Weltmacht EU?

Die „geopolitische Kommission“ zwischen Ambition und Realität

Felix Manuel Müller

Die Amtszeit der von der Leyen-Kommission neigt sich ihrem Ende entgegen. Gestartet war sie mit dem Anspruch, eine „geopolitische Kommission“ zu sein. Aber auch wenn die Administration in der Coronapandemie und angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine Akzente gesetzt hat, bleibt im auswärtigen Handeln der EU abseits akuter Krisen eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Die geopolitische Ambition der Europäischen Kommission

Ende 2019 nahm eine neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf – mit einem hohen außenpolitischen Gestaltungsanspruch. Ihre Präsidentin Ursula von der Leyen unterstrich mehrfach, eine „geopolitische Kommission“ führen zu wollen. Auch der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, forderte, man müsse „die Sprache der Macht neu lernen“ und sich als „geostrategischer Akteur der obersten Kategorie“¹ begreifen.

Diese Äußerungen deuteten auf einen Wandel des Selbstverständnisses hin. Denn die EU galt lange als „normative Macht“,² die eine Kultur der politischen Zurückhaltung pflegt und versucht, ihre Partner durch den Einsatz von „soft power“ zu beeinflussen. Letztere beruht nicht auf militärischem Zwang oder wirtschaftlichem Druck, sondern auf der Attraktivität von Idealen, Werten und politischen Institutionen.

Zwar gibt es bereits seit mehreren Jahrzehnten Rufe nach einer aktiveren außenpolitischen Rolle der EU. In einem veränderten globalen Kontext stoßen sie jedoch auf wesentlich größere Resonanz. Denn die Weltordnung befindet sich im Umbruch. Insbesondere die graduelle Erosion des regelbasierten Multilateralismus als Grundprinzip der internationalen Beziehungen, die Verschlechterung des transatlantischen Verhältnisses während der Präsidentschaft Donald Trumps, der Brexit, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die sich verschärfende

sino-amerikanische Großmächtekonkurrenz sind Entwicklungen, die aus europäischer Sicht Anlass zur Sorge bereiten. Durch diese weltpolitischen Entwicklungen wächst der Druck, das Selbstverständnis an die globalen Machtrealitäten anzupassen. Diese sind nicht nur normativ und regelbasiert bestimmt – sie werden immer mehr von geopolitischen und auch geoökonomischen Aspekten geprägt.

Aufgrund der schwach ausgeprägten und relativ diffusen außenpolitischen Entscheidungskompetenzen erschien es jedoch fraglich, ob die Ambition einer „geopolitischen Kommission“ mit der Handlungswirklichkeit in Einklang gebracht werden kann. Die Außenpolitik der EU lässt sich grundsätzlich als mehrdimensionales Mosaik beschreiben.³ Den Kernbereich bildet die seit dem Vertrag von Maastricht bestehende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie ihr sicherheitspolitischer Arm, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Da es sich dabei um besonders souveränitätssensible Politikbereiche handelt, sind diese Handlungsfelder nach wie vor stark intergouvernemental und vom Prinzip der Einstimmigkeit bei Entscheidungen geprägt. Das bedeutet, der Einfluss der Mitgliedstaaten ist hier besonders groß, während die Kommission traditionell nur eine Nebenrolle spielt.⁴ Außenpolitische Wirksamkeit kann diese vorrangig durch den Rückgriff auf Kompetenzen entfalten, die im ökonomischen Bereich liegen. Dazu zählen beispielsweise die Außenhandelspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe.

Erfolgreiche Politikgestaltung im Krisenmodus

Auch bei internationalen Bedrohungslagen wird in der Regel erwartet, dass der Europäische Rat die Rolle des Krisenmanagers übernimmt und die zentralen Entscheidungen im Rahmen der Gipfel der Staats- und Regierungschefs getroffen werden.⁵ Auf der anderen Seite eröffnen Ausnahmesituationen politischen Akteuren immer auch neue Handlungskorridore. In der Vergangenheit konnte die Kommission diese „windows of opportunities“⁶ wiederholt nutzen, um ihre Position zu stärken.

Coronapandemie

Nur wenige Tage nach Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen entwickelte sich eine Krise globalen Ausmaßes. Die COVID-19-Pandemie stellte die EU vor beispiellose Herausforderungen, insbesondere auf gesundheitspolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Unter Führung der ersten weiblichen Präsidentin agierte die Kommission in der Frühphase der Pandemie schnell und proaktiv.

Bereits Anfang Januar 2020 machte ihre Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE) im Rahmen des Frühwarn- und Reaktionssystems (EWRS) auf die sich zuspitzende Entwicklung aufmerksam. Als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Ende des Monats eine „gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite ausrief“⁷, hatte die Kommission bereits erste Maßnahmen ergriffen und beispielsweise EU-Mittel für die Erforschung des Virus bereitgestellt. Im weiteren Verlauf übernahm sie außerdem eine wichtige Koordinierungsfunktion, wie sich bei der gemeinsamen Impfstoffbeschaffung und -verteilung innerhalb der EU zeigte. Demgegenüber brachte der Europäische Rat selten eigene Vorschläge vor, sondern unterstützte vielmehr die Initiativen der Kommission.⁸ Diese weitete ihren Einfluss entschieden auf Politikbereiche aus, die zuvor eher in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten gesehen worden waren.

Neben EU-internen Maßnahmen forcierte die Kommission im Rahmen der weltweiten Krisen-

reaktion auch Partnerschaften und Initiativen mit externen Akteuren. So arbeitete sie eng mit der WHO sowie der G20 zusammen und unterstützte beispielsweise die COVAX-Initiative (COVID-19 Vaccines Global Access) von Anfang an. Diese Aktion wurde ins Leben gerufen, um auch Ländern mit geringer Kaufkraft Zugang zu den stark nachgefragten Vakzinen zu ermöglichen.

Mittlerweile ist „Team Europe“ ein übergreifender Ansatz der gemeinsamen europäischen Außen- und Entwicklungspolitik.

Mit ähnlicher Zielsetzung formierte sich im April 2020 außerdem das „Team Europe“. Der Ansatz bündelte erstmals die entwicklungspolitischen Beiträge der Europäischen Kommission, der EU-Mitgliedstaaten sowie der EU-Finanzinstitutionen (Europäische Investitionsbank und Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Bis Anfang 2022 stellte das „Team Europe“ 46 Milliarden Euro zur Verfügung und unterstützte 130 Staaten bei der Reaktion auf die Pandemie und ihre Folgen. Am meisten profitierten afrikanische Länder. Sie erhielten rund zehn Milliarden Euro.⁹ Mittlerweile hat sich „Team Europe“ zu einem übergreifenden Ansatz der gemeinsamen europäischen Außen- und Entwicklungspolitik weiterentwickelt. Er soll dazu beitragen, die Wirksamkeit und Sichtbarkeit der EU-Aktivitäten auf der globalen Bühne zu erhöhen.

Obwohl die EU während der COVID-19-Pandemie also erhebliche finanzielle Mittel bereitstellte, um Drittstaaten zu unterstützen, und sich auch als größter Geber sowie Exporteur von Vakzinen engagierte, wurde dieser Einsatz in den Zielländern nicht immer im entsprechenden Maße wahrgenommen. Das erklärt sich zum einen durch das Handeln in multilateralen Organisationen wie der WHO. Auf diese Weise war man als Einzelakteur vor Ort weniger sichtbar. Weil sich die EU zu Beginn der Impfkampagne hauptsächlich auf die Versorgung der eigenen





Wirklichkeit und Wahrnehmung: Die Europäische Union übernahm bei der Bekämpfung der Coronapandemie eine wichtige Rolle, auch bei der Lieferung von Impfstoffen an Drittstaaten – hier im Bild an Bosnien und Herzegowina. Dennoch wurde der Vorwurf des „Impfstoffnationalismus“ gegen die EU erhoben. Foto: © Eldar Emric, AP, picture alliance.

Mitgliedstaaten fokussierte, verfestigte sich in Ländern des Globalen Südens außerdem der Vorwurf des „Impfstoffnationalismus“.¹⁰

Russischer Angriff auf die Ukraine

Der 24. Februar 2022 markierte dann einen weiteren tiefgreifenden Einschnitt. An diesem Tag startete Russland seine großangelegte Militäroffensive gegen die Ukraine. Noch wenige Monate zuvor hatten politische Beobachter den EU-Staaten nicht zugehört, sich auf eine einheitliche Strategie gegenüber der Russischen Föderation zu verständigen.¹¹ Doch die völkerrechtswidrige Invasion wurde als direkter Angriff

auf das Freiheits- und Ordnungsverständnis der EU wahrgenommen. Binnen weniger Tage stellte diese der Ukraine Militärhilfe in Milliardenhöhe zur Verfügung – ein bislang einmaliger Vorgang. Außerdem wurde der Aggressor mit mehreren, in ihrer Härte bislang unübertroffenen Sanktionspaketen belegt. Obwohl für die EU-Mitgliedstaaten politisch sensible Bereiche berührt waren, brachte sich die Kommission stärker als üblich in den Prozess ein. Der immense Handlungsdruck in den ersten Monaten nach dem Angriff führte dazu, dass fast alle Sanktionsvorschläge der Kommission akzeptiert wurden.¹² Die hohe Reaktionsgeschwindigkeit konnte erreicht werden, weil sich von der Leyen und ihr Kabinett

bereits seit Ende 2021 auf das Worst-Case-Szenario eines russischen Angriffs eingestellt und frühzeitig eng mit ihren US-amerikanischen Partnern abgestimmt hatten.

Der ökonomische Bereich wird sicherheitspolitisch immer relevanter.

Obwohl die EU-Sicherheitspolitik eigentlich eine Domäne intergouvernementaler Koordination ist, übernahm die Europäische Kommission auch bei der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg eine Führungsrolle. Komplementär zu den Sanktionen gegen Russland setzte sie sich auch für eine finanzielle, humanitäre

und militärische Unterstützung der Ukraine ein. Allerdings ging sie dabei vorsichtig und schrittweise vor und blieb offen für die Vorschläge der Mitgliedstaaten.¹³ Durch ihre schnelle und konsequente Sanktionspolitik stieg die EU zu einem zentralen Akteur in der Ukrainekrise auf. Dieser Umstand wurde auch von den USA anerkannt, was der Besuch von US-Präsident Joe Biden beim EU-Gipfel einen Monat nach dem Überfall unterstrich.

A Payer but still no Player?

Die Wahrnehmung der EU in der Welt

Wer glaubwürdig einen geopolitischen Gestaltungsanspruch vertreten möchte, ist darauf angewiesen, von anderen weltpolitischen Akteuren als gleichgewichtiger Partner oder ernstzunehmender Gegenspieler akzeptiert zu werden. Auch



Die Konkurrenz schläft nicht: Chinesische Zeitungen berichteten im Oktober 2023 von der Eröffnung des dritten „Belt-and-Road“-Forums durch Präsident Xi. Ob die europäische „Global-Gateway“-Initiative eine attraktive Alternative hierzu darstellt, ist alles andere als sicher. Foto: © Andy Wong, AP, picture alliance.

wenn das brutale Vorgehen Russlands gegen die Ukraine den Blick darauf verstellt, wird das Kräftemessen der Großmächte nicht vorrangig mit militärischen, sondern kommerziellen und industriepolitischen Mitteln ausgetragen. Der ökonomische Bereich, in dem die Europäische Kommission über weitreichende Kompetenzen verfügt, wird deshalb sicherheitspolitisch immer relevanter.

Die EU wurde durch den Brexit und die Krisen der vergangenen Jahre geschwächt. Dennoch ist sie nach wie vor eine Weltwirtschaftsmacht, die sich mit den USA und China auf Augenhöhe befindet. Weil sie sich auf globaler Ebene aber lange als „normative Zivilmacht“ gerierte, gilt sie in anderen Regionen der Welt gleichzeitig als wirtschaftlicher Riese wie auch handlungsschwacher politischer Zwerg. Diese Perzeption hat sich mancherorts sogar verstärkt. Das zeigt beispielsweise der Blick nach Südostasien. Dort genießt die EU insbesondere aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz vergleichsweise großes Vertrauen. Andererseits ist die Skepsis gestiegen, weil ihr sowohl der Anspruch als auch die Fähigkeiten abgesprochen werden, eine globale Führungsrolle einzunehmen.¹⁴

Das Konzept der „geopolitischen Kommission“ impliziert hingegen, dass man nicht nur als „Payer“ wahrgenommen werden will, sondern ein „Player“ ist, der seine Interessen selbstbewusst vertritt. Ursula von der Leyens Kommission versuchte, diesen Anspruch durch mehrere Initiativen zu untermauern. Im Mai 2020 propagierte sie beispielsweise das Konzept der „offenen strategischen Autonomie“, das die EU als unabhängigen und starken globalen Akteur positionieren soll, der in der Lage ist, seine Interessen zu schützen, aber gleichzeitig für internationale Zusammenarbeit offen ist. Während der COVID-19-Pandemie wurde deutlich, dass die EU auf externe Versorgungsketten, insbesondere für medizinische Güter, angewiesen ist. Aufgrund dieser Erfahrungen wollte man Abhängigkeiten von anderen Akteuren reduzieren und die eigene Resilienz stärken. Der Ansatz weist dabei einen eher defensiven Charakter auf. Anstatt ökonomische Abhängigkeiten anderer zu nutzen, um

offensiv seine strategischen Ziele zu verfolgen, richtet er sich darauf, Interdependenzen abzubauen, um nicht selbst Opfer geoökonomischer Initiativen anderer zu werden.¹⁵

Die Ende 2021 von Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigte „Global-Gateway“-Initiative war eine direkte Reaktion auf den Erfolg der chinesischen „Belt and Road Initiative“. Letztgenannte steht im Zentrum von Chinas Konnektivitätsstrategie und zielt darauf ab, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Ländern entlang der traditionellen Seidenstraßenrouten zu fördern. Ende 2021 hatten nach offiziellen Angaben bereits mehr als 140 Länder an der „Belt and Road Initiative“ partizipiert. Durch die globale Infrastrukturoffensive der EU soll der chinesische Einfluss zurückgedrängt werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit der EU ist insbesondere in der südlichen Nachbarschaft stark ausbaufähig.

Doch als Schlüsselinitiative im Systemwettbewerb mit China kann „Global Gateway“ bislang nur sehr bedingt angesehen werden. Die eingeschränkte Wirksamkeit ergibt sich zum einen daraus, dass die Initiative nicht mit den notwendigen finanziellen Ressourcen unterlegt wurde. Zum anderen gelang es nicht, ein kohärentes strategisches Gesamtkonzept zu etablieren, in dem die außen-, wirtschafts-, und entwicklungspolitischen Stränge geschickt miteinander verwoben sind. Aktuell operieren diese noch weitgehend unkoordiniert nebeneinander. Obwohl mit der Initiative eine wirkliche Neuausrichtung der Mittelvergabe einhergehen sollte, beinhaltet sie Entwicklungsprojekte, die ohnehin bereits in Planung waren.

Ein generelles Problem, das bereits angeklungen ist, besteht darin, dass die Initiativen und Projekte der Kommission in den Drittstaaten in der Regel kaum bekannt sind. Bis auf einzelne

Ausnahmen ist die Öffentlichkeitsarbeit der EU insbesondere in der südlichen Nachbarschaft stark ausbaufähig. Eigentlich sollen die zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) gehörenden Delegationen der Europäischen Union die Bevölkerung und Entscheidungsträger über EU-Politiken und -Programme informieren. Sie werden aber offensichtlich kaum wahrgenommen.

Es wird darauf ankommen, das wirtschaftliche Gewicht der EU noch stärker einzusetzen als bisher.

Aus geopolitischer Perspektive erfüllen auch bilaterale Investitions- und Handelsabkommen eine wichtige Funktion. Sie sichern den Zugang zu entlegenen Märkten und kritischen Rohstoffen. Es ist absehbar, dass diese Bündnisse im Sinne der angestrebten Diversifizierung für die EU immer wichtiger werden. Die Kommission ist das EU-Organ, das auf dem globalen Markt im Namen der Mitgliedstaaten mit Drittländern verhandelt. Ihre Aufgabe ist es, die unterschiedlichen Positionen zu koordinieren und eine gemeinsame Verhandlungsstrategie zu entwickeln. Um Abkommen zu ratifizieren, ist aber die Zustimmung aller 27 Staaten erforderlich. Diese kann nicht immer erreicht werden, weil die Interessen in vielen Fällen divergieren. Im Ausland wird die EU deshalb häufig nicht als geopolitische Einheit, sondern als Koalition aus 27 Einzelstaaten wahrgenommen.

Ein Beispiel ist das EU-Mercosur-Handelsabkommen, nun bereits seit mehr als 20 Jahren verhandelt und noch immer nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Durch das Assoziierungsabkommen mit den Staaten des Mercosur-Raumes (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) könnten unter anderem jährlich fast vier Milliarden Euro an Zöllen eingespart werden. Einige EU-Mitgliedstaaten blockieren das Abkommen aber aufgrund innenpolitischer Erwägungen und beschädigen so auch die Glaubwürdigkeit der

EU als verlässlicher Handelspartner in anderen Regionen der Welt.

Weltmacht im Entwicklungsstadium

Zu Beginn ihrer Amtszeit war nicht absehbar, mit welchen weltpolitischen Herausforderungen die Europäische Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen in den folgenden fünf Jahren konfrontiert sein würde. Das Management der Coronapandemie sowie die Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen einen Staat in unmittelbarer Nachbarschaft der EU gehörten sicherlich zu den größten.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Kommission in beiden Fällen das durch den Zeit- und Entscheidungsdruck induzierte Krisenmomentum geschickt nutzte, um die eigene außenpolitische Rolle zu stärken und den Anspruch einer „geopolitischen Kommission“ zu substantiieren. Doch der geopolitische Wettlauf ist ein Marathon, kein Sprint. Es wird wesentlich darauf ankommen, das wirtschaftliche Gewicht der EU noch stärker einzusetzen als bisher, um die eigenen Werte und auch Interessen zu verteidigen. Das impliziert eine ambitionierte, stärker an strategischen Interessen ausgerichtete Handelspolitik, die folgende Ziele fokussiert: die Förderung des gegenseitigen Zugangs zu offenen Märkten, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Reduzierung europäischer Abhängigkeiten in zentralen Bereichen sowie den Ausbau von Partnerschaften mit Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und G7. Dabei muss sich die EU als attraktive Option positionieren, Angebote für eine gleichberechtigte Partnerschaft machen und sich von systemischen Konkurrenten abheben.

Nach wie vor findet die bestehende Weltmarktmacht der EU kein Pendant in einer entsprechenden weltpolitischen Rolle. Fest steht aber auch, dass kein Mitgliedstaat auf lange Sicht allein in der Lage sein wird, im Wettbewerb der Großmächte eine exponierte Rolle zu spielen. Diese Aussicht besteht nur im europäischen Verbund.

Beim EU-Außenhandeln bleiben die größten politischen Herausforderungen Einheit und

Kohärenz. In Abwesenheit akuter Krisenkonstellationen wird die EU immer noch zu oft als fragmentierter Akteur wahrgenommen, der Schwierigkeiten hat, seine Interessen klar zu artikulieren. Das schränkt eine effektive Einflussnahme ein und schwächt somit ihre Rolle als globaler Akteur.

Um Flexibilität und Handlungsfähigkeit zu erhöhen, sind institutionelle Erneuerungen notwendig. Diese wurden auch von Kommissionspräsidentin von der Leyen angemahnt. So forderte sie in ihrer ersten „State of the Union Address“ im September 2020 die Einführung des Mehrheitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dass die Ausweitung von Beschlussfassungen mit qualifizierter Mehrheit in diesem Bereich auch ohne Vertragsänderungen umsetzbar ist, zeigt der im September 2023 veröffentlichte Bericht einer deutsch-französischen Expertengruppe auf. Demnach könnte die Schaffung eines „Souveränitäts-Sicherheitsnetzes“ für mehr Akzeptanz sorgen. Sollte ein Mitgliedstaat seine wesentlichen nationalen Interessen bedroht sehen, kann er beantragen, den Diskussionsgegenstand an den Europäischen Rat zu verweisen und eine konsensuelle Einigung auf höchster politischer Ebene herbeizuführen. Auf die Vorbehalte kleinerer EU-Staaten könnte beispielsweise durch eine Neugewichtung der Stimmrechte eingegangen werden.¹⁶

Ob Vorschläge wie diese tatsächlich politisch umgesetzt werden und in der Praxis zu mehr Flexibilität führen, wird sich zeigen. Handlungsdruck ist jedoch vorhanden. Die weltpolitische Lage ändert sich und die Europäische Union steht an einer kritischen Wegscheide. Die „Weltmacht EU“ befindet sich indessen noch im Entwicklungsstadium. Zwischen Rhetorik und politischer Realität besteht weiterhin eine Diskrepanz. Seit dem Amtsantritt der von der Leyen-Kommission ist das Missverhältnis aber zumindest ein Stück kleiner geworden.

Felix Manuel Müller ist Referent für Europapolitik in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Weiler, Joseph 2020: Several Outlets – Europe Must Learn Quickly to Speak the Language of Power, Interview mit Josep Borrell, Europäischer Auswärtiger Dienst, 29.10.2020, in: <https://ogy.de/an41> [13.11.2023].
- 2 Manners, Ian 2002: Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?, *Journal of Common Market Studies* 40: 2, S.235–258, in: <https://ogy.de/nie5> [03.11.2023].
- 3 Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2020: Weltpolitikfähig oder weltpolitikunfähig? Notwendigkeit und politische Realität einer souveränen Europäischen Union, in: Grimm, Andreas (Hrsg.): *Die neue Europäische Union. Zwischen Integration und Desintegration*, Baden-Baden, S.207–234, hier: S.210 ff.
- 4 Nugent, Neill / Rhinard, Mark (Hrsg.) 2015: *The European Commission*, Basingstoke.
- 5 Fabbrini, Sergio / Puetter, Uwe 2016: Integration without supranationalisation: Studying the lead roles of the European Council and the Council in post-Lisbon EU politics, *Journal of European Integration* 38: 5, S.481–495.
- 6 Cram, Laura 1997: *Policy-Making in the European Union: Conceptual Lenses and the Integration Process*, London.
- 7 Tagesschau 2020: WHO erklärt internationale Notlage, 31.01.2020, in: <https://ogy.de/dwsz> [03.11.2023].
- 8 Hussein, Kassim 2023: The European Commission and the COVID-19 pandemic: a pluri-institutional approach, *Journal of European Public Policy* 30: 4, S.612–634.
- 9 Europäischer Rat 2023: Weltweite Solidarität in der COVID-19-Pandemie, in: <https://ogy.de/ee4i> [24.10.2023].
- 10 Der südafrikanische Präsident, Cyril Ramaphosa, beschuldigte die EU gar der „Impfstoff-Apartheid“. Fox, Benjamin 2021: Südafrika kritisiert „Impfstoff-Apartheid“ der EU, *Euractiv*, 08.12.2021, in: <https://ogy.de/3n3m> [04.12.2023].
- 11 Barbato, Mariano 2021: Ein ökonomisches Happy End aus geostrategischen Gründen? Erfolgsaussichten für den Freihandel zwischen der Europäischen Union und Indien, *Integration* 44: 4, S.301–317, hier: S.312.
- 12 Håkansson, Calle 2023: The Ukraine war and the emergence of the European commission as a geopolitical actor, 08.08.2023, *Journal of European Integration*, 08.08.2023, S.1–21, hier: S.8, in: <https://ogy.de/gvzi> [03.11.2023].
- 13 Ebd., S.10.
- 14 Seah, Sharon et al. 2023: *The State of Southeast Asia: 2023 Survey Report*, ASEAN Studies Centre, 09.02.2023, in: <https://ogy.de/o2s1> [24.10.2023].
- 15 Weinhardt, Clara / Mau, Karsten / Hillebrand Pohl, Jens 2022: *The EU as a Geoeconomic Actor? A Review of Recent European Trade and Investment Policies*, in: Babić, Milan / Dixon, Adam D. / Liu, Imogen T. (Hrsg.): *The Political Economy of Geoeconomics: Europe in a Changing World*, Cham, S.107–136, hier: S.111, in: <https://ogy.de/9fjd> [06.11.2023].
- 16 Costa, Olivier et al. 2023: Bericht der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zu institutionellen Reformen der EU, 18.09.2023, in: <https://ogy.de/z5xo> [06.12.2023].



Foto: © Amr Nabil, AP, picture alliance

Europa pragmatisch voranbringen

Große Pläne, kleine Fortschritte

EU-Energiepartnerschaften mit dem Golf

Philipp Dienstbier/Veronika Ertl

Im Zuge der Energiekrise rücken die Golfstaaten als neue, alte Partner wieder in den Fokus der EU-Energiepolitik – sowohl um den Wegfall russischer Gasimporte auszugleichen als auch um erneuerbare Energiequellen, insbesondere Wasserstoff, nach Europa zu liefern. Doch trotz betontem Interesse und großen Plänen der EU für eine engere Zusammenarbeit bleibt die Realität der Energiekooperation deutlich hinter den Erwartungen zurück. Dabei wären die Rahmenbedingungen am Golf vielversprechend.

Neue Prioritäten, neue Partner?

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat mit seinen massiven Auswirkungen auf die weltweite Energieversorgung die strategischen Prioritäten der Energiepolitik der Europäischen Union drastisch verändert. Beim Versuch, innerhalb kürzester Zeit notgedrungen einen Großteil der europäischen Energieimporte zu ersetzen – etwa 30 Prozent der Öl- und 45 Prozent der Gasimporte stammten zuvor aus Russland¹ – beschritt die EU neue Wege. Ein Quantensprung in der eigenen Energiepolitik sollte den Übergang zu alternativen Energieträgern beschleunigen und Europa unabhängiger von fossilen Brennstoffen machen. Durch Energiepartnerschaften sollte ein Diversifizierungsschub erfolgen, der die EU aus ihrer einseitigen Abhängigkeit von Russland löst. Im Zuge dieser Doppelstrategie zum Ausbau der Energiesicherheit einerseits und Ansbau der Energietransformation andererseits fand Brüssel plötzlich einen neuen, alten Partner in den öl- und gasreichen Staaten der arabischen Halbinsel.

Die Energieproduzenten am Golf gehören schon länger nicht mehr zu den wichtigen Lieferanten für Europa. Längst exportieren die Öl- und Gasproduzenten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) den Großteil ihrer Mineralstoffprodukte nicht mehr in den Westen, sondern nach Asien – allen voran nach China und Indien, aber auch nach Japan und Südkorea sowie in südostasiatische Länder. So entfiel unmittelbar vor Kriegsausbruch in der Ukraine kaum noch

ein Zehntel der Öl- und Gasexporte Katars oder Saudi-Arabiens auf EU-Mitgliedstaaten, bei den Exporten der VAE lag der EU-Anteil sogar bei weniger als drei Prozent.²

Angesichts der sich verschärfenden Energiekrise verabschiedete die EU im Mai 2022 jedoch einen Kanon aus Strategiedokumenten, welcher den Golfstaaten wieder deutlich mehr Bedeutung für Brüssels Energiepolitik beimaß. Kurzfristig sollten insbesondere Katar und andere Golfstaaten einspringen, um mit Flüssiggaslieferungen (LNG) den ungedeckten Energiebedarf der EU zu bedienen. Darüber hinaus nahm die EU die Energietransformationspläne am Golf, vor allem zur Wasserstoffproduktion, in den Fokus und machte die Golfstaaten als wichtige künftige Exporteure von erneuerbaren Energieträgern für die europäische Energiewende aus.

Anderthalb Jahre später klaffen Anspruch und Wirklichkeit einer möglichen EU-Energiepartnerschaft mit dem Golf jedoch weit auseinander. Die Golfstaaten könnten zwar mit ihren exzellenten natürlichen Voraussetzungen – für fossile wie erneuerbare Energieproduktion – und ihrer langjährigen Erfahrung als Energieexporteure zu wichtigen Partnern für die angestrebte Importdiversifizierung der EU werden. Überschneidende Interessen beider Seiten im Energiebereich bieten im aktuellen Kontext auch eine willkommene Gelegenheit für eine Vertiefung der Beziehungen. Dennoch werden sich diese Potenziale nur verwirklichen lassen, wenn ein besseres Verständnis der gegenseitigen strategischen Prioritäten

geschaffen wird und sich die Kooperationsansätze – insbesondere von Seiten der EU – nicht an Widersprüchen zwischen Anspruch und Wirklichkeit zerreiben.

Neue strategische Weichenstellungen

Angesichts der Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten hatte die EU mit ihrem RePowerEU-Plan im Mai 2022 zügig nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine einen ambitionierten strategischen Rahmen geschaffen, um bis 2027 unabhängig von russischen Energieimporten zu werden. Um dies zu erreichen, plant die EU, ihren Energieverbrauch durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen zu senken, die Transition hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung aus heimischen Quellen zu beschleunigen, sowie ihre Energieimporte durch neue Energiepartnerschaften zu diversifizieren, um Abhängigkeiten zu minimieren. Sowohl in dem Strategiedokument als auch in der öffentlichen Kommunikation der EU nimmt hierbei der Aspekt der internationalen Energiepartnerschaften eine wichtige Rolle ein.

Weder die EU noch der Golfkooperationsrat sind Blöcke mit homogenen Interessen.

Und so ist es sicherlich kein Zufall, dass die EU am Tag der Bekanntmachung des RePowerEU-Plans auch zwei weitere Strategiedokumente veröffentlichte, die sich auf externe Partnerschaften, insbesondere im Bereich Energiepolitik, beziehen: die aktualisierte Fassung der „EU External Energy Engagement Strategy“ (EEES) sowie die gemeinsame Mitteilung „A Strategic Partnership with the Gulf“.

Die EEES zielt darauf ab, neue Energiepartnerschaften voranzutreiben, die sowohl den kurz- bis mittelfristigen Erdgasbedarf als auch den mittel- bis langfristigen Bedarf an erneuerbaren Energiequellen für die Energiewende decken und die Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten

verringern. Kurzfristig soll dafür der Einkauf von Gas erleichtert werden, insbesondere durch eine schnelle Operationalisierung der „EU Energy Platform“, die dazu dienen soll, die Nachfrage zu bündeln und mit internationalen Partnern zu verhandeln, um den gemeinsamen Einkauf von Gas und Wasserstoff zu erleichtern. Für die mittelfristige Energietransition betont die EEES insbesondere die Notwendigkeit eines Ausbaus des internationalen Wasserstoffhandels, um die Hälfte des für 2030 geplanten jährlichen Bedarfs von 20 Millionen Tonnen Wasserstoff durch Importe zu decken.

Auch in der Mitteilung zur strategischen Partnerschaft mit der Golfregion ist der Wunsch der EU erkennbar, angesichts gestiegener Herausforderungen zur Sicherung energiepolitischer Interessen die Zusammenarbeit mit den Ländern des Golfkooperationsrates (GCC) auszubauen. Bis dato waren die Beziehungen zwischen Europa und der Golfregion vorrangig durch bilaterale Partnerschaften auf Ebene der Mitgliedstaaten gekennzeichnet – was verdeutlicht, dass weder die EU noch der Golfkooperationsrat jeweils Blöcke mit homogenen Interessen sind. Die neue Strategie soll nun die interregionale Dimension der Zusammenarbeit stärken und einen Fahrplan für vertiefte Beziehungen in zentralen Themenbereichen bieten. Dabei bildet neben anderen Themen der Bereich „Grüner Wandel und nachhaltige Energiesicherheit“ ein zentrales Kooperationsfeld im Strategiepapier. Darin werden die Golfstaaten als verlässliche Lieferanten von LNG, aber auch als potenzielle neue Partner für den Import von grünem Wasserstoff herausgestellt.

Mit dem Dreiklang aus RePowerEU, EEES und strategischer Partnerschaft mit dem Golf hat sich die EU ein ambitioniertes Paket aus energiepolitischen Zielen gesetzt, um im Zuge der Umwälzungen der europäischen Energiepolitik die Kooperation mit den Golfstaaten auszubauen. Zwar bewies die EU damit, dass sie – entgegen verbreiteten Vorbehalten – auch innerhalb kürzester Zeit auf neue geopolitische Realitäten mit weitreichenden politischen Anpassungen reagieren kann. Der Erfolg der neuen energiepolitischen EU-Außenstrategie misst sich jedoch





Nicht nur in Europa gefragt: Längst sind asiatische Staaten die größten Abnehmer fossiler Rohstoffe aus den Golfstaaten. Mit dieser asiatischen Nachfrage konkurrieren die Europäer beim Versuch, Ersatz für die Lieferungen aus Russland zu finden. Im Bild ein LNG-Terminal in der japanischen Region Fukuoka. Foto: © Koji Nakayama, The Yomiuri Shimbun, AP, picture alliance.

an Ergebnissen. Gerade mit Blick auf den Golf offenbart sich hier deutlicher Verbesserungsbedarf.

Potenziale und Realitäten der EU-GCC-Energiekooperation

Die EU betrachtet insbesondere LNG und grünen Wasserstoff als Schlüsselbereiche für eine vertiefte und strategische Energiekooperation mit den GCC-Staaten. Während Erdgas als Übergangsenergie fungieren soll, bildet Wasserstoff nach EU-Vorstellungen den Kern einer langfristigen

Energiekooperation mit den GCC-Mitgliedern zur Unterstützung der europäischen Wende hin zu erneuerbaren Energien. Schon diese Zeitlinie offenbart jedoch erste Differenzen zwischen Europa und dem Golf, der aus ökonomischem Eigeninteresse möglichst lange Lieferverträge für Gas und andere fossile Brennstoffe vereinbaren möchte. Zudem bleibt die EU hinter ihrem Anspruch, als zentrale Schaltstelle für künftige Energiepartnerschaften zu fungieren, deutlich zurück. Im Gegenteil: Im Widerspruch zu den hehren Vorsätzen der genannten EU-Strategiedokumente waren es doch wieder europäische

Nationalstaaten, die während der Energiekrise 2022/2023 im Alleingang bilaterale Energiekooperationen mit Golfstaaten aufbauten – während die EU nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Insgesamt deckt russisches Gas heute nur noch zehn Prozent des gesamten Bedarfs der EU.

Der Wettlauf um Gas: Strukturelle Verwerfungen und nationale Alleingänge

Als unmittelbare Folge des Krieges in der Ukraine hat sich die Importstruktur der EU erheblich verändert. Nachdem Russland traditionell einen großen Teil des europäischen Gasimports lieferte (45 Prozent beziehungsweise 115 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2021), ist der Verkauf von russischem Pipelinegas nach Europa im Winter 2022/2023, der ersten Heizperiode nach Kriegsausbruch, im Vergleich zum Vorjahr um rund 80 Prozent zurückgegangen. Insgesamt deckt russisches Gas heute nur noch 10 Prozent des gesamten Bedarfs der EU – ein beachtlicher Rückgang.³

Der Wegfall russischer Gasimporte wurde zum Teil durch Käufe von verflüssigtem Erdgas ausgeglichen, die im Vergleich zu 2022 um 60 Prozent auf 130 Milliarden Kubikmeter anstiegen.⁴ Die EU wurde 2022 damit zum größten LNG-Importeur der Welt. Der Löwenanteil davon wiederum wird durch LNG-Einfuhren aus den Vereinigten Staaten abgedeckt, die gegenwärtig etwa 15 Prozent der gesamten europäischen Gasnachfrage auffangen.⁵ Die verbleibende Versorgungslücke beim Import von LNG wird heute von den großen GCC-Gasexporteuren, vor allem Katar, aber auch vom Oman und von den VAE geschlossen. Allein Katar hat seine Gaslieferungen in die EU in der vergangenen Heizperiode um circa 15 Prozent erhöht und damit hauptsächlich Belgien, Frankreich, Italien und Polen beliefert.⁶

Dennoch bleibt das Angebot auf dem internationalen LNG-Markt knapp. Da ein Großteil der

LNG-Kapazitäten der Golfstaaten in langfristigen Verträgen – vor allem mit ostasiatischen Importeuren – gebunden ist, konnten sie ihr Angebot für Europa nicht entsprechend ausweiten. Katar etwa lieferte seit Kriegsausbruch nur insgesamt fünf Milliarden Kubikmeter an zusätzlichem LNG nach Europa.⁷ Vor dem Hintergrund gestiegener Nachfrage kündigte Doha zwar an, seine Produktion bis 2027 um 44 Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu erhöhen, um zusätzliche Exportkapazitäten zu schaffen, von denen ein Teil auf den europäischen Markt entfallen könnte. Auch die VAE hatten bereits zuvor geplant, die Gasproduktionskapazität bis 2030 auf jährlich 13 Milliarden Kubikmeter anzuheben.⁸ Dennoch gehen Prognosen davon aus, dass das internationale LNG-Angebot knapp bleiben wird.

Um sich Anteile an diesen künftigen zusätzlichen Exportkapazitäten zu sichern, sollte die EU laut ihrer Strategiepapiere als einheitlicher Verhandlungsblock auftreten und gemeinsam neue Energiepartnerschaften aufbauen. Die Wirklichkeit steht jedoch in starkem Kontrast dazu. Nur 11 von 122 zwischen Januar 2022 und August 2023 von EU-Staaten unterzeichneten Energieabkommen mit insgesamt 32 Ländern weltweit – darunter 13 Erdgasverträge mit Bahrain, Katar, Oman und den VAE – wurden auf EU-Ebene geschlossen; beim Rest handelt es sich um rein bilaterale Abkommen.⁹ Dazu zählen auch die wegweisenden LNG-Abkommen Deutschlands: ein 15-Jahres-Vertrag mit dem katarischen staatlichen Energiekonzern Qatar Energy über 2,8 Milliarden Kubikmeter LNG pro Jahr, der ab 2025 3,7 Prozent des prognostizierten deutschen Gesamtgasbedarfs decken soll, und ein kleinerer deutscher Liefervertrag mit dem emiratischen Staatsunternehmen Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC), der bereits 2023 begann.¹⁰

Dies zeigt, dass trotz gegenteiliger Absichtserklärungen die meisten europäischen Staaten in nationale Alleingänge zurückfielen, um ihre Erdgasversorgung nach Kriegsausbruch zu sichern. Dem Anspruch, sich angesichts eines weltweiten Unterangebots zu koordinieren, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken, steht eine

vollkommen konträre Wirklichkeit entgegen, in der sich EU-Staaten gegenseitig ausstachen, um bilaterale Deals unter anderem mit den Golfstaaten abzuschließen. In den Partnerländern der EU bleibt dieses Auseinanderklaffen zwischen Rhetorik und Realität nicht unbemerkt – und trägt nicht gerade zum Bild der EU als kohärenter und durchsetzungskräftiger Akteur bei. Dass eine Bündelung der EU-Nachfrage in der Praxis kaum funktioniert, liegt vor allem am mangelnden politischen Willen der Mitgliedstaaten. Für große EU-Mitglieder mit gutem Marktzugang besteht wenig Anreiz, das gemeinsame Auftreten der EU nach außen zu stärken, wenn dafür nationale Souveränität abgegeben und ein längerer und aufwendigerer Vergabeprozess in Kauf genommen werden muss – zumal dies vor der heimischen Wählerschaft in Zeiten hoher Energiepreise schwer zu rechtfertigen scheint.

In den Partnerländern der EU bleibt das Auseinanderklaffen zwischen der Rhetorik und der Realität nicht unbemerkt.

Die EU-Energieplattform, die im Rahmen des RePowerEU-Plans geschaffen wurde, könnte hier Abhilfe schaffen und die Nachfrage bündeln, die Nutzung der Infrastruktur koordinieren sowie gemeinsame Verhandlungen mit internationalen Partnern ermöglichen, um den gemeinsamen Einkauf von Gas zu erleichtern. Der Koordinierungsmechanismus ist jedoch ein freiwilliges Instrument, was dessen Nutzung bisher hemmt. Bislang müssen EU-Mitglieder nur 15 Prozent ihrer Gasspeicherkapazitäten über die Energieplattform ausschreiben, auch wenn einzelne europäische Staaten schon darüber hinausgehen – wie beispielsweise Bulgarien, das 100 Prozent seines Gasbedarfs über die Plattform abwickelt. Zwar hat die EU-Energieplattform nach einer langen Anlaufzeit ab Mai 2023 endlich begonnen, Gaskäufe auszuschreiben, und in einer ersten Runde auch ungefähr zwei Milliarden Kubikmeter LNG vermittelt. Damit der Mechanismus aber echte Marktmacht

entwickelt, müsste ein bedeutend größerer Teil der EU-Gaseinkäufe darüber abgewickelt werden.¹¹

Aussichten für den Gasimport: Divergierende Zeithorizonte

Neben Schwächen bei der Koordinierung des europäischen Auftretens gegenüber internationalen Energiepartnern stehen einer LNG-Partnerschaft zwischen der Golfregion und Europa auch strukturelle Hindernisse aufgrund widersprüchlicher Planungshorizonte der EU und der Golfstaaten entgegen.

Europäische Entscheidungsträger betrachten Erdgas lediglich als Brückenlösung, der LNG-Import vom Golf ist aus EU-Sicht daher nicht mehr als eine temporäre Stütze, die sukzessive ersetzt werden soll. Bis Mitte des Jahrhunderts will die EU ihr „Net-Zero-Ziel“¹² umsetzen und hat sich dafür eine beschleunigte Emissionsreduktion von 55 Prozent bis 2030 vorgenommen. Prognosen gehen daher davon aus, dass in einem Szenario, in dem die EU ihre Ziele zur CO₂-Neutralität erreichen würde, die Gasnachfrage bereits 2030 um 50 Prozent unter dem Niveau von 2019 liegen würde. Selbst wenn die EU ihre Ziele nicht gänzlich erreicht, könnte ein beschleunigter Vorstoß zur Dekarbonisierung die Gasnachfrage immer noch um 30 Prozent unter das Niveau von 2019 drücken.¹³ Eine wirklich strategische Energiepartnerschaft zwischen EU und GCC verortet Europa eher im Bereich der erneuerbaren Energien.

Die Golfstaaten sehen den Sachverhalt genau umgekehrt: Eine verlässliche, langfristige Partnerschaft, auch bei Gasexporten, ist für die Entscheidungsträger am Golf die Wirtschafts- und Vertrauensbasis, auf der die künftige Energiekooperation mit Europa aufbauen kann. Trotz der fortschreitenden Energiewende und des mittelfristigen Rückgangs der Gasnachfrage glaubt man am Golf nicht an eine schnelle Abkehr vom Gas. Zudem setzen die GCC-Mitglieder stark darauf, dass über technische Lösungen, wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung, Öl und Gas künftig klimaneutral produziert werden könnten.



Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge bei einer Ausstellung im saudischen Dschidda: Erneuerbare Energieträger sollen nach dem Willen der EU der Schwerpunkt ihrer Energiekooperation mit den Golfstaaten werden.

Foto: © Amr Nabil, AP, picture alliance.

Künftig soll vor allem Wasserstoff im Fokus der Energiekooperation mit den Golfstaaten stehen.

Die Prognose ist nicht ganz unbegründet: Da der Wegfall der Importe aus Russland die insgesamt sinkende Nachfrage in Europa teilweise ausgleicht, bleiben die Grundlagen für den Ausbau von LNG-Partnerschaften zwischen EU und GCC in den kommenden Jahren grundsätzlich attraktiv. Insbesondere in einem Szenario, in dem die EU ihre Dekarbonisierung zwar beschleunigt, aber bis

2030 noch nicht auf Kurs zum „Net-Zero-Ziel“ ist, würden im Vergleich zu 2019 immer noch zusätzliche 40 Milliarden Kubikmeter an LNG-Importen benötigt, um weggefallene russische Gaslieferungen zu ersetzen.¹⁴

Nicht zuletzt darauf setzen die Gasproduzenten vom Golf, wenn sie LNG nicht nur als bloße Zwischenlösung, sondern als Komponente einer längerfristigen Energiepartnerschaft zwischen der EU und der Golfregion bewerten und möglichst lange Lieferverträge mit der EU anstreben. Die EU täte gut daran, hier mehr Flexibilität an den Tag zu legen, wenn ihr der Aufbau von Energiepartnerschaften mit dem Golf –

nicht nur beim LNG, sondern darauf aufbauend auch beim Wasserstoff – ein Anliegen ist.

Grüner Wasserstoff: Zukünftiges Standbein der EU-GCC-Energiekooperation?

Neben LNG will die EU vor allem Wasserstoff ins Zentrum ihrer künftigen Energiekooperation mit den Golfstaaten stellen. Nachdem die EU grünen, also durch die Elektrolyse von Wasser mit Strom aus erneuerbaren Quellen hergestellten, Wasserstoff¹⁵ als eine Schlüsselkomponente ihrer Energiewende identifiziert hat, hat sie ihre Prognose für den künftigen Wasserstoffbedarf im RePowerEU-Plan um fast ein Vierfaches, auf 20 Millionen Tonnen pro Jahr bis 2030, erhöht.¹⁶ Aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten werden europäische Staaten jedoch nicht in der Lage sein, ausreichende Mengen an grünem Wasserstoff für den eigenen Bedarf zu produzieren. Die EU beabsichtigt daher, bis 2030 jährlich zehn Millionen Tonnen grünen Wasserstoff zu importieren und damit die Hälfte ihres geplanten Wasserstoffbedarfs zu decken¹⁷ – der derzeit größte angekündigte Importbedarf für grünen Wasserstoff weltweit.

Am Golf ist ein Skalieren der Wasserstoffwirtschaft mit relativ kurzen Vorlaufzeiten möglich.

Um den Zeitplan für ihre Energiewende einzuhalten, muss sich die EU dabei auf Länder konzentrieren, die in der Lage sind, relativ zeitnah relevante Mengen grünen Wasserstoffs zu wettbewerbsfähigen Preisen zu liefern. Neben drei Wasserstoffkorridoren – in der Nordsee-region (Norwegen und Großbritannien), mit der Ukraine und im südlichen Mittelmeerraum – sollen dafür auch Partnerschaften mit weiteren Ländern abgeschlossen werden. Analysen weisen innerhalb der Golfregion auf Saudi-Arabien, die VAE und Oman als besonders vielversprechende Kandidaten für Wasserstoffexporte in den kommenden Jahren hin¹⁸ und auch die EEES

identifiziert den Golf in dieser Hinsicht als vielversprechende Region.¹⁹

Die Attraktivität der Golfstaaten als Wasserstoffpartner für die EU ergibt sich aus einer Kombination von Faktoren, darunter hervorragende natürliche Bedingungen für die Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere Solar-energie, gut ausgebildete Arbeitskräfte im Energiesektor, beträchtliche finanzielle Kapazitäten und nicht zuletzt bereits angelaufene, ambitionierte Projekte zum Aufbau der Wasserstoffproduktion. Der Golf kann auf Wissen und Infrastruktur zurückgreifen, allen voran hinsichtlich der Produktion von Ammoniak – einem Wasserstoffderivat – und blauem Wasserstoff, die beide aus Erdgas unter Einsatz von Technologien zur Abscheidung der entstehenden Emissionen hergestellt werden. Die GCC-Staaten haben zudem eine Exportinfrastruktur wie LNG-Terminals. Aufgrund dieser Faktoren ist ein Skalieren der Wasserstoffwirtschaft am Golf mit vergleichsweise kurzen Vorlaufzeiten und geringen Investitionen möglich. Ebenfalls positiv für die Exportperspektive ist laut Prognosen, dass das Produktionspotenzial für kohlenstoffarmen Wasserstoff die Inlandsnachfrage der Golfstaaten bei Weitem übersteigen dürfte, wodurch eine Konkurrenz zwischen Wasserstoff für die heimische Versorgung und dem Export unwahrscheinlicher ist als in anderen Produktionsländern.

Zwar bestehen auch Hürden für den Wasserstoffhandel zwischen Europa und der Golfregion. Eine dieser Herausforderungen betrifft die hohen Energieverluste beim Transport von Wasserstoffderivaten per Schiff: Da es bisher keine Pipeline-Verbindungen vom Golf nach Europa gibt, ist dies im Vergleich zu Importen aus näher gelegenen Regionen, wie Nordafrika, die über bestehende, umrüstbare Pipelines verfügen, ein möglicher Wettbewerbsnachteil.²⁰

Im Vergleich zu anderen vielversprechenden Wasserstoffproduzenten, die Exportabsichten geäußert haben, wie Australien und Chile, würde die geografische Nähe zum europäischen Markt angesichts hoher Kosten und der technischen Komplexität des Wasserstofftransports allerdings

einen Wettbewerbsvorteil für die GCC-Staaten darstellen. Mit der Ankündigung der G20 im September 2023 zur Schaffung eines Wirtschaftskorridors, der Indien, den Mittleren Osten und Europa verbinden soll – und der unter anderem Pläne zur Errichtung einer Pipeline für grünen Wasserstoff beinhaltet – verbessert sich die langfristige Perspektive für den Export grünen Wasserstoffs aus dem Golf nach Europa weiter.

Auch die recht weit vorangeschrittenen Planungen und konkreten Projekte für die Wasserstoffproduktion machen die Golfstaaten als Partner attraktiv: Saudi-Arabien und die VAE haben als Vorreiter bereits große Projekte zur Produktion von grünem und blauem Wasserstoff sowie von Wasserstoffderivaten angekündigt und gestartet. Im Rahmen des saudischen Megaprojekts NEOM entsteht beispielsweise eine Produktionsanlage für grünen Ammoniak, die bis 2026 jährlich 1,2 Millionen Tonnen des Wasserstoffderivats für den Export produzieren soll.²¹ Saudi-Arabien plant, zum weltweit größten Wasserstoffproduzenten aufzusteigen²², während die VAE bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent am globalen Markt für kohlenstoffarme Wasserstoffe erreichen wollen.²² Auch das vergleichsweise kleine Sultanat Oman treibt zur Erreichung seiner ambitionierten Wasserstoffziele mit Nachdruck den Aufbau entsprechender Produktionskapazitäten voran.²³ Dabei setzt das Land, das im Vergleich zu seinen Nachbarn nur über geringe Kohlenwasserstoffreserven verfügt, dezidiert auf die Produktion von grünem Wasserstoff.²⁴

Doch auch in diesem Bereich klaffen Lücken zwischen den Potenzialen und der Umsetzung der EU-Pläne zum Aufbau von Energiepartnerschaften mit dem Golf. Trotz der Komplementaritäten und des kommunizierten Interesses an Energiepartnerschaften mit dem Golf wurde bis dato keine einzige EU-Wasserstoffpartnerschaft mit einem GCC-Staat abgeschlossen.²⁵ Stattdessen wurden EU-Abkommen mit Ägypten, Kasachstan oder Namibia bereits unterzeichnet – obwohl diese teils weniger fortgeschrittene Projekte zur Wasserstoffproduktion vorweisen können und der Import von schlechteren Rahmenbedingungen,

wie der geografischen Entfernung, gekennzeichnet ist.

Hier drängt sich der Eindruck auf, dass manche politischen Kräfte in Europa grundsätzliche Berührungspunkte mit den Golfstaaten haben, während aber mehrere Wertepartner Europas, wie Japan oder Südkorea, in Hochgeschwindigkeit ihre eigenen Energiekooperationen mit den Golfstaaten ausbauen. Hier sollte die EU erkennen, dass eine Energiepartnerschaft mit dem Golf nicht als Notlösung behandelt werden und kein falscher Gegensatz zwischen Werten und Interessen konstruiert werden sollte, der Potenziale für Wasserstoffpartnerschaften mit dem Golf letztlich ungenutzt lässt.

Eine Energiepartnerschaft mit dem Golf sollte nicht als Notlösung behandelt werden.

Definitionen als Gretchenfrage der Energiekooperation

Darüber hinaus stellt die Definition von erneuerbarem Wasserstoff, die für den von der EU geplanten Wasserstoffbedarf verwendet wird, einen potenziellen Knackpunkt in den Energiebeziehungen mit den GCC-Staaten dar. Während die EU aktuell eine strenge Definition anwendet, die nur grünen – also aus erneuerbaren Quellen hergestellten – Wasserstoff zulässt, beziehen sich die meisten Wasserstoffpläne der GCC-Staaten auf kohlenstoffarmen und damit sowohl grünen als auch blauen Wasserstoff. So hat beispielsweise die ADNOC angekündigt, bis 2030 jährlich eine Million Tonnen blauen Wasserstoff produzieren zu wollen²⁶, während Katar sich im Einklang mit seiner starken Ausrichtung auf Erdgas bisher vollkommen auf blauen Wasserstoff fokussiert, unter anderem auch durch den Export seiner LNG-Reserven für die Produktion von blauem Wasserstoff in anderen Ländern.²⁸ Denn der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft steht in den GCC-Staaten klar im Kontext der übergreifenden Wirtschaftsvisionen: Erneuerbare

Energien und Energieträger werden als Mittel zur Diversifizierung der bisher stark fossil geprägten Energiesektoren und Volkswirtschaften sowie als zusätzliche Einnahmequelle – nicht als Ersatz für den Einsatz fossiler Energieressourcen – gesehen.

Zwar nimmt die EU mit ihren angekündigten Importbedarfen für grünen Wasserstoff weltweit aktuell die Spitzenposition ein und stellt entsprechend einen einflussreichen Absatzmarkt dar. Nichtsdestotrotz sollte die regulatorische Macht der EU, Definitionen und die entsprechende Ausrichtung der Produktion in Partnerstaaten zu prägen, nicht überschätzt werden.

Dies gilt insbesondere für die GCC-Mitglieder mit ihren beträchtlichen eigenen finanziellen Kapazitäten, ihrem starken wirtschaftlichen Interesse an der Produktion von blauem Wasserstoff auf Basis fossiler Reserven – und nicht zuletzt mit ihrem wachsenden politischen Selbstbewusstsein, durch das sich die Golfstaaten nicht länger als „Befehlsempfänger des Westens“, sondern als eigenständige Gestaltungsakteure verstehen. Bestehende Wirtschaftsbeziehungen zu asiatischen Energieimporteuren und der erwartete Anstieg der Nachfrage in Asien für grünen und auch blauen Wasserstoff bieten den GCC-Staaten zahlreiche alternative Exportmöglichkeiten. Das schließt nicht aus, dass ein wirtschaftliches Interesse besteht, sich an der EU-Definition für grünen Wasserstoff zu orientieren, um relevante Anteile an dem am schnellsten heranwachsenden Absatzmarkt für grünen Wasserstoff zu gewinnen. Beispielsweise für den Oman, der seine Ambitionen auf grünen Wasserstoff konzentriert, scheint eine solche Ausrichtung wahrscheinlich.

Um diese „First-Mover“-Chancen für den europäischen Absatzmarkt für grünen Wasserstoff zu realisieren, müssen die Golfstaaten als potenzielle Exporteure grünen Wasserstoffs jedoch klare Signale von europäischer Seite erhalten, dass sich die Investitionen für den Aufbau von Produktionsanlagen, Wertschöpfungsketten und Transportwegen lohnen. Aktuell scheint die Bereitschaft der GCC-Staaten für weitere Investitionen in die grüne Wasserstoffproduktion angesichts fehlender konkreter Abnahmeverträge von

europäischer Seite begrenzt. Aus Sicht der GCC-Staaten ist der Ausbau der Produktionskapazitäten für blauen Wasserstoff und dessen Lieferung nach Asien wahrscheinlicher. Dies kann weder hinsichtlich ihrer Versorgungssicherheit noch des zügigen Aufbaus der europäischen Wasserstoffwirtschaft im Sinne der EU sein.

Ganz im Gegenteil: Es werden vermehrt Stimmen laut, die angesichts der langen Zeithorizonte für die Entwicklung und den Export relevanter Mengen grünen Wasserstoffs eine pragmatischere Sichtweise auf blauen Wasserstoff als Übergangenergieträger fordern. Entsprechende Signale sind auch auf EU-Ebene erkennbar, allen voran in den Beratungen über das Paket zu Wasserstoff und dekarbonisierten Gasmärkten („Hydrogen and Decarbonised Gas Market Package“), das die Verwendung kohlenstoffarmen Wasserstoffs regeln und damit einen Schritt in Richtung einer breiteren möglichen Verwendung darstellen würde. Für potenzielle Wasserstoffpartnerschaften mit den Golfstaaten wäre dies ein vielversprechender Ansatzpunkt.

Viel zu oft wird die europäische Energiepolitik am Golf von nationalen Alleingängen geprägt.

Von Potenzialen zu konkreter Zusammenarbeit

Trotz der Synergiepotenziale zeigen sich weiterhin deutliche Lücken zwischen den Ambitionen der EU, Energiepartnerschaften mit dem Golf aufzubauen, und der Realität der vergangenen anderthalb Jahre. Das Auftreten der Europäischen Union bleibt ausbaufähig, noch viel zu oft wird die europäische Energiepolitik am Golf von nationalen Alleingängen geprägt. Widersprüchliche Perspektiven von EU und GCC zum Zeithorizont von Gaslieferungen und den Definitionen von erneuerbarem Wasserstoff verhindern zudem, dass Potenziale einer engeren Energiekooperation ausgeschöpft werden. Außerdem ist

die EU längst nicht mehr der einzige mögliche Wirtschaftspartner für den Golf – sollten die Widersprüche zwischen den jeweiligen Prioritäten nicht aufgelöst werden, werden die Golfstaaten stattdessen ihre Energiekooperationen mit anderen Partnern ausbauen. Auch Europa hat sicherlich alternative Energiepartner – etwa in Nordafrika. Doch wenn die EU die richtigen Konsequenzen aus der Energiekrise 2022/2023 ziehen will, dann bedeutet das, Energieimportstrukturen künftig möglichst breit zu diversifizieren. Die Golfstaaten sollten daher in Ergänzung zu anderen Energiepartnern eine wichtige Rolle spielen.

Um die Hindernisse zu überwinden und Potenziale für eine engere Partnerschaft zwischen der EU und den Golfstaaten zu verwirklichen, werden folgende Schritte entscheidend sein:

Abschluss von Wasserstoffpartnerschaften mit konkreten Rahmenbedingungen

Die EU sollte schnellstmöglich Wasserstoffpartnerschaften mit Exporteuren aus der Golfregion schließen. Besonders vielversprechende Kandidaten hierfür sind Saudi-Arabien, die VAE und der Oman. Im Rahmen der Wasserstoffpartnerschaften sollten konkrete Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit festgelegt und Abnahmemengen definiert werden, um Anreize zu schaffen, damit Golfstaaten in den Ausbau der Produktion grünen Wasserstoffs investieren, sowie um die Planungssicherheit für europäische Abnehmerunternehmen zu erhöhen. Eine pragmatischere Sichtweise auf blauen Wasserstoff als Übergangsenergieträger sollte forciert werden, um eine schnelle Skalierung zu ermöglichen und damit langfristig auch dem Einsatz grünen Wasserstoffs den Weg zu bereiten.

Erhöhung der Kohärenz der EU-Energiepartnerschaften

Um als geeinter und verhandlungsstärkerer Akteur nach außen aufzutreten, müssen Maßnahmen zur Erhöhung der Kohärenz in den Beziehungen mit Energiepartnern, allen voran die EU-Energieplattform, entschlossen vorangetrieben werden.

Die Entwicklung der Plattform hängt vom politischen Willen und der Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab, einen größeren Teil des EU-Gasbedarfs zu bündeln, um die Wirksamkeit des Mechanismus zu garantieren. Ähnliches gilt für die neu geschaffene Europäische Wasserstoffbank, die den Aufbau eines europäischen Wasserstoffmarktes durch gemeinsame Auktionen unterstützen soll.

Stärkung der Koordinierungsgremien zwischen EU und GCC

Zudem ist die Koordinierung zwischen der EU und dem Golfkooperationsrat mit Blick auf Energie zu verbessern. Vorgeschlagene Dialogformate wie das EU-GCC-Ministertreffen zur nachhaltigen Transition, ein Wirtschaftsforum für den Privatsektor zum Thema Energiewende und die EU-GCC-Gruppe für Energie und Klima müssen operationalisiert und zur verbesserten kontinuierlichen Koordinierung genutzt werden, um die Energiepartnerschaften auf politischer, wirtschaftlicher und technischer Ebene zu unterstützen.

Philipp Dienstbier ist Leiter des Regionalprogramms Golf-Staaten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Jordanien.

Veronika Ertl ist Leiterin des Regionalprogramms Energiesicherheit und Klimawandel Naher Osten und Nordafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Marokko.

- 1 Eurostat 2023: Crude oil imports and prices: changes in 2022, 28.03.2023, in: <https://ogy.de/40ux> [25.10.2023]; Kardaś, Szymon 2023: Conscious uncoupling: Europeans' Russian gas challenge in 2023, Commentary, European Council on Foreign Relations (ECFR), 13.02.2023, in: <https://ogy.de/zkzu> [25.10.2023].
- 2 Harvard Kennedy School Growth Lab 2023: The Atlas of Economic Complexity, in: <https://ogy.de/cgbm> [25.10.2023].
- 3 Kardaś 2023, N.1; Internationale Energieagentur (IEA) 2023: Gas Market Report, Q2-2023, 05/2023, in: <https://ogy.de/8z10> [25.10.2023].
- 4 Der andere Teil der europäischen Gasimporte wurde durch Lieferungen von Pipelinegas-Exporthandlern wie Norwegen, Algerien oder Aserbaidschan aufgefangen. Gleichzeitig ist der europäische Gasverbrauch insgesamt in der Heizperiode 2022/2023 im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent (55 Mrd. Kubikmeter) gesunken und wird 2023 voraussichtlich um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgehen, was hauptsächlich auf steigende Preise, freiwillige Verhaltensänderungen und neue Vorschriften zurückzuführen ist.
- 5 IEA 2023: Gas Market Report, Q1-2023 including Gas Market Highlights 2022, 02/2023, in: <https://ogy.de/1jyb> [25.10.2023].
- 6 IEA 2023, N.3.
- 7 IEA 2023, N.5.
- 8 Mills, Robin 2023: Fossil Fuels and the Gulf Energy Transition, The Arab Gulf States Institute in Washington, 13.04.2023, in: <https://ogy.de/55e6> [25.10.2023].
- 9 Dennison, Susi / Kardaś, Szymon / Piaskowska, Gosia / Zerka, Pawel 2022: EU Energy Deals Tracker, ECFR, 11/2022, in: <https://ogy.de/bjiw> [25.10.2023].
- 10 Mills, Andrew / El Dahan, Maha 2022: Germany to get new Qatari LNG flows through QatarEnergy, Conoco Phillips deal, Reuters, 29.11.2022, in: <https://reut.rs/3sbHLPg> [30.10.2023]; Dennison / Kardaś / Piaskowska / Zerka 2022, N.9.
- 11 Dulian, Monika / Klochko, Oleksandra 2023: EU Energy Platform. Facilitating joint purchases of gas, European Parliamentary Research Service, in: <https://ogy.de/u5zv> [25.10.2023].
- 12 Das Ziel setzt eine Frist, bis zu der die Bilanz der Treibhausgasemissionen null betragen soll.
- 13 BP 2023: bp Energy Outlook 2023 edition, 07/2023, in: <https://ogy.de/yk7d> [25.10.2023].
- 14 Ebd.
- 15 Die EU betrachtet aktuell nur grünen Wasserstoff, der durch die Elektrolyse von Wasser mit Strom aus erneuerbaren Quellen oder durch die Reformierung von Biogas oder die biochemische Umwandlung von Biomasse hergestellt wird, als „erneuerbaren Wasserstoff“. Für die genaue EU-Definition von „erneuerbarem Wasserstoff“, siehe Europäische Kommission 2023: Delegierte Verordnung (EU) [...] der Kommission [...] zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung einer Unionsmethode mit detaillierten Vorschriften für die Erzeugung flüssiger oder gasförmiger erneuerbarer Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr, C(2023) 1087 final, 10.02.2023, in: <https://ogy.de/ayp7> [31.10.2023]. Im Artikel wird der Begriff „kohlenstoffarmer Wasserstoff“ für grünen sowie blauen Wasserstoff verwendet, wobei letztgenannter aus unterschiedlichen Energiequellen wie Erdgas unter Einsatz von Technologien zur Abscheidung der Emissionen hergestellt wird.
- 16 Europäische Kommission 2022: REPowerEU Plan, COM(2022) 230 final, 18.05.2022, in: <https://ogy.de/gg7p> [31.10.2023].
- 17 Lambert, Martin 2022: RePowerEU: Can Renewable Gas help reduce Russian gas imports by 2030?, Oxford Energy Comment, 07/2022, The Oxford Institute for Energy Studies, S.5, in: <https://ogy.de/3e8q> [25.10.2023].
- 18 Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) 2022: Geopolitics of the Energy Transformation. The Hydrogen Factor. International Renewable Energy Agency, Abu Dhabi; Lambert 2022, N.17.
- 19 Europäische Kommission 2022: Auswärtiges Engagement der EU im Energiebereich in einer Welt im Wandel, JOIN(2022) 23 final, 18.05.2022, in: <https://ogy.de/r8nv> [31.10.2023].
- 20 Heinemann, Christoph / Ritter, David / Mendelévitch, Roman / Dünzen, Kaya 2022: Hydrogen fact sheet – Gulf Cooperation Countries (GCC), Öko-Institut – Institut für angewandte Ökologie, 28.02.2022, in: <https://ogy.de/7grj> [25.10.2023].
- 21 Smart Water Magazine 2023: NEOM green hydrogen project on track for 2026 completion, 07.07.2023, in: <https://ogy.de/99jj> [25.10.2023].
- 22 Ansari, Dawud 2022: Die Wasserstoffagenden der arabischen Golfstaaten, SWP-Aktuell 2022/A 43, Stiftung Wissenschaft und Politik, 11.07.2022, S.1, in: <https://ogy.de/4erd> [31.10.2023].
- 23 IRENA 2022, N.18, S.53.
- 24 In seiner Wasserstoffstrategie definiert der Oman Produktionsziele zwischen 1 und 1,23 Millionen Tonnen Wasserstoff bis 2030 sowie 3,5 und 8 Millionen Tonnen bis 2040 und 2050. Zum Vergleich: Der gesamte europäische Wirtschaftsblock plant, bis 2030 10 Millionen Tonnen grünen Wasserstoff zu produzieren.
- 25 Ansari 2022, N.22, S.2.
- 26 Auch hier beschränken sich die bisherigen Partnerschaften auf Wasserstoffabkommen, die auf bilateraler Ebene geschlossen wurden.
- 27 Abu Dhabi National Oil Company 2021: ADNOC to Build World-Scale Blue Ammonia Project, Pressemitteilung, 24.05.2021, in: <https://ogy.de/me31> [25.10.2023].
- 28 Ansari 2022, N.22, S.2.



[Europa pragmatisch voranbringen](#)

Durch und durch europäisch

Heute ist Belarus abhängig von Moskau – die demokratische
Opposition aber will das Land nach Westen führen

[Jakob Wöllenstein](#)

Das Lukaschenka-Regime kettet Belarus immer enger an Russland. Die demokratischen Kräfte aber wollen eine Hinwendung nach Westen und sprechen sogar von einem Beitritt zur EU. Das klingt heute utopisch, langfristig aber liegt eine EU-Orientierung des Landes auch in unserem Interesse. Schon heute bedarf es daher einer Osterweiterung unseres Bewusstseins – und Belarus ist in vieler Hinsicht „überraschend“ europäisch.

Wenn im Juni 2024 mehr als 400 Millionen EU-Bürger zur Stimmabgabe bei der Europawahl aufgerufen sein werden, entspricht dies nur gut der Hälfte aller Einwohner unseres Kontinents. Die anderen sind zu jung oder leben in einem Staat außerhalb der Europäischen Union. Das bedeutet: entweder in einem Land, das die EU gerade erst verlassen hat; in einem der wenigen Länder, die ihr auf keinen Fall beitreten wollen; oder einem der vielen Länder, die den Beitritt gar nicht abwarten können. Oder in Belarus.

Während das Land zwischen Dnjepr und Bug unter der Herrschaft von Aljaksandr Lukaschenka vom Westen heute so isoliert ist wie nie zuvor und immer tiefer in den russischen Orbit hineingesogen wird, setzten die demokratischen Kräfte im Exil im August 2023 bei ihrer Konferenz zum dritten Jahrestag der gefälschten Wahlen von 2020 ein beachtliches Zeichen: Sie verabschiedeten eine Declaration of Future Membership of Belarus in the European Union¹ und kündigten an, ihr Land aus allen russisch dominierten Bündnisssystemen hinausführen zu wollen. Damit vollzieht die Demokratiebewegung, die immerhin seit der *stolen election* von 2020 für sich in Anspruch nimmt, mit Sviatlana Tsikhanouskaya an der Spitze die Mehrheit des belarussischen Volkes zu vertreten, sowohl einen klaren Bruch mit der langjährigen Schaukelpolitik des Regimes als auch den Träumereien, das Land könne eine neutrale Insel inmitten geopolitischer Orkane sein.

Die Reaktionen auf das Papier waren erwartungsgemäß unterschiedlich. Die einen sehen darin reine Fantasterei – die endgültige Entkopplung

der „Exilopposition“ von der Realität im Heimatland. Andere gratulierten den demokratischen Kräften dafür, endlich eine visionäre Richtung aufzuzeigen, statt der von Propaganda und Angst überformten öffentlichen Meinung hinterherzulaufen.²

Der EU-Vertrag sieht bekanntlich vor, dass „jeder europäische Staat“, der die gemeinsamen Werte achtet, beantragen kann, Mitglied der Union zu werden (Artikel 49). Doch obwohl Belarus mit dem Label „letzte Diktatur Europas“ versehen wird, wird in allerlei Verlautbarungen regelmäßig so getan, als hätten Belarus und Europa nichts miteinander zu tun oder seien gar einander ausschließende Gegenpole. Mental endet, gerade für Menschen im Westen, „Europa“ oft an der Außengrenze der EU. Da es aber für eine (künftige) Erweiterung der Europäischen Union der Zustimmung aller Mitglieder bedarf, ist es entscheidend, schon heute an einer „mentalen Osterweiterung“ zu arbeiten, um Länder wie Moldau, die Ukraine und eben auch Belarus fest in unserem gemeinsamen europäischen Bewusstsein zu verankern. Gerade Belarus ist sowohl geografisch als auch historisch-kulturell durch und durch europäisch – und wäre im Fall einer demokratischen Transition ein Partnerland, von dem die EU in vielerlei Hinsicht profitieren könnte.

Geografisch mittendrin

Mit dem Attribut „europäisch“ verbindet sich gern die Vorstellung eines besonderen Kulturraums, dem anzugehören viele als erstrebenswertes zivilisatorisches Qualitätsmerkmal erachten.³ Auch

wenn die Frage der geografischen Abgrenzung Europas, insbesondere nach Asien, seit Jahrhunderten umstritten ist, besteht doch weitgehende Einigkeit, diese Linie irgendwo am Ural zu ziehen, also knapp 3.500 Kilometer östlich von Brüssel.⁴ Damit liegen 40 Prozent der Fläche Europas geografisch im Bereich der Russländischen Föderation – und Belarus im Zentrum des Kontinents. Tatsächlich hält sich eine ganze Reihe von Orten für den Mittelpunkt Europas, doch immerhin fünf Berechnungsmethoden sehen diesen Punkt in der Republik Belarus (oder in unmittelbarer Nähe in Polen beziehungsweise Litauen). Besonders „europäisch“ ist vielleicht auch, dass es sich bei Belarus um den mit Abstand größten Binnenstaat des Kontinents handelt – Europa umgeben von Europa ohne Hinterausgang über die Weltmeere.⁵

Die Verbindungen zu anderen europäischen Staaten reichten von Handel über Kultur bis zur höchsten Politik.

Geschichtlich tief verflochten

Historiker aus Belarus führen die Ursprünge der belarussischen Staatlichkeit oft auf die frühmittelalterlichen Fürstentümer von Polazk und Turau zurück. Beide gehörten, bei einem hohen Grad an Eigenständigkeit, zum Verband der Kiewer Rus, einem multiethnischen, vermutlich von Skandinaviern gegründeten Reich, das in engem, wenn auch nicht immer konfliktfreiem Kontakt mit dem Oströmischen Imperium stand. Neben Handel und Kulturaustausch kam über diese Linie das Christentum nach Osteuropa – die Belarussen legen Wert darauf, direkt über Byzanz missioniert worden zu sein, ohne den „Umweg“ über Kiew.⁶ Nachdem der Mongolensturm den Zerfall dieses Reiches beschleunigt hatte, sortierten sich die belarussischen (und heute westukrainischen) Lande neu und wurden Teil des Großfürstentums Litauen. Ausgehend von der Region zwischen Wilna und Nawaradak vollzog dieser Staat im frühen 14. Jahrhundert unter Großfürst Gediminas (belarussisch:

Hiedzimin) dank einer Mischung aus Allianzen, Schutzgarantien und Eroberungen einen atemberaubenden Aufstieg zur europäischen Großmacht. Sein Enkel Jogaila ließ sich katholisch taufen und begründete durch die Hochzeit mit der Krakauer Prinzessin Jadwiga im Jahr 1386 die Linie der Jagiellonen, die zwei Jahrhunderte lang



das Königreich Polen regieren sollten, in engem Bündnis mit Litauen.⁷ Nach dem gemeinsamen entscheidenden Sieg über den Deutschen Orden im Jahr 1410 avancierte das Großfürstentum, mit dem heutigen Belarus in seinem Zentrum, gar zum größten Staat in Europa – und trotz teils verheerender Kriege, meist gegen Moskowien,

erlebte das Land in den folgenden Jahrhunderten eine erstaunliche Blütezeit.

Auf einer Fläche knapp so groß wie das heutige Deutschland und Frankreich zusammen genommen vereinte das Großfürstentum Litauen eine Vielzahl von Völkern, Sprachen und Religionen.



Unheilige Allianz: Aljaksandr Lukaschenka (rechts) ist ein wichtiger Verbündeter des russischen Präsidenten Wladimir Putin (links) und seines Regimes. Der belarussische Diktator hat sein Land in eine vollständige Abhängigkeit vom großen Nachbarn Russland geführt. Foto: © Alexander Demianchuk, AP, picture alliance.

War die Landbevölkerung überwiegend ruthenisch und baltisch, lebten in den Städten, viele gegründet nach Magdeburger Recht, zudem Juden, Polen, Deutsche oder Russen.⁸ Die Hauptstadt Wilna trug als bedeutendes Zentrum jüdischen Lebens den Beinamen „Jerusalem des Nordens“ und auch etwa 300.000 tatarische Muslime fanden im Großfürstentum ihre Heimat. Katholische Kirchtürme ragten neben orthodoxen Himmel und Ende des 16. Jahrhunderts entstand sogar eine einzigartige Crossover-Konfession. Die „Griechisch-Katholische Kirche“, papsttreu, aber orthodox, avancierte – wenn auch mit staatlichem Druck – für etwa 150 Jahre zu einer Art „Nationalreligion“ der Belarussen und westlichen Ukrainer. Zur selben Zeit erfasste auch die Reformation weite Teile des Landes, insbesondere im heutigen Belarus, doch blieb sie weitgehend beschränkt auf Kreise der Eliten. Theologische Dispute regelte man zumeist nicht mit Fackel und Mistgabel, sondern mit Feder und Pergament. Zentrale Sprachen der Auseinandersetzung waren Latein, in wachsendem Maße Polnisch sowie Altbelarussisch. In jener Sprache war auch das „Litauische Statut“ verfasst, das bereits im 16. Jahrhundert eine frühmoderne Rechtstaatlichkeit einführte.

Die Verbindungen zu anderen europäischen Staaten reichten von Handel – in Polzsk und Wizebsk bestanden Niederlassungen der Hanse – über Kultur bis zur höchsten Politik. Polen und das Großfürstentum Litauen, deren Verbindung seit 1569 zur „Realunion“ erhoben wurde, bildeten eine Adelsrepublik mit Wahlmonarchie und beriefen im Laufe der Jahrhunderte ihre Könige aus Frankreich, Schweden, Sachsen oder Ungarn. Königsgattin Bona Sforza brachte aus Italien eine Vielzahl italienischer Künstler und Architekten ins Land. Die Renaissance hielt Einzug und brachte Persönlichkeiten hervor wie den großen Humanisten und Buchdrucker Franzysk Skaryna. Die Bauten und Fassaden des darauffolgenden Barocks prägen bis heute neben der Vilniuser Altstadt auch viele Orte in Belarus. Kurz vor der erzwungenen Teilung durch Russland, Preußen und Österreich verabschiedete das polnisch-litauische Parlament im Jahr 1791 noch die erste moderne Verfassung Europas – vier

Monate früher als das revolutionäre Frankreich. In mancher Hinsicht war dieses alte „Litauen“ ein Prototyp der heutigen Europäischen Union – zu einer Zeit, als in Westeuropa absolute Monarchien den Ton angaben.

Kein Land zahlte relativ gesehen zu seiner Bevölkerungszahl im Zweiten Weltkrieg einen höheren Blutzoll.

Am Ground Zero der großen Katastrophen Europas

Beim Thema „Europäischer Imperialismus“ denken wohl viele zunächst an Kolumbus und ferne Überseekolonien. Belarus hingegen erlebte dieses „Phänomen“ mitten auf dem Kontinent nach der Eroberung durch Russland Ende des 18. Jahrhunderts.⁹ Gleich zu Beginn dieser Periode zog zudem Napoleons Grande Armée bei ihrem „Russlandfeldzug“ zweimal durch das nördliche Belarus und verwüstete es erheblich. Drei Aufstände gegen die russischen Okkupanten endeten im Desaster – der Zar verhängte heftige Repressionen, unter anderem gegen Sprache, Wirtschaft und Kultur, hob die alten Rechtsstatute auf und ließ symbolisch zur Tilgung der Erinnerung an Eigenständigkeit und Selbstverwaltung landesweit alle Rathäuser sprengen. Lockerungen erfolgten erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Dieser wiederum endete im Osten zunächst mit einem Sieg der Mittelmächte und dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk, benannt nach der belarussischen Stadt. Unter den Augen deutscher Besatzung proklamierten die Belarussen kurz darauf eine eigene Volksrepublik.¹⁰

Doch im Gegensatz zu vielen anderen neu- oder wiedererrichteten Staaten in Ostmitteleuropa hatte diese nur kurzen Bestand. Belarus wurde nach dem polnisch-sowjetischen Krieg geteilt, der Westen kam zu Polen und der Osten wurde als „Belorussische Sowjetrepublik“ 1922 Gründungsmitglied der UdSSR.¹¹ Diese wiederum brachte nach einigen „liberalen“ Jahren den „Großen

Terror“ über ihre Völker, dem neben vermeintlichen Regimegegnern auch gezielt zehntausende Vertreter nationaler Eliten zum Opfer fielen, darunter zahllose Belarussen.

Schließlich wurde Belarus ein zentraler Schauplatz der großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Kein Land zahlte relativ gesehen zu seiner Bevölkerungszahl im Zweiten Weltkrieg einen höheren Blutzoll – bis zu ein Drittel der Menschen verlor sein Leben, auch aufgrund des Holocausts, hatten doch Juden vor dem Krieg in Minsk und vielen anderen Städten die Bevölkerungsmehrheit oder größte ethnische Gruppe gestellt. Krieg, deutsche Vernichtungspolitik und Stalinsche Säuberungen fügten der althergebrachten sprachlichen, ethnischen und religiösen Vielfalt des Landes einen irreparablen Schaden zu. Viele Polen wurden infolge der Westverschiebung ihres Staates aus Belarus vertrieben, dafür kamen Neusiedler aus anderen Sowjetrepubliken. Beschleunigt durch industriellen Aufschwung und starke Urbanisierung sowie ein verbreitetes Stigma gegen die belarussische Sprache, die als dörflich und „rückständig“ galt, wurde das Land stärker als je zuvor russifiziert. Gleichwohl erlebten viele Menschen gerade die 1970er-Jahre als eine Blütezeit. Belarus wurde zur „Werkbank“ der UdSSR und US-Historiker Timothy Snyder kommt zu dem Schluss, dass kein Land der Verwirklichung des „sowjetischen Ideals“ so nah kam wie Belarus.¹²

Nach der Wende war oft die Rede davon, dass die vormals kommunistischen Länder „nach Europa zurückkehren“. Damit hat sich eine westzentrierte Sicht verfestigt, die suggeriert, Ostblock und Sowjetunion hätten nichts mit „Europa“ zu tun gehabt. Dabei stammen die zentralen Vordenker des Kommunismus, von Marx und Engels über Rosa Luxemburg und Gramsci bis Trotzki und Lenin, allesamt aus Europa. Das politische Ziel der „Weltrevolution“ stellte Moskau faktisch zurück hinter ein weitestmögliches Vordringen in Europa. Angesichts des damit verbundenen Modernisierungs- und Aufholdenkens kommt Snyder ebenfalls zu dem Schluss, dass Russland „nie so europäisch“ war wie zur Zeit der Sowjetunion.¹³ Es scheint wie eine Ironie der

Geschichte, dass die Auflösung dieses – zynisch gesprochen – anderen „europäischen Integrationsprojekts“ am 8. Dezember 1991 mit den Belarussischen Vereinbarungen ausgerechnet in Belarus beschlossen wurde.

Suche nach neuer Stabilität

Das unabhängige Belarus unterzeichnete 1992 als erster Nachfolgestaat der Sowjetunion die Charta von Paris. Eine Annäherungsphase mit dem Westen gipfelte im Staatsbesuch von US-Präsident Bill Clinton im Frühjahr 1994 und die neue Verfassung erklärte außenpolitische Neutralität. Im Inneren wurde die neugewonnene Freiheit begleitet von einer Welle des nationalen Wiedererwachens, unter anderem in der Sprachpolitik. Die belarussische Sprache, die nun stark gefördert wurde, ist dem Ukrainischen nah sowie dem Polnischen und Russischen verwandt. Zu letztgenannten stand sie jedoch auch über Jahrhunderte in einem Konkurrenzverhältnis und wurde seit dem 18. Jahrhundert vor allem durch das Russische überformt und zurückgedrängt. Im Gegensatz zum Russischen beinhaltet sie aber kaum Lehnworte aus Turksprachen oder dem Mongolischen, dafür jedoch viele Begriffe aus dem Deutschen, Jiddischen und Litauischen.¹⁴ Eine Besonderheit ist, dass sie mit mehreren Alphabeten geschrieben wird. Neben der lateinischen und kyrillischen Schreibweise, welche wiederum bekanntlich auf dem Griechischen basiert, schrieben in früheren Zeiten zudem Juden Belarussisch mit hebräischem und Tataren mit arabischem Alphabet.

Die innere Liberalisierung des Landes nach 2009 blieb bescheiden.

Aljaksandr Lukaschenka, der im Sommer 1994 in das neu geschaffene Präsidentenamt gewählt wurde, konnte (und kann) weder mit Demokratie noch Nationalkultur viel anfangen. Er sorgte für eine Re-Russifizierung, regiert autoritär im neosowjetischen Stil und führte das Land



zurück Richtung Moskau, bis an den Rand einer Staatenunion. Die Beziehungen mit dem Westen verliefen fortan in Zyklen aus Tauwettern und Eiszeiten, synchron zu den „Konjunkturen“ innerer Wahlfälschung und Repression. Minsk

pflgte jedoch einerseits die Mitgliedschaft in russisch dominierten Bündnissystemen – der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), dem Unionsstaat, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der Eurasischen



Auge in Auge mit den Kräften des Regimes: Nach der gestohlenen Wahl 2020 kam es in Belarus zu einer großen Protestwelle. Foto: © Sergei Bobylev, dpa, TASS, picture alliance.

zugunsten der selbstproklamierten Positionierung von Belarus als „osteuropäischer Schweiz“. Minsk trat im Ukrainekonflikt als „Spender regionaler Sicherheit“ durch Vermittlung auf und suchte durch eine multivektorale Außenpolitik und bessere Beziehungen zum Westen, zur Ukraine, aber auch zu Ländern wie China seine Optionen zu diversifizieren. Die innere Liberalisierung, die auch das europäische Erbe etwas stärker hervorhob, blieb bescheiden, ging aber immerhin so weit, dass Russland laut Freedom-House-Index Belarus 2018 als „letzte Diktatur Europas“ ablöste.¹⁵ Die Bevölkerung nutzte die Möglichkeiten der Tauwetterzeit für eine Stärkung von Business und Zivilgesellschaft, aber auch schlicht zum Reisen – kein Land der Welt hatte in dieser Zeit eine so hohe Quote an Schengenvisa wie Belarus.¹⁶

Die Mehrheit der unter 45-jährigen Belarussen hält die westliche Demokratie für das beste System.

Umfragen zu geopolitischen Einstellungen hatten seit Langem stabil gezeigt, dass sich eine Mehrheit lieber nicht geopolitisch zwischen Ost und West entscheiden will, sich bei der Frage „Russland oder EU“ aber für Russland aussprach. Dies entsprach faktisch einer Anerkennung der Realität, da Belarus nun einmal eng mit dem östlichen Nachbarn verbunden ist, doch nahm dieser Wert in den vergangenen Jahren kontinuierlich ab. Bevorzugten 2018 noch circa 60 Prozent eine Union mit Russland gegenüber einem Bündnis mit dem Westen – wovon wiederum nur 5 Prozent ein Teil Russlands werden wollten – sank dieser Wert Ende 2020 auf unter 40 Prozent. Gleichzeitig schoss erstmals, und bislang einmalig, der pro-europäische Vektor auf Platz eins – im Angesicht der Niederschlagung der Proteste nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen.

Wirtschaftsunion – und trat andererseits 2009 auch dem Programm der Östlichen Partnerschaft der EU bei. Nach dem Schockmoment der Krim-Annexion hegten manche die Hoffnung, das ewige Hin und Her könne durchbrochen werden

Kulminations- und Wendepunkt 2020

Lukaschenkas opportunistische Schaukelpolitik hatte schon immer vor allem der Absicherung seiner eigenen Herrschaft gedient. Bei der Präsidentschaftswahl 2020 zeigte er, dass er bereit war, diesem Ziel alles andere unterzuordnen. Erstmals hatten sich Kandidaten aus der Mitte des Systems ins Rennen gewagt, denen eine Mehrheit der Menschen zutraute, ihr Land erfolgreich zu führen. Als ihnen diese Wahl tölpelhaft gestohlen werden sollte, gingen sie zu Hunderttausenden auf die Straße. Sie taten dies zunächst nicht im Zeichen von Geopolitik. Über Minsk und anderen belarussischen Städten wehten im Gegensatz zum ukrainischen Euro-Maidan keine EU-Fahnen. Stattdessen wählten die Protestierenden zur Einforderung ihrer Rechte das alte Symbol der Republik: die weiß-rot-weiße Fahne. Die demokratischen Kräfte im Exil nutzen heute oft den Begriff „neues Belarus“, um ihre Vision eines zukünftigen demokratischen Landes zu zeichnen.

Doch die Abwendung von postsowjetisch-pater-nalistischen Einstellungen zu einem freien, selbstbestimmten Leben hatte schon viel früher begonnen und fand 2020 nur ihren sichtbarsten Ausdruck. Umfragen zeigen, dass der Anteil der Status-quo-Befürworter gegenüber denen, die gesellschaftlichen Wandel wünschen, schon zwischen 2010 und 2016 von einem Verhältnis von 48 zu 41 hin zu einem Verhältnis von 25 zu 67 kippte.¹⁷ Ein tieferer Blick offenbart eine auch im Vergleich zu anderen postsowjetischen Ländern enorme Kluft zwischen den Generationen.¹⁸ Dies beginnt bereits etwa ab dem Jahrgang 1975 und verstärkt sich dann in beide Richtungen.

Wer nach dem Ende der Sowjetunion geboren ist, begrüßt deren Untergang dreimal häufiger als Menschen über 60. Die Jugend bezieht ihre Nachrichten aus dem Internet und guckt Hollywoodfilme, während ältere Menschen staatliche Fernschnachrichten und Sowjetstreifen schauen. Am deutlichsten ist der Bruch bei der Frage nach dem politischen System: Eine klare Mehrheit der unter 45-Jährigen hält die westliche Demokratie für das beste System, bei den unter 30-Jährigen

sogar zu 60 Prozent. Das Sowjetsystem befürwortet in dieser Generation nicht mal jeder Zehnte. Bei den Senioren sind diese Werte spiegelbildlich umgekehrt.

Ein erheblicher Anteil der belarussischen Bevölkerung orientiert sich nach wie vor an Russland.

Einerseits war es Lukaschenka selbst, der den Entwicklungen 2020 den geopolitischen Spin verlieh und zeigte, in welche Himmelsrichtung man sich wenden muss, um eine gefälschte Wahl durchzuprügeln. Moskau sicherte ihm Kredite zu und zeigte den Demonstranten die vielleicht entscheidende rote Linie auf, keine Verwaltungsgebäude zu stürmen, sonst drohe russische „Amtshilfe“. Auf die Niederschlagung der Proteste folgten bis heute anhaltende massive Repressionen, begleitet von einem Exodus (nicht nur) liberaler Eliten und einem Sanktionsduell mit den westlich orientierten Nachbarn. Andererseits setzen die Gruppen, die die friedlichen Proteste getragen hatten, ihre Arbeit nun im erzwungenen Exil fort, das sie meist im Westen fanden.

Schon das Eintreten für die aus der griechischen Antike hergeleitete Herrschaftsform der Demokratie kann man für etwas „Europäisches“ halten. Während die Regime in Minsk und Moskau sich – mehr oder weniger¹⁹ – bemühen, eine gleichnamige Fassade aufrechtzuerhalten, füllen die belarussische Zivilgesellschaft und Demokratiebewegung diesen Begriff durch eine kreative Vielzahl von Initiativen mit Leben. Viele Experten sind sich einig, dass das Erlebnis von Gemeinschaft im Angesicht eines auf rohe Gewalt setzenden Staates einen entscheidenden Bewusstseinswandel der belarussischen Gesellschaft bewirkt hat. Manche sprechen sogar vom historischen Durchbruch in der Festigung des belarussischen Nationalgedankens. Die Menschen eint der Wunsch nach einem anderen Leben und sie wissen, dass sie, anders als

bislang die Menschen in Russland, 2020 bewiesen haben, dass sie sich in der demokratischen Mehrheit befinden.

Der Bedarf nach einer attraktiven und glaubwürdigen Alternative

Doch bedeutet die demokratische Mehrheit gegen Lukaschenka vor drei Jahren noch keine automatische Mehrheit für eine EU-Perspektive heute. Wie oben erwähnt, überwog in Umfragen zur geopolitischen Orientierung nur im Herbst 2020 kurzzeitig die Europapräferenz gegenüber pro-russischen Einstellungen. Letztgenannte „erholten“ sich seither und liegen heute etwa auf dem Niveau von 2019 bei circa 50 Prozent – gegenüber gut 25 Prozent „pro-europäischer“ Antworten.

Einerseits sind angesichts der Repressionen, staatlicher Überwachung und omnipräsenter antiwestlicher Propaganda solche Umfragewerte weder völlig überraschend noch uneingeschränkt repräsentativ. Offizielle Kanäle präsentieren den Westen als dekadent, aggressiv und imperialistisch, Russland hingegen als großen Bruder, dessen Hilfskredite seit 2020 nicht etwa den Diktator an der Macht halten, sondern „dem Land“ in schweren Zeiten helfen und dessen Soldaten Belarus vor einem Angriff der NATO beschützen. Unabhängige Nachrichten sind nur über Umwege zu finden und ihr Konsum steht vielfach unter Strafe. Grenzüberschreitende Kontakte nehmen ab, da Reisen nach Westen, auch aufgrund der dortigen restriktiven Visavergabe, stark eingeschränkt sind und auch die Sprachbarriere wächst, da das Regime den Englischunterricht an Schulen zurückfährt. Pro-europäisch orientierte Menschen sind damit in den Umfragen unterrepräsentiert, da sie sich zurückhaltender äußern, in großen Zahlen das Land verlassen haben und auch als „Influencer“ in ihrem sozialen Umfeld ausfallen.

Andererseits bleibt der ernüchternde Befund, dass sich ein erheblicher Anteil der belarussischen Bevölkerung, insbesondere die staatlichen Eliten, derzeit an Russland orientiert – aus unterschiedlichen Gründen. In qualitativen Befragungen

(vor 2020) wurden oft die gemeinsame Sprache und verwandte Kultur, geteilte Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Sowjetzeit sowie „slawische Werte“ angeführt.²⁰ Viele Belarussen haben familiäre Beziehungen, schauen russische Medien oder haben in Russland gearbeitet und setzen das Land deshalb nicht mit dem System Putin gleich. In der Wirtschaft, die ohnehin etwa bei der Energieversorgung schon enorm von Russland abhing, entstehen durch die Anpassung an die Sanktionen zusätzliche Pfadabhängigkeiten (bis zu 85 Prozent der belarussischen Exporte gehen heute durch oder nach Russland), auch hängen Jobs am russischen Markt. Nicht zuletzt entfaltet das Beispiel der Ukraine eine abschreckende Wirkung, zahlt sie doch ihre Hinwendung zum Westen nun mit Krieg und Gebietsverlusten. Selbst wer dies verurteilt, kann zu dem ernüchternden Schluss kommen, dass es doch besser sei, im Schatten Russlands den Kopf unten zu halten, als sich in „geopolitische Abenteuer“ zu stürzen.

Doch gerade dies ist der Punkt, an dem die demokratischen Kräfte mit ihrem Wunsch nach einer EU-Perspektive ansetzen – nicht obwohl, sondern gerade weil sämtliche Entwicklungen in ihrer Heimat gerade in die entgegengesetzte Richtung weisen. Der Krieg hat, so ihre Überzeugung, deutlich gemacht, dass der alte belarussische Traum, eine Insel der Neutralität inmitten geopolitischer Orkane zu bleiben, unwiederbringlich erledigt ist.

Ein starkes demokratisches Belarus wäre auch für die EU ein vielversprechender Partner.

Durch die umfassende Unterstützung Moskaus beim Überfall auf die Ukraine hat sich das Minsker Regime, nachdem es zuvor die nominelle Neutralitätsklausel aus der Verfassung getilgt hatte, unzweideutig an die Seite des Aggressors gestellt. Nicht nur hat es sich damit gegenüber allen anderen Nachbarn isoliert, sondern fördert auf tragische Weise einen neoimperialen Unterwerfungsfeldzug, der seinem Wesen

nach auch Belarus als Kulturnation bedroht. Die innere Russifizierung läuft entsprechend auf Hochtouren und russische Atomraketen in Belarus sichern Moskaus militärischen Zugriff. Wenn das Bündnis mit Russland jedoch Schuld, Isolation und Selbstzerstörung bedeutet und Neutralität keine Option ist – vor allem Russland akzeptiert diese nicht –, dann ist der europäische Weg die einzige sinnvolle Alternative.

Den demokratischen Kräften ist bewusst, dass es einer radikalen Veränderung der geopolitischen Lage bedarf, bevor je eine Regierung in Minsk ein formelles EU-Beitritts-gesuch stellen kann. Russland müsste infolge eines verlorenen Kriegs gegen die Ukraine mit sich selbst beschäftigt sein, während Belarus eine demokratische Transformation durchläuft. Doch auf genau dieses Szenario, das ja auch im Sinne der europäischen Nachbarn wäre, arbeiten die demokratischen Kräfte hin. Die heutige Formulierung der EU-Perspektive soll plastisch bestärken, dass Belarus in einem solchen Szenario nicht auf sich allein gestellt wäre. Die Europäische Union könnte, so die Hoffnung, in einem solch historischen Moment die Hand ausstrecken mit Angeboten enger Zusammenarbeit, Investitionen und einem Paket an Stabilisierungsmaßnahmen im Wirtschafts-, Sicherheits- und Energiebereich. In so einem Fall würde sich auch die öffentliche Meinung im Land sehr wahrscheinlich drehen.

Ein starkes demokratisches Belarus wäre auch für die EU ein vielversprechender Partner und angesichts seines hohen Bildungsniveaus, zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen wie dem IT- oder Elektromobilitätssektor, funktionierender Verwaltung, niedriger Korruption und starker Nachhaltigkeitsbilanz ein perspektivisch attraktiver Beitrittskandidat, der nicht zuletzt wichtige Impulse für einen – momentan utopischen – demokratischen Neustart in Russland setzen könnte. Für die EU ist daher die strategische Frage, ob sie die Herausforderung annehmen will, für die Menschen in Belarus eine solche Alternative werden zu wollen. Ohnehin steht sie vor der Aufgabe, sich signifikant weiterentwickeln zu müssen, wenn sie

geopolitisch handlungsfähig bleiben, die bereits jetzt im „Warteraum“ befindlichen Länder von Albanien bis zur Ukraine aufnehmen und effektiv auf dem Kontinent und darüber hinaus Stabilität ausstrahlen will.

Mit Blick auf Belarus geht es heute aber zunächst darum, das Land unsererseits als Teil der „europäischen Familie“ zu denken und das gegenüber den Menschen und relevanten Zielgruppen in Belarus klar zu kommunizieren. Bestenfalls kann dies dazu dienen, schon heute Vorbereitungen in Form sichtbarer, konkreter Schritte der Unterstützung anzustoßen, die die Zusammenarbeit zwischen der EU und (dem pro-demokratischen) Belarus vertiefen und verstetigen. Dazu gehören Dialogformate, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für belarussische Unternehmen und die Bewahrung der Reisefreiheit, um der Bevölkerung das Gefühl des Willkommenseins zu vermitteln.

Jakob Wöllenstein leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für Belarus mit Sitz in Vilnius.

- 1 Democratic Forces of Belarus 2023: Declaration of Future Membership of Belarus in the European Union, Konferenz „New Belarus 2023“, 11.08.2023, in: <https://bit.ly/3r44nka> [08.09.2023].
- 2 Aktuelle Meinungsumfragen zeigen ca. 25 Prozent pro EU, 50 Prozent pro Russland.
- 3 Auf dem Balkan und in Osteuropa wird etwa der Zusatz „EURO-...“ häufig als Reklame für Produkte und Dienstleistungen genutzt.
- 4 Eine jüngste Expedition zur Abgrenzung Europas von Asien fand 2010 statt, siehe Tschibilev, A. A. 2010: Первые Уточнения Границы Европа-Азия (Erste Klärung der Europa-Asien-Grenze), Regionalabteilung Orenburg der Russischen Geographischen Gesellschaft, in: <https://bit.ly/3LgH11L> [08.09.2023].
- 5 Europa zählt 15 Binnenstaaten. Ungarn, der zweitgrößte, ist weniger als halb so groß wie Belarus.
- 6 Arlou, Uladzimir / Herasimovich, Zmicier 2018: Faszination Belarus, Vilnius, S. 37.
- 7 Heute bezeichnet „Litauen“ die gleichnamige baltische Republik. Historisch meint dieser Begriff im vorliegenden Text das multiethnische Großfürstentum.
- 8 Aus heutiger Sicht gesprochen: Belarussen und (West-)Ukrainer und verschiedene baltische Stämme, die in ihrer Differenziertheit entweder ausgestorben oder nach heutigem Verständnis aufgegangen sind im Begriff *Lietuvai* (baltische Litauer).
- 9 Auch das Verhältnis zu Polen war jedoch weder zuvor noch danach einfach. Kritische Historiker aus Litauen, Belarus und der Ukraine sehen eine Kolonialherrenattitüde des polnischen Staates, die sich u. a. im Chmelnzykj-Aufstand von 1648 entlud und auch in der Zwischenkriegszeit Fuß fasste. Bis heute nutzen die russische und belarussische Regimepropaganda das Argument, das Zarenreich habe Belarus vom Joch der polnischen Herrschaft befreit.
- 10 Auf die sich national und demokratisch gesinnte Belarussen bis heute beziehen.
- 11 Dornfeldt, Matthias / Seewald, Enrico 2019: Die Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus 1916 bis 1925, Vilnius.
- 12 Snyder, Timothy 2011: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München.
- 13 Ebd.
- 14 Manche Schätzungen gehen von bis zu 1.000 Worten aus dem Deutschen aus, besonders in Bereichen wie Handel, Handwerk und Militär.
- 15 Freedom House 2018: Freedom in the World 2018 Scores, in: <https://bit.ly/3sMjRtG> [08.09.2023].
- 16 Iwanowa, Antonia 2019: Литва – самая лояльная к белорусам по выдаче шенгенских виз (Litauen ist den Belarussen gegenüber am loyalsten bei der Ausstellung von Schengen-Visa), Delfi, in: <https://bit.ly/487jyoD> [08.09.2023]; Schengen Visa Statistics 2018: 2018 Schengen Visa statistics by third country, in: <https://bit.ly/3P7PIMN> [08.09.2023].
- 17 Shelest, Oksana 2020: Revolution in Belarus – Faktoren und Werteorientierungen, Belarus-Analysen 53, 21.12.2020, S.2, in: <https://bit.ly/3sQVivr> [08.09.2023].
- 18 O’Loughlin, John/ Toal, Gerard/ Bakke, Kristin 2020: Is Belarus in the midst of a generational upheaval?, Global Voices, 17.09.2020, in: <https://bit.ly/3Ety410> [08.09.2023].
- 19 Peskow behauptet nicht einmal mehr das. Er spricht stattdessen von einer kostspieligen Bürokratie. Krumbeck, Victoria 2023: „Rote Linie“: Putin flirtet in Russland mit dem Übergang zur „offenen Diktatur“, Frankfurter Rundschau, 21.08.2023, in: <https://bit.ly/465afZ9> [08.09.2023].
- 20 Dabei waren auch die Proteste von 2020 vorwiegend russischsprachig und fünf slawische Länder sind Mitglieder der EU.



[Europa pragmatisch voranbringen](#)

Vom Sorgenkind zum Musterschüler

Griechenlands neue Rolle in Europa

Marian Wendt / Eleftherios Petropoulos

Staatsschulden, Migrationskrise, Korruption – mit diesen Worten brachte man Griechenland bis vor einigen Jahren in Verbindung. Neuerdings liest man eher von Wachstum, Rückkehr an den Kapitalmarkt und einer steigenden Beliebtheit. Das Land weist mit die größten Wachstumszahlen in der EU auf und entwickelt sich zum Energiehub Europas. Wie kam es zu dieser Entwicklung? Was wurde in den vergangenen Jahren richtig gemacht? Und was bedeutet das neue griechische Selbstbewusstsein für die geopolitische Ausrichtung des Landes und seine Europapolitik?

Das Land vor der Krise: Die „goldenen“ 2000er

Mit der Einführung des Euros 2002 war Griechenland endgültig im inneren Kreis des europäischen Integrationsprozesses angekommen. Gleichzeitig bedeutete die Aufnahme Griechenlands in den Euroraum, dass die Möglichkeit der Abwertung sowie der individuellen Bewertung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaftskraft durch Banken und internationale Institutionen zunächst wegfiel, sodass die Zinsen für griechische Staatsanleihen in den 2000er-Jahren auf einem einheitlichen europäischen Niveau lagen. Dies führte zu einer plötzlichen Verfügbarkeit von günstigem Geld im Land und löste einen Schwung aus, der durch den Gewinn der Fußball-Europameisterschaft 2004 und die Austragung der Olympischen Spiele im selben Jahr zusätzlich verstärkt wurde.

Das Land befand sich regelrecht in einem Freudentaumel: Öffentliche Investitionen erfolgten, die öffentliche Verwaltung wurde weiter ausgebaut und insbesondere die regierenden Parteien schufen zahlreiche Privilegien. So konnte ein Arbeitnehmer beispielsweise nach nur 20 Arbeitsjahren in Rente gehen, wenn er ein minderjähriges Kind hatte. Im öffentlichen Sektor gab es Zulagen für „pünktliches Erscheinen im Büro“. Die Parteien rekrutierten in Scharen Anhänger, die sie dann auch durch Versorgungs halten mussten. Das führte zu mehr Besitzstandswahrung und setzte das Phänomen der Vetternwirtschaft und des Klientelismus fort. Das böse Erwachen kam dann 2008 mit dem

Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und dem Beginn der Bankenkrise, die zwei Jahre später in einer Staatsschuldenkrise Griechenlands mündete – der Beginn eines Jahrzehnts mit schweren wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen im Land.

Land in der Krise: Zusammenbruch in den 2010er-Jahren

Mit dem Ausbruch der Finanzkrise wurde die Fähigkeit von Staaten, auf wirtschaftliche Krisen angemessen zu reagieren, infrage gestellt. Obwohl sie alle Teil derselben Wirtschaftsgemeinschaft waren, erwiesen sich die Mitgliedstaaten des Euroraums als unterschiedlich widerstandsfähig; insbesondere der europäische Süden wurde auf eine harte Probe gestellt, vor allem aber Griechenland. Die chronische Schwäche der griechischen Wirtschaft und das Ausbleiben struktureller Veränderungen, verbunden mit der Intransparenz bei der Veröffentlichung der Haushaltszahlen des Landes, führten zum ökonomischen Zusammenbruch. Die Aufschläge für griechische Staatsanleihen schossen in die Höhe: Der Zinssatz für Langzeitanleihen Griechenlands erreichte mit 29,2 Prozent seinen Höchststand im Februar 2012¹, was zu einer Situation führte, in der Griechenland seine Schulden nicht mehr bedienen konnte. Um eine Insolvenz des Staates abzuwenden, wurde in drei verschiedenen Hilfspaketen der Europäischen Union beziehungsweise ihrer Mitgliedstaaten der griechische Staat „gerettet“. Diese „Rettung“ war allerdings an Bedingungen geknüpft, die sich unter folgenden Hauptzielen zusammenfassen lassen:

- Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen,
- Wahrung der Finanzstabilität,
- Durchführung von Reformen für Wachstum und Beschäftigung,
- Modernisierung des öffentlichen Sektors.

Aus Krisen lernen:

Der Aufbruch in ein neues Jahrzehnt

Die notwendigen Reformen, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Sozialversicherung, wirtschaftliche Konsolidierung und Justiz, führten zu harten Einschnitten und großen sozialen Verwerfungen. Infolgedessen kam es zu großen politischen Veränderungen im Land. So brach die sozialdemokratische Partei PASOK, die in den vorherigen 40 Jahren eine der beiden traditionellen Säulen der Macht in Griechenland dargestellt hatte, zusammen. Parallel entwickelte sich das linke Bündnis Syriza, das vor allem von den landesweiten Protesten gegen die Reformen getragen wurde. Als Syriza 2015 dann gemeinsam mit der rechtspopulistischen ANEL (Unabhängige Griechen) die Regierung stellte, versprachen Regierungschef Alexis Tsipras und sein Finanzminister Yanis Varoufakis eine Abkehr von den schmerzhaften Reformen. Die Realität der wirtschaftlichen Lage holte sie jedoch schnell ein und sie sahen sich ebenfalls gezwungen, Maßnahmen umzusetzen, die zwar unangenehm waren, von den meisten Fachleuten aber als notwendig angesehen wurden.

Erst mit der Wahl von Kyriakos Mitsotakis im Jahr 2019 konnte sich das Land allmählich aus der Lethargie der Krisenjahre befreien. Mitsotakis und seine bürgerlich-konservative Partei Nea Dimokratia (ND) erkannten die Notwendigkeit der eingeleiteten Reformen und hatten schon in der Zeit als Oppositionspartei weitere Ideen für die Zukunft Griechenlands entwickelt. Diese wurden nun konsequenter als zuvor umgesetzt. Die Maßnahmen erzielten allmählich ihre Wirkung und das Land konnte sich in den zurückliegenden vier Jahren Stück für Stück wieder Zugang zum internationalen Kapitalmarkt verschaffen. Die Ratingagentur S&P Global Ratings hat Griechenland am 20. Oktober 2023

wieder den Status „kreditwürdig“ zugesprochen, gefolgt von Fitch im Dezember 2023.² Auch weist Griechenland mittlerweile ein höheres Wirtschaftswachstum auf und konnte durch einen mittlerweile effizienter arbeitenden Staat die Coronakrise besser meistern als andere Länder in Europa. Die Idee eines Griechenland 2.0 war geboren und gab den Griechen Stolz und Motivation zurück. Der sogenannte Nationale Plan für Erholung und Widerstandsfähigkeit sieht 106 Investitionen und 68 Reformen vor, die sich auf vier Säulen verteilen:

- grüner Wandel;
- digitale Transformation;
- Beschäftigung, Qualifikationen und sozialer Zusammenhalt;
- Privatinvestitionen und wirtschaftliche Transformation.

Insgesamt werden hierdurch 31,16 Milliarden Euro mobilisiert.³

Trotz positiver Entwicklungen weist Griechenland die zweithöchste Arbeitslosenquote in der EU auf.

Die innenpolitische Bilanz der vergangenen Jahre: Mehr Licht als Schatten

Die Entwicklung Griechenlands schreitet langsam, aber stetig voran und die ersten Ergebnisse einer umsichtigen Wirtschaftspolitik sind für die Bürgerinnen und Bürger des Landes spürbar geworden. Trotz der großen Herausforderungen, mit denen das Land in jüngster Zeit konfrontiert war und ist – wie der Coronapandemie, die zu einem sensiblen Zeitpunkt einsetzte, als der Aufschwung im Land gerade erst begonnen hatte, und dem Krieg in der Ukraine – trugen die ergriffenen Maßnahmen zur Rückkehr der Wirtschaft auf das Vorkrisenniveau bei. Auch die Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung aufgrund der exorbitanten Energiekosten konnte verhindert werden. Dies ist von



Aufschwung nach der Pandemie: 2023 könnte mit voraussichtlich mehr als 35 Millionen Gästen ein Rekordjahr für den griechischen Tourismus werden. Die große Zahl an Besuchern stellt die öffentliche Infrastruktur allerdings vor Herausforderungen. Foto: © Thanassis Stavrakis, AP, picture alliance.

besonderer Bedeutung, da Griechenland trotz eines deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit immer noch die zweithöchste Arbeitslosenquote in der EU aufweist. Auch in anderen Bereichen der Volkswirtschaft und des Sozialstaats bleiben große Herausforderungen bestehen, nicht zuletzt durch die demografische Entwicklung. Griechenlands Bevölkerung altert, das Land hat eine der niedrigsten Geburtenraten in Europa (1,26). Bei der jüngsten Volkszählung im Jahr 2021 ist zum ersten Mal ein Rückgang der Gesamtbevölkerung des Landes (10,48 Millionen Einwohner) verzeichnet worden. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung auf durchschnittlich mehr als 80 Jahre angestiegen.

Zusammen mit den Verzerrungen der Vergangenheit im Arbeits- und Versicherungssektor, die zur Frühverrentung von Hunderttausenden von Bürgern geführt haben, entsteht eine explosive Mischung für die Zukunft des Versicherungswesens in Griechenland. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit des Versicherungssystems zu schaffen. Die Anstrengungen müssen jedoch fortgesetzt werden. Es darf nicht vergessen werden, dass in den Jahren der Krise mehr als 500.000 hochqualifizierte junge Menschen das Land verlassen haben, um im Ausland ein besseres Leben zu führen. Die

meisten von ihnen sind noch nicht zurückgekehrt und die Abwanderung von Fachkräften geht weiter, wenn auch in geringerem Maße.

Positiv stimmt aber der Blick auf einen der wichtigsten Sektoren der griechischen Wirtschaft: 2023 wird mit voraussichtlich mehr als 35 Millionen Gästen das beste Jahr in der Geschichte des griechischen Tourismus gewesen sein. In den vergangenen Jahren wurden erhebliche Investitionen getätigt, sowohl in klassische als auch in weniger bekannte Reiseziele. Gleichzeitig werden dadurch jedoch weitere Maßnahmen nötig, da an einigen Orten die Auswirkungen des Massentourismus und die damit einhergehenden Probleme sichtbar werden. Die oft nur begrenzt verfügbare oder veraltete öffentliche Infrastruktur ist nicht mehr in der Lage, den stark gestiegenen Bedarf zu decken, was zu einer Verschlechterung der Dienstleistungen für Einheimische und Besucher führt.

Große Unternehmen aus dem Ausland haben wieder Vertrauen in das Land gefasst und siedeln sich an.

Durch die Wiederbelebung der öffentlichen Investitionen konnten diese Probleme im Bereich der Infrastruktur teilweise zwar bereits gelöst werden. In den vergangenen Jahren hat Griechenland ein umfangreiches Straßennetz aufgebaut, das gemessen an der Einwohnerzahl des Landes eines der größten in Europa ist. Durch den effektiven Einsatz von EU-Mitteln wurde die öffentliche Infrastruktur modernisiert und umweltfreundlich gestaltet. Dennoch bleiben erhebliche Defizite: Die Eisenbahntragödie in Tempi mit vielen Opfern Anfang 2023 hat das chronische Versäumnis des Staates deutlich gemacht, in wichtigen Bereichen seine Infrastruktur nicht modernisiert und sie mit europäischen und internationalen Standards nicht in Einklang gebracht zu haben. Ähnliche Schlussfolgerungen lassen sich auch aus den verheerenden Waldbränden im Sommer 2023 und der

Unfähigkeit der zuständigen Behörden ziehen, den Bürgern angesichts der sich verschärfenden Klimakrise, von der Griechenland und der Mittelmeerraum offensichtlich stark betroffen sein werden, ein hohes Maß an Katastrophenschutz zu bieten.

Gleichzeitig setzt die Regierung aber positive Akzente beim Thema Nachhaltigkeit, indem sie Anreize für Privatpersonen schafft, ihre Häuser zu sanieren und energetisch zu modernisieren: Der energetische Fußabdruck des Landes wird so verringert – man rechnet mit Energieeinsparungen im privaten Bereich allein von mindestens 213.000 Tonnen Öleinheiten jährlich bis zum Jahr 2025. Dies entspricht circa 1,5 Prozent des gesamten jährlichen Energiebedarfs des Landes oder dem Verbrauch von 105.000 Haushalten. Bis 2030 sollten im gesamten Land Energieeinsparungen von bis zu 30 Prozent im Vergleich zu heute realisiert werden.⁴ Dank der politischen Stabilität und des verlässlichen wirtschaftlichen Aufschwungs haben große Unternehmen und Industriebetriebe wieder Vertrauen in den süd-europäischen Staat gefasst und siedeln sich in Griechenland an, insbesondere in den Bereichen Technologie, Logistik und Pharmazie.

Die digitale Revolution in der griechischen öffentlichen Verwaltung war eine der dominierenden Botschaften, auf die sich die Regierung Mitsotakis für ihre Wiederwahl im Sommer 2023 stützte. Die Digitalisierung hat zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürger und Staat geführt und in gewissem Maße das Vertrauen in die Institutionen gestärkt. Eine Reihe von Dienstleistungen wird nun digital erbracht, wodurch die Kosten für die Verwaltung des Staates gesenkt werden.

Die Digitalisierung spielte in entscheidenden Momenten eine wichtige Rolle: Beispiele dafür sind die während der Pandemie etablierte effiziente Verwaltung der Impfungen, aber auch die Einführung einer einheitlichen Notrufnummer (112). Eine solche einheitliche Nummer dient der schnellen Erreichbarkeit der Sicherheitsbehörden und der europaweiten Standardisierung. Ein weiteres Beispiel stellt der „Market Pass“⁵

dar: Es handelt sich um eine Maßnahme, die den Haushalten dabei helfen soll, einen Teil der gestiegenen Kosten für Einkäufe, insbesondere von Lebensmitteln, zu decken. Wer Anspruch auf diese Unterstützung hat, erhält von der Bank eine spezielle Debitkarte, auf der der Staat den Betrag der Unterstützung gutschreibt.

Die Digitalisierung hat also die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat verbessert und viele Dienstleistungen elektronisch zugänglich gemacht, aber die öffentliche Bürokratie wurde nicht in dem nötigen Maße modernisiert und verschlankt. Im Bereich der Justiz wurde beispielsweise nur wenig unternommen, um die Verfahrensdauer zu verkürzen, während die akuten Probleme der personellen Unterbesetzung in den Verwaltungsdiensten und bei der Umstrukturierung des Gerichtswesens bestehen bleiben. Die Digitalisierung ist hier nicht ausreichend fortgeschritten. Im Bildungsbereich wurde viel getan und in den vergangenen Jahren gab es bedeutende Durchbrüche. So wurde die digitale Bildung eingeführt und die Lehrpläne wurden modernisiert. Es müssen jedoch weitere Anstrengungen unternommen werden, um das Bildungswesen an das sich rasch verändernde Arbeitsumfeld und an die Bedürfnisse der Zukunft anzupassen.

Die neue Stabilität trägt zur Stärkung des internationalen Profils des Landes bei.

Stärkung des Ansehens innerhalb der EU und international

Im Ausland trug die Stabilität, die Griechenland nach Jahren der Krise und der politischen Experimente wiedererlangte, zur Stärkung des internationalen und europapolitischen Profils des Landes bei. Nachdem es lange höchstens als Problemfall auf der internationalen Bühne eine Rolle spielte, begann Griechenland, sich zum gestaltenden Akteur zu entwickeln, der seine strategischen Ziele auch in den europäischen Kontext einbringt.

Diese Ziele der neuen griechischen Außenpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Abschluss strategischer Partnerschaften und Allianzen mit Ländern wie Israel und Ägypten – insbesondere im Energiesektor

In den vergangenen Jahren hat Griechenland eine aktive Diplomatie im östlichen Mittelmeerraum sowie auf dem Balkan entwickelt, um die Position des Landes als Energiedrehscheibe zu stärken. Dazu gehören die Pläne für die Entwicklung von umweltfreundlichen Stromübertragungskabeln in Zusammenarbeit mit Israel (EuroAsia Interconnector) und Ägypten (GREGY). Gleichzeitig werden die Netze, die das Land mit seinen nördlichen Nachbarn sowie mit Italien und der Türkei verbinden, stark ausgebaut. Griechenland hat seine LNG-Speicherkapazitäten deutlich gesteigert, was nicht nur zur Energiesicherheit Griechenlands, sondern auch zur Abkopplung seiner Nachbarn vom russischen Gas beitragen wird. Griechenland investiert nun massiv in die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und erhöht deren Anteil im Energiemix. Nach offiziellen Angaben der staatlichen Netzverwaltungsbehörde (ADMIE) erreichte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung im Zeitraum Januar bis Oktober 2022 47,1 Prozent und übertraf damit den der fossilen Brennstoffe. Im Oktober 2022 wurde das Land fünf Stunden am Stück nur mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen versorgt.

Aufwertung der traditionellen strategischen Allianz mit den USA und Frankreich

In einem Kontext von Instabilität und Unsicherheit auf globaler Ebene stärkt Griechenland seine Verteidigung: Die traditionelle strategische Zusammenarbeit mit den USA wird auf eine neue Grundlage gestellt. Die Förderung der Rolle des Hafens von Alexandroupolis an der Grenze zur Türkei als alternativer Zugang zum Schwarzen Meer, der unter anderem den Transfer von wertvollem Kriegsmaterial in die Ukraine erleichtert, sowie der Abschluss eines gegenseitigen Verteidigungsabkommens im Mai 2022 zeigen den neuen „Frühling“ in den griechisch-amerikanischen Beziehungen.



Starker Unterstützer: Griechenland steht seit dem russischen Angriff auf die Ukraine fest an der Seite des attackierten Landes. Das Bild zeigt den griechischen Premierminister Kyriakos Mitsotakis (links) und den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bei einem Treffen im August 2023 in Athen. Foto: © Giorgos Kontarinis, Eurokiniss, ANE, picture alliance.

Ähnlich verhält es sich mit der Vertiefung der Beziehungen zu Frankreich, wo ein Jahr zuvor, 2021, ein entsprechendes Verteidigungsabkommen im Rahmen eines umfangreichen Rüstungspakets mit der Lieferung modernster Fregatten aus Frankreich als Hauptelement abgeschlossen wurde. Griechenland stärkt seine militärische Abschreckungsmacht und damit die Ostflanke der NATO im südosteuropäischen und mediterranen Raum. Der Preis dafür ist jedoch hoch: 2022 wandte Griechenland 3,54 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auf, was den höchsten Prozentsatz im gesamten Bündnis darstellt und sogar die USA noch übertrifft.

Der Krieg in der Ukraine war ein Wendepunkt in der griechischen Außenpolitik.

Beendigung jahrzehntelanger Grenzstreitigkeiten mit Nachbarländern

Im Juni 2020 unterzeichnete Griechenland ein Abkommen zur Abgrenzung der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) mit Italien. Somit wurde ein weiteres Puzzleteil zur juristischen Absicherung der Rechte der östlichen Mittelmeeranrainer

hinzugefügt. Darüber hinaus ist die politische Einigung zwischen Griechenland und Albanien über die gemeinsame Anrufung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag in der Frage der Abgrenzung ihrer AWZ erwähnenswert. Die Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung steht jedoch noch aus. Im Oktober 2020 unterzeichneten Griechenland und Ägypten ein Abkommen über die gegenseitige (partielle) Abgrenzung ihrer AWZ, wodurch das bereits abgeschlossene Memorandum zwischen der Türkei und Libyen zur Festlegung ihrer AWZ infrage gestellt wurde, welches Gebietszuweisungen vornimmt, die mit denjenigen aus dem Abkommen zwischen Athen und Kairo unvereinbar sind.

Aktive Beteiligung als NATO- und EU-Mitglied an der Unterstützung der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands

Der Krieg in der Ukraine war ein Wendepunkt in der griechischen Außenpolitik, aber auch in den nationalen und historischen Narrativen im Lande über die traditionell engen Beziehungen zu Russland, die hauptsächlich auf der gemeinsamen orthodoxen Tradition beruhen. Die von Anfang an eindeutige Unterstützung der Ukraine und die Ausrichtung auf das westliche Lager zerstreuten Bedenken, dass die engen griechisch-russischen Beziehungen einen Einfluss auf die Positionierung des Landes zum Krieg in der Ukraine haben könnten. Griechenland leistet der Ukraine politische, militärische, materielle und moralische Unterstützung – eine Politik, die während des Besuchs von Präsident Selenskyj in Athen im August 2023 bestätigt wurde, als es zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über die weitere Unterstützung der Ukraine im Krieg zur Verteidigung ihrer nationalen Integrität und ihres Weges in die EU kam.

Bewältigung von Sicherheits Herausforderungen in den Beziehungen zur Türkei

Die Beziehungen Griechenlands zur Türkei sind immer wieder von Phasen der An- und Entspannung geprägt. Bis zum Erdbeben in der Türkei und dem Zugangslück im griechischen Tempel, welche beide im Februar 2023 stattfanden,

waren die Beziehungen an einem Wendepunkt angelangt: Die zunehmenden Herausforderungen für die Sicherheit Griechenlands durch die Instrumentalisierung von Migranten, die Durchfahrt türkischer Forschungsschiffe in umstrittenen Gewässern zum Zwecke der Kohlenwasserstoff-Exploration, die Infragestellung der griechischen Souveränität über die Inseln der Ägäis, die als aggressiv wahrgenommene türkische Politik in Bezug auf wichtige internationale Abkommen aus der Vergangenheit sowie die provokative Rhetorik gegenüber Griechenland warfen einen Schatten auf die griechisch-türkischen Beziehungen. Die entschlossene und moderat vorgetragene Haltung der griechischen Regierung trug jedoch dazu bei, eine Eskalation zu vermeiden und die griechischen Interessen wirksam zu schützen. Nach den Wahlen in den beiden Ländern Mitte 2023 und im Einklang mit der gegenseitig ausdrücklich bekundeten und gewährten Solidarität beim Erdbeben und dem Zugangslück sind die bilateralen Beziehungen wieder in einer Phase der Entspannung. Gegenseitige Treffen und Besuche führen zu einer Annäherung. Militärische Provokationen werden aktuell unterlassen. Einen Höhepunkt erfuhr diese Phase durch das Treffen des griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis mit dem türkischen Staatspräsident Erdogan am 7. Dezember 2023 in Athen und der Unterzeichnung zahlreicher Regierungsabkommen.

Auf die Politik der Europäischen Union nimmt Griechenland stärkeren Einfluss.

Griechenlands „Rückkehr“ auf den Balkan

Die griechische Präsenz in der Region Südosteuropa wurde in den vergangenen Jahren verstärkt. Hellas ist zusammen mit Deutschland einer der Haupttreiber des Berliner Prozesses zur Integration des Westbalkans in die Europäische Union. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise hatte Griechenland eine starke wirtschaftliche Präsenz in der Region, während griechische Banken in

viele Balkanmärkte, einschließlich Bulgarien, Rumänien, Albanien, Serbien und Nordmazedonien, vorgezogen waren. Nach Jahren der Abwesenheit kehrt Griechenland nun auf den Balkan zurück. Gleichzeitig entwickelt es eine Reihe von diplomatischen Initiativen, die darauf abzielen, den europäischen Kurs des Westlichen Balkans zu stärken, und versucht, bilaterale Probleme mit seinen Nachbarn zu lösen. Jüngstes Beispiel dafür sind die Verhandlungen mit Albanien über die Festlegung der Seegrenze im Ionischen Meer. Der Fall der Verhaftung eines griechischstämmigen Bürgermeisters in einer Kleinstadt in Südalbanien stellt jedoch seit Monaten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf die Probe, da auf griechischer Seite Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit im Nachbarland geäußert wurden.

Mitgestaltung in Europa

Auch auf die Politik der Europäischen Union nimmt Griechenland stärkeren Einfluss. Neben den bereits angesprochenen Fragen im Energiebereich und den strategischen Allianzen im Mittleren und Fernen Osten sind es beispielsweise auch Regelungen zur Migration, bei denen das Land seine Themen besser auf EU-Ebene einbringen kann. Dabei kann man feststellen, dass sich das Bild der Europäischen Union in der griechischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren gewandelt hat – auch wenn die Reformen im Land, die durch äußeren Druck ausgelöst wurden, immer noch unbeliebt sind. Das Thema Migration ist dabei bestimmend, wenn es um EU-Debatten geht. Die Zahl der ankommenden Flüchtlinge wird 2023 das Niveau von 2019 – dem Jahr mit den bislang höchsten Zahlen – fast erreichen. Die derzeit zwischen den EU-Institutionen verhandelte Reform der gemeinsamen Asylregeln beinhaltet wesentliche Forderungen Griechenlands, wonach ankommende Migranten innerhalb der Mitgliedstaaten verteilt werden und nicht mehr einzig und allein der Ankunftsstaat an der EU-Außengrenze für Asylverfahren und Aufenthalt zuständig ist. Die bisherigen fünf EU-Hotspots können dafür eine technische Grundlage bilden, da hier bereits Prozesse der Registrierung, des Asylverfahrens, der Unterbringung und der

koordinierten Weiterführung erprobt und täglich vollzogen werden.

Fazit

Griechenland ist ein Land in Südosteuropa, das in einem Umfeld der Unsicherheit Stabilität ausstrahlt. Es ist ein Rechtsstaat: der älteste in der Region, der Herausforderungen gegenübersteht und ständige Wachsamkeit erfordert, um ihn zu schützen. Es gibt Schwächen beim Pluralismus und bei der Qualität des Journalismus, die behoben werden müssen. Der europaweite Aufstieg der extremen Rechten ist auch an Griechenland nicht spurlos vorbeigegangen. Das Phänomen der neofaschistischen Partei Goldene Morgenröte mag aufgrund seines kriminellen Charakters vor Gericht behandelt worden sein, aber wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben, gibt es einen nennenswerten Anteil der Bevölkerung, der Kräfte unterstützt, die eine Herausforderung für die öffentliche Debatte darstellen. Der Schutz der Institutionen, aber auch die Gewährleistung eines hohen Niveaus des demokratischen Dialogs sind wichtige Ziele.

Griechenland hat sich aus der Krise der 2010er-Jahre herausgearbeitet. Es liegt nun hauptsächlich an den Griechen und ihrer wiedergewählten Regierung, mit Kontinuität und konsequent weitergeführten Reformen in der staatlichen Daseinsvorsorge, einer konstruktiven und kraftvollen Außenpolitik und einer klugen Kommunikation das Land weiterzuentwickeln. Griechenland ist ein Beispiel, wie ein Land sich mithilfe europäischer Solidarität aus der Krise heraus stärken und reformieren kann. Von solchen Positivbeispielen kann Europa mehr vertragen!

Marian Wendt ist Leiter des Auslandsbüros Griechenland und Zypern der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Eleftherios Petropoulos ist Projektmanager und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Griechenland und Zypern der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 CEIC 2023: Griechenland Zinssatz für langfristige Kredite, in: <https://ogy.de/drqu> [06.12.2023].
- 2 Nikas, Sotiris/Oyamada, Aline 2023: Greece's Upgrade by Fitch Broadens Market for Country's Bonds, Bloomberg, 01.12.2023, in: <https://bloom.bg/4ajWOCS> [05.12.2023].
- 3 Griechisches Finanzministerium 2021: Greece 2.0. National Recovery and Resilience Plan, in: <https://bit.ly/466Mm3A> [12.09.2023].
- 4 Griechische Regierung 2023: Save 2023, in: <https://bit.ly/46barqa> [16.10.2023]. Die Öleinheit (ÖE) ist eine Maßeinheit für die Energiemenge, die beim Verbrennen von einem Kilogramm Erdöl freigesetzt wird. Sie wird auch Rohöleinheit (RÖE) genannt oder Öläquivalent, englisch *oil equivalent* (oe), in der Energietechnik (Heizen) auch Heizöl-äquivalent in ktöe (Kilotonne Öleinheiten).
- 5 Information Society 2023: „Market Pass“: More than 120,000 applications in a few hours, 21.02.2023, in: <https://ogy.de/ndwx> [16.10.2023].



Foto: © Foto Hübner, picture alliance.

[Europa pragmatisch voranbringen](#)

Stabilitätsunion oder Schuldenunion?

Eine Richtungsentscheidung für Europa

Tim Peter

Europa steht vor großen Zukunftsinvestitionen, aber auch auf hohen Schuldenbergen. Daher ist es entscheidend, die digitale und ökologische Transformation mit einer stabilitätsorientierten Fiskalpolitik zusammenzudenken. Wie bildet sich dieser Anspruch in den unterschiedlichen Wirtschaftstraditionen der EU-Mitgliedstaaten ab? Welche Schritte sind nötig, um eine Stabilitätsunion anstelle einer Schuldenunion zu schaffen?

Wie hältst du's mit den Staatsschulden?

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stehen vor großen Herausforderungen: Die digitale und ökologische Transformation will gemeistert werden, die Resilienz und Verteidigungsfähigkeit müssen infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ausgebaut werden, und nicht zuletzt darf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas nicht zu kurz kommen. Alle drei Ziele haben eines gemeinsam – sie erfordern Investitionen.

Woher sollen die nötigen Mittel kommen? Dafür gibt es in der Regel drei Möglichkeiten:

1. höhere Steuern und Abgaben,
2. Umschichtungen im bestehenden Haushalt,
3. Schuldenaufnahme.

Zur Möglichkeit der Schuldenaufnahme wird in der Europäischen Union derzeit die Gretchenfrage gestellt: Wie hältst du's mit den Staatsschulden? Insbesondere die Debatte um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, des Herzstücks der europäischen Schuldenregeln, rückt hier in den Mittelpunkt.

Dabei sind die Rollen nicht mehr so klar verteilt wie in früheren Debatten, in denen der „frugale Norden“ dem „freigebigen Süden“ gegenüberstand. Die gemeinsame Initiative zur Reform der EU-Schuldenregeln von Spanien und den Niederlanden ist ein Beispiel für diese Veränderung. Im Kern stellen sich die Fragen: Welchen Weg soll Europa einschlagen, um seine vielfältigen und

kostenintensiven Ziele zu erreichen? Ist es der Weg über mehr Schulden oder eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik?

Europas unterschiedliche Wirtschaftstraditionen

Dabei zeigen sich unterschiedliche Wirtschaftstraditionen und ökonomische Ansätze in den EU-Mitgliedstaaten. Die einen drängen darauf, öffentliche Ausgaben zurückzufahren, um Schulden abzubauen. Die anderen argumentieren, dass öffentliche Ausgaben erhöht werden sollten, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und so aus den Schulden herauszuwachsen.¹ Der Brüsseler Thinktank Bruegel hat unter anderen angeregt, eine „Grüne Goldene Regel“ (Green Golden Rule, GGR) für die EU-Schuldenregeln einzuführen: ein Konzept, das auf die Ökonomen Chichilnisky, Heal und Beltratti zurückgeht.² Hiermit sollen mehr schuldenfinanzierte öffentliche Investitionen in die digitale und ökologische Transformation ermöglicht werden, indem nach der Art der öffentlichen Ausgabe unterschieden wird. Länder mit gesunden öffentlichen Finanzen könnten dann jenseits der EU-Schuldenregeln diese Investitionen tätigen.³ Tatsächlich schreiben auch stabilitätsorientierte Ökonomen wie Thiess Büttner, dass Schulden unter bestimmten Umständen ökonomisch sinnvoll sein können. Sie können erstens bei einem kurzfristigen Finanzbedarf, vor allem in Krisen, stabilisierend wirken. Zweitens kann sich der Staat in der Regel zu besseren Konditionen am Kapitalmarkt Geld leihen als private Akteure.⁴

Proteste in Paris: Im Mai 2023 gingen zahlreiche Menschen gegen die von der französischen Regierung geplante Rentenreform auf die Straße. Teure Rentensysteme sind indes laut Ökonomen nicht selten ein zentraler Grund für eine angespannte Haushaltslage.
Foto: © Maxime Gruss, Hans Lucas, picture alliance.

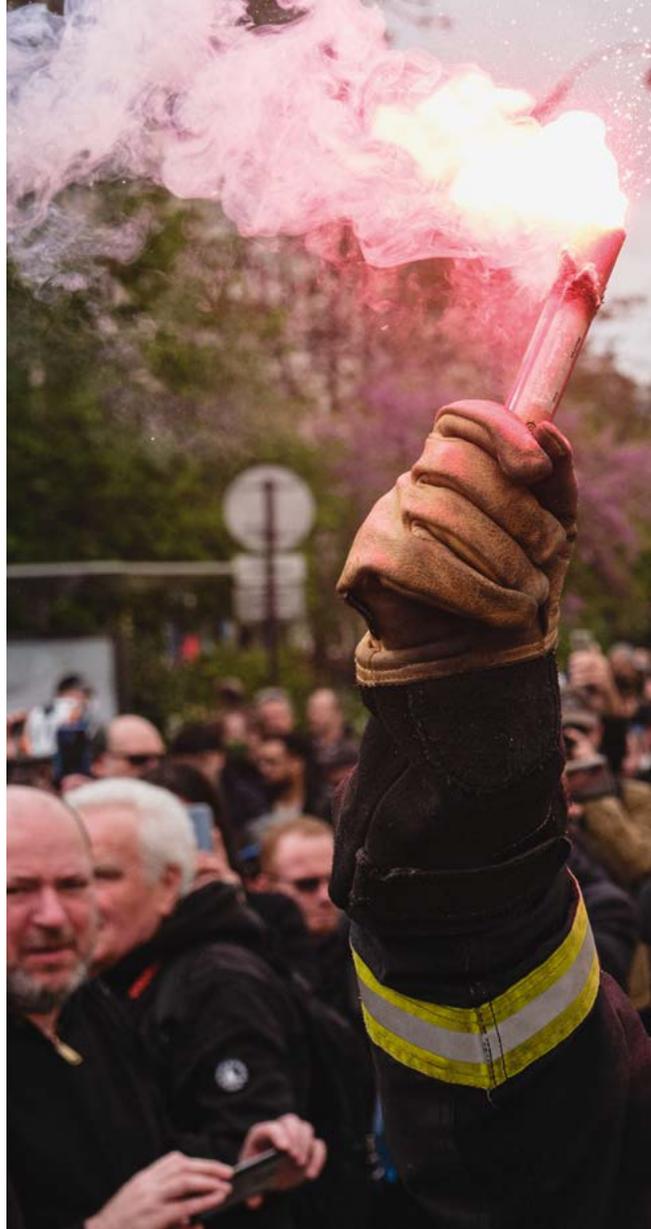
Warum es Fiskalregeln braucht

Dennoch argumentiert Büttner dafür, dass es eine Begrenzung in Form einer Schuldenbremse und europäischer Fiskalregeln braucht. Der Hauptgrund ist die sogenannte Zeitinkonsistenz. Eine Regierung arbeitet tendenziell stärker für kurzfristige Erfolge mit Blick auf ihre Wiederwahl und vernachlässigt so die langfristig optimale Finanzplanung. Schuldenabbau bleibt so stets die Aufgabe der Nachfolgeregierung. Das hat verheerende Folgen:

1. Eine unsichere Rückzahlung der Staatsschulden kann die gesamte Volkswirtschaft belasten und damit bereits zu wirtschaftlichen Einbußen führen.
2. Die Geldpolitik kann dafür eingesetzt werden, die Zinsen für die Refinanzierung der Staatsschulden niedrig zu halten, was wiederum die Inflation anheizt.⁵

Deutschland hätte während der Coronapandemie nicht so entschieden reagieren können, wenn es die Jahre davor nicht auf solide Finanzen geachtet hätte.

Auch die Ökonomen Kauder, Matthes und Sultan argumentieren, dass eine potenzielle Schuldenkrise, die durch mangelnde finanzielle Nachhaltigkeit verursacht werden könne, alle anderen Ziele einer Volkswirtschaft inklusive der ökologischen Transformation gefährde. Daher gelte es, das Ziel der finanziellen Nachhaltigkeit prioritär zu verfolgen.⁶



Das Argument, dass schuldenfinanzierte öffentliche Ausgaben per se zu einer Produktivitätssteigerung beitragen und damit nachfolgende Generationen durch mehr Wirtschaftswachstum nicht belasten würden, ist empirisch schwer haltbar. Tatsächlich flossen zusätzliche Mittel meist weniger in Bildung und Investitionen, sondern mehr in konsumtive Sozialausgaben.⁷ Außerdem wird die Möglichkeit der Verschuldung häufig dafür genutzt, notwendige strukturelle Reformen auf die lange Bank zu schieben. Ein Beispiel ist die französische Rentenreform. Tatsächlich seien die teuren Rentensysteme Südeuropas, so



schreibt der Ökonom Jörg König, „zentral mitverantwortlich“ für die angespannte Haushaltslage einiger südeuropäischer Mitgliedstaaten. König zeigt des Weiteren, dass sich keine längerfristige sogenannte negative Zins-Wachstumsdifferenz, insbesondere für Italien, eingestellt hat. Eine negative Zins-Wachstumsdifferenz beschreibt eine Situation, in der die erhöhten Zinslasten infolge von Schuldenaufnahmen durch das stimulierte Wirtschaftswachstum absorbiert werden. So hat Italien in den ersten 20 Jahren der Währungsunion keine einzige negative Differenzrate erreichen können.⁸ Somit

ist auch der Ansatz der „Grünen Goldenen Regel“ in der Praxis schwer umzusetzen und hat vielmehr negative Konsequenzen. Mit ihr würden notwendige Investitionen nicht durch schwierige, aber ebenso notwendige Umschichtungen im Haushalt und Strukturreformen mobilisiert, sondern unter Beibehaltung des Status quo mit zusätzlichen Schulden finanziert. Auch die Fähigkeit, in Krisenzeiten schnell Kapital zu mobilisieren und damit resilienter zu sein, ist abhängig von einer moderaten Staatsverschuldung, betont der Ökonom Lars Feld.⁹ Zum Beispiel hätte Deutschland während der Coronapandemie und

des Energiepreisschocks infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nicht so entschieden reagieren können, wenn die Jahre davor nicht auf solide Finanzen geachtet worden wäre.

Zu den Anreizen für Regierungen, über das ökonomische Optimum hinaus Schulden aufzunehmen, kommt in einer Währungsunion eine weitere Komponente hinzu: der „Verschuldungsanreiz durch Vergemeinschaftung“. Die Mitgliedstaaten sind durch die gemeinsame Währung und durch den gemeinsamen Binnenmarkt wirtschaftlich eng verwoben, sodass der Zahlungsausfall eines Landes erhebliche Auswirkungen auf die anderen Länder hat. Folglich trägt die Kosten für einen Zahlungsausfall nicht nur das einzelne Land, sondern die gesamte Währungsunion. Darüber hinaus erschwert eine unsolide Fiskalpolitik einzelner Mitgliedstaaten die Inflationsbekämpfung für die ganze Währungsunion.¹⁰ So konstatiert der Ökonom Jörg König: „Dauerhaft steigende Schuldenquoten sind entweder die Steuern oder die Inflation von morgen.“¹¹

Europas Schuldenberge

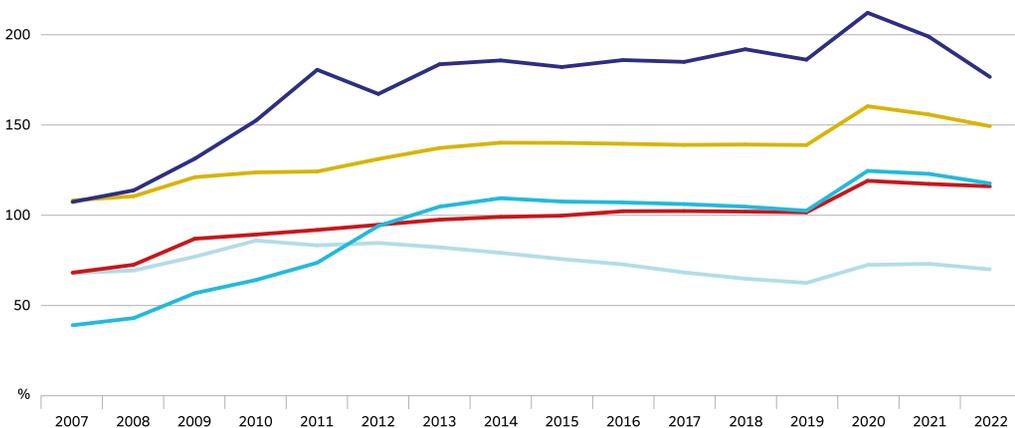
Um eine gemeinsame Geldpolitik und eine dezentrale Fiskalpolitik besser zu koordinieren, wurde im Jahr 1997 mit dem Vertrag von Amsterdam der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) beschlossen. Er beinhaltet die Maastricht-Kriterien

von 1992, die vorgeben, dass das jährliche öffentliche Defizit nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen und sich der Schuldenstand auf nicht mehr als 60 Prozent des BIP belaufen darf. Der SWP wurde 2005 reformiert und infolge der Eurokrise durch weitere Verschärfungen und Instrumente ergänzt. So wurden unter anderem das sogenannte Sixpack im Jahr 2011 verabschiedet, der Europäische Stabilitätsmechanismus im Jahr 2012 eingeführt und im selben Jahr der Fiskalvertrag unterzeichnet. Diese Maßnahmen zielten darauf, die Währungsunion zu stabilisieren und resilienter zu machen. Dazu zählt, dass die Mitgliedstaaten¹² mit dem Fiskalpakt eine Selbstverpflichtung eingegangen sind, auf nationaler Ebene Schuldenbremsen zu verankern.

Die Zinslasten insbesondere für hochverschuldete Staaten steigen.

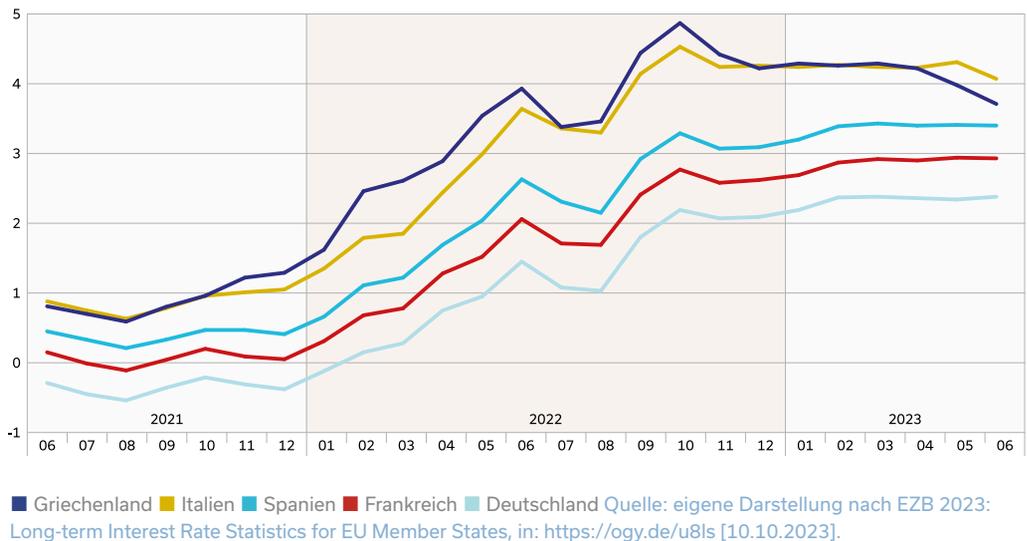
Trotzdem wertet der Ökonom Matthias Kullas den Stabilitäts- und Wachstumspakt als „keine Erfolgsgeschichte“. Beispielsweise hat Griechenland seit Einführung des SWP in 21 von 25 Jahren das maximale öffentliche Defizit von drei Prozent des BIP überschritten, wobei sich durch die

Abb. 1: Staatsverschuldung in Relation zum BIP



■ Griechenland ■ Italien ■ Spanien ■ Frankreich ■ Deutschland Quelle: eigene Darstellung nach Eurostat 2023: Government Deficit/Surplus, Debt and Associated Data, in: <https://ogy.de/oxgr> [10.10.2023].

Abb. 2: Zinssätze zehnjähriger Staatsanleihen (Zinssätze in Prozent)



Strukturen in Folge der Eurokrise zuletzt auch Erfolge bei der Reduzierung des griechischen Schuldenstandes abzeichnen. Auch beim zweiten Maastricht-Kriterium sind die Zahlen ernüchternd: Seit Einführung des SWP haben zwölf der Mitgliedstaaten, die derzeit einen Schuldenstand von mehr als 60 Prozent ihres BIP haben, diesen nicht verringert, sondern erhöht.¹³

Ein Blick auf die Schuldenstände von Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich in Abbildung 1 zeigt, wie weit die Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent des BIP bereits überschritten wurde: Griechenland erreichte im Jahr 2022 einen Schuldenstand von rund 171 Prozent des BIP, Italien von circa 144 Prozent, Spanien von etwa 113 Prozent und Frankreich von ungefähr 112 Prozent. Die Ökonomen Kauder, Matthes und Sultan haben in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft mit Schuldentragfähigkeitsanalysen die Entwicklung mehrerer Euroländer bis zum Jahr 2030 modelliert. Sie haben hierfür ein wirtschaftlich optimistisches, ein intermediäres und ein pessimistisches Szenario zur Grundlage genommen. Für Frankreich ergibt sich für alle drei Szenarien ein Anstieg des Schuldenstandes, was maßgeblich auf das hohe Defizit des französischen Haushalts zurückzuführen ist.¹⁴ Vor diesem Hintergrund erscheint eine weitere Regel des SWP zunehmend realitätsfern.

Die sogenannte Zwanzigstel-Regel legt fest, dass Länder binnen 20 Jahren ihren Schuldenstand wieder auf die 60-Prozent-Marke reduzieren müssen. Das hätte für Länder wie Griechenland und Italien rigorose Sparmaßnahmen zur Folge, die wahrscheinlich eine Rezession auslösen würden. Durch den Wirtschaftseinbruch wäre der Schuldenstand in Relation zum BIP dann sogar noch höher.¹⁵ Daher müsste diese Regel zwingend reformiert werden, ohne jedoch Tür und Tor für eine weitere Erhöhung der Schuldenstände zu öffnen.

Schwierige Refinanzierung und die Rolle der Europäischen Zentralbank

Auch die Zinslasten insbesondere für hochverschuldete Staaten steigen. Italien und Frankreich müssen jährlich circa ein Achtel ihrer Verschuldung revolvingen, also alte Staatsanleihen durch neue ersetzen. Neu emittierte Staatsanleihen sind deutlich höher verzinst als jene, die noch vor wenigen Jahren ausgegeben worden sind, wie Abbildung 2 zeigt. Beispielsweise betrug der Zinssatz für zehnjährige französische Staatsanleihen im Dezember 2021 noch 0,05 Prozent. Im Dezember 2022 war er bereits auf 2,62 Prozent gestiegen. Auch die Zinsausgaben des Bundes haben sich von 4 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf prognostizierte 40 Milliarden im Jahr 2023 erhöht.¹⁶

Als Reaktion auf den Zinsanstieg hat der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) am 21. Juli 2022 das sogenannte Transmissionsschutz-Instrument (Transmission Protection Instrument, TPI) verabschiedet. Es soll den Kauf von Anleihen einzelner Eurostaaten unter bestimmten Umständen ermöglichen, um ungerechtfertigte Zinsaufschläge auf deren Anleihen einzudämmen.¹⁷ Damit füllt das TPI laut dem Ökonomen Jürgen Matthes eine Leerstelle in der Wirtschafts- und Währungsunion aus. Gleichzeitig weist es in seiner aktuellen Konzeption einige Defizite auf. So kann es wegen unklarer Konditionalität den Anreiz für Euroländer verringern, auf fiskalische Nachhaltigkeit zu achten. Außerdem bleibt unklar, wie die EZB zwischen berechtigten und unberechtigten Zinsaufschlägen unterscheiden soll. Eine Lösung würde laut Matthes unter anderem darin bestehen, das TPI in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu integrieren.¹⁸ Der ESM wurde im Gegensatz zur EZB zur Unterstützung überschuldeter Euroländer geschaffen, ist auf dem Gebiet methodisch versiert, rechtsicher und demokratisch legitimiert.

Mit ihrer Geldpolitik fängt die EZB Fehlentwicklungen der Fiskalpolitik der Euroländer auf.

Das TPI musste bisher allerdings noch nicht angewandt werden, da wahrscheinlich die Ankündigung des Instruments bereits ausgereicht hat, um die Märkte zu beruhigen. Hier zeigen sich Parallelen zu Mario Draghis „Whatever-it-takes“-Rede im Juli 2012 auf dem Höhepunkt der europäischen Finanz- und Schuldenkrise. In deren Folge musste das damals aufgesetzte Programm Outright Monetary Transactions (OMT-Programm), mit dem die EZB ebenfalls in unbeschränktem Ausmaß Staatsanleihen hätte kaufen können, auch nicht angewandt werden.¹⁹ Ein weiterer Grund ist, dass Ersatzkäufe im Rahmen des von der EZB während der Coronapandemie aufgestellten Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) getätigt wurden. Es umfasst einen potenziellen Gesamtumfang von

1,85 Billionen Euro.²⁰ Damit wurden in größerem Umfang deutsche durch italienische Staatsanleihen ersetzt, um den erhöhten Zinsaufschlägen für italienische Staatsanleihen entgegenzuwirken.

Die EZB stützt mit ihren Anleihekaufprogrammen schon länger indirekt die Haushalte hochverschuldeter Euroländer. So belaufen sich für Spanien und Italien die Anteile an Staatsanleihen, die von der EZB gehalten werden, auf jeweils fast 50 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts.²¹ Problematisch an dem zunehmenden Eingreifen der EZB ist, dass sie von ihrer Marktneutralität weiter abrückt und womöglich das Ziel der Inflationsbekämpfung mit dem Ziel, hochverschuldete Euroländer durch ihre Leitzinserhöhungen nicht zu überfordern, abwägt.²² Auf der anderen Seite fängt die EZB mit ihrer Geldpolitik Fehlentwicklungen auf, die aufseiten der Fiskalpolitik der Euroländer verursacht wurden. Eine funktionierende Stabilitätsunion würde die EZB erst gar nicht in die Lage bringen, größere Eingriffe zu erwägen.

Quantitative, einheitliche Fiskalregeln oder qualitative, individuelle Verhandlungen?

Für eine Stabilitätsunion sind quantitative, einheitliche Fiskalregeln unabdingbar. Diese werden in der Debatte um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts jedoch zunehmend infrage gestellt.²³ So wird vorgeschlagen, dass zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten individuelle Schuldenabbaupläne vereinbart werden. Das würde, so die Argumentation, die *national ownership* der Mitgliedstaaten stärken und auf die konkrete wirtschaftliche Situation Rücksicht nehmen. Schwer von der Hand zu weisen ist das Argument, dass die innenpolitische Lage in einigen höher verschuldeten Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Frankreich, eine mittelfristige Haushaltskonsolidierung erschwert. Dennoch wird mit individuellen Vereinbarungen das Problem nicht gelöst. So schreibt der Ökonom Matthias Kullas, dass die unterschiedlichen Wirtschaftstraditionen in Europa eher den Plan einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben einiger Mitgliedstaaten erwarten lassen, um aus den Schulden vorgeblich



herauszuwachsen.²⁴ Tatsächlich sind jedoch unpopuläre Strukturreformen notwendig, um langfristiges Wachstum und solide Finanzen zu erreichen.

Es ist politisch nur schwer durchsetzbar, Mitgliedstaaten, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, noch weitere Belastungen aufzuerlegen.

Individuelle Abbaupfade zu verhandeln, kann vielmehr das Gefühl einer Fremdbestimmung durch die EU anstelle von *national ownership* befördern. Praktisch hieße es, dass jeweils eine neue Regierung zunächst mit der Europäischen Kommission den nationalen Abbaupfad nachverhandeln müsste. Das kann den Frust auf Brüssel erhöhen, wie die griechische

Staatschuldenkrise gezeigt hat.²⁵ Generell räumen qualitative Regeln, die auf einer Schulden-tragfähigkeitsanalyse basieren, der Kommission zu viel Interpretationsspielraum ein. Sie würde damit zwangsläufig zu einer politischen Schiedsrichterin werden.²⁶ Auch der anvisierte Zeitraum des Abbaupfads, der sich unter bestimmten Kriterien von vier auf sieben Jahre verlängern ließe, ist laut dem Ökonomen Friedrich Heinemann problematisch. Da er sich über eine Legislaturperiode erstreckt, werde das anfangs erwähnte Problem der Zeitinkonsistenz weiter bestehen. Einsparungen und Reformen blieben somit stets die Aufgabe der Nachfolge-regierung.²⁷

Einfachere Regeln mit effizienter Durchsetzung

Vielmehr sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt in Richtung einfacherer Regeln und einer effizienteren Durchsetzung reformiert werden. Die Ökonomen Matthes und Sultan empfehlen



Der Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt: Die EZB stützt mit ihren Anleihekaufprogrammen schon länger indirekt die Haushalte hochverschuldeter Euroländer. Foto: © Florian Gaul, greatif, picture alliance.

zum Beispiel, dass in den geplanten Abbaupfaden die Benchmark eingeführt werde, dass die sogenannten Nettoprimaryausgaben um eine bestimmte Marge geringer ausfallen müssten als das Potenzialwachstum. Die Ausgabensteigerungen würden damit im Mittel unter dem Wirtschaftswachstum liegen, sodass die Schuldenstandquote in der Regel sinke.²⁸ Eine Möglichkeit wäre auch, nicht ausschließlich auf finanzielle Sanktionen bei Regelverstößen zu setzen. Für die Kommission ist es politisch schwer durchsetzbar, Mitgliedstaaten, die bereits in finanziellen Schwierigkeiten sind, noch weitere finanzielle Belastungen aufzuerlegen.²⁹ Auch das Europäische Semester, das die Wirtschaftspolitik in der EU eigentlich koordinieren soll, könnte durch mehr Verbindlichkeit aus seinem „Dornröschenschlaf“ geweckt werden, sodass seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten nicht mehr nur Empfehlungen bleiben.³⁰

Die Zurückhaltung der Kommission bei der Durchsetzung der Fiskalregeln wird von Kelemen und Pavone auf ihre Doppelrolle als „Motor der Integration“ und „Hüterin der Verträge“ zurückgeführt. Eine Durchsetzung der Fiskalregeln hätte die Unterstützung für die EU-Integration in den betroffenen Mitgliedstaaten schwinden lassen, sodass offene Verletzungen der Fiskalregeln in Formelkompromissen endeten.³¹ Eine vielversprechende Antwort darauf wäre die Schaffung eines unabhängigen, nicht-politischen Überprüfungsorgans und eine Automatisierung der Anwendung der EU-Schuldenregeln. So forderte bereits Theo Waigel in seiner Zeit als deutscher Finanzminister die Schaffung eines Europäischen Stabilitätsrates.³² Diese Rolle kann der bereits bestehende Europäische Fiskalausschuss nach einer institutionellen Aufwertung übernehmen. Auch eine Dezentralisierung der Fiskalregeln mit unabhängigen, nationalen Fiskalinstitutionen ist laut dem Ökonomen Thies Büttner ein Weg zu einer effizienteren Einhaltung der Fiskalregeln. In Deutschland sind hierfür der unabhängige Beirat des Stabilitätsrats, die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betraut.

Dafür braucht es aber quantitative, einheitliche Regeln, um die Einhaltung der Fiskalregeln auch transparent überprüfen zu können. Ausgehandelte Abbaupfade zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission würden hingegen einer Re-Zentralisierung gleichkommen.³³

Fazit

Europa steht vor großen Zukunftsinvestitionen, aber auch auf hohen Schuldenbergen. Da eine unsolide Haushaltspolitik mittelfristig eine neue Schuldenkrise riskiert, kann sie die digitale und ökologische Transformation gefährden. Die Ziele der Transformation müssen somit unter der Bedingung einer soliden Fiskalpolitik verfolgt werden. Dafür müssen einheitliche, quantitative Schuldenregeln, eine unabhängige Kontrollinstanz sowie mehr Dezentralisierung der Überwachung der Schuldenregeln durch nationale Fiskalinstitutionen im Mittelpunkt stehen. Dagegen ist eine Fortführung der expansiven Geld- und Fiskalpolitik mit umfassenden Anleihekaufprogrammen keine solide Wachstumsstrategie. Diese Politik hat neben weiteren Faktoren zur hohen Inflation geführt. Um nachhaltig aus den Schulden herauszuwachsen und die digitale und ökologische Transformation zu stemmen, braucht es vielmehr Strukturreformen und Priorisierungen im bestehenden Haushalt. Die Entscheidung, wo diese ansetzen, obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten als Teil ihrer nationalen Souveränität. Es darf jedoch die Frage gestellt werden: Ist etwa eine partielle Schuldenfinanzierung von Südeuropas teuren Rentensystemen angesichts fehlender Investitionen in die digitale und ökologische Transformation noch nachhaltig? Positivbeispiele für notwendige Strukturreformen sind Portugal und Griechenland, die infolge der Reformanstrengungen während der Eurokrise den Weg für solides Wachstum und eine Reduzierung ihrer Schuldenstände geebnet haben.

Tim Peter ist Referent für die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Kullas, Matthias 2023: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt: Defizite bei der Bekämpfung der Defizite, in: Berthold, Nobert / Quitzau, Jörn (Hrsg.): Die Wirtschafts-Welt steht Kopf, München, S. 59–71, hier: S. 63.
- 2 Chichilnisky, Graciela / Heal, Geoffrey / Beltratti, Andrea 1995: The Green Golden Rule, *Economics Letters* 49, S. 175–179.
- 3 Darvas, Zsolt 2022: Legal options for a green golden rule in the European Union's fiscal framework, Bruegel, 12.07.2022, in: <https://ogy.de/gc0a> [10.10.2023].
- 4 Büttner, Thiess 2022: Schuldengrenzen und Föderalisierung der Verschuldung in Europa, in: Burgi, Martin / Waldhoff, Christian (Hrsg.): Kommunale Selbstverwaltung im Bundes- und Finanzstaat, Köln, S. 615–629, hier: S. 616.
- 5 Ebd., S. 616 ff.
- 6 Kauder, Björn / Matthes, Jürgen / Sultan, Samina 2023: Reforming Economic and Monetary Union: Balancing Spending and Public Debt Sustainability, *Martens Centre Policy Brief*, Wilfried Martens Centre for European Studies, 05.06.2023, S. 22, in: <https://ogy.de/dkdh> [10.10.2023].
- 7 Schuknecht, Ludger 2020: *Public Spending and the Role of the State*, Cambridge.
- 8 König, Jörg 2023: 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 30 Jahre Europäischer Binnenmarkt: Ausgangsbasis für weiteren Erfolg, *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik* 169, 06/2023, S. 8 ff., in: <https://ogy.de/88cy> [10.10.2023].
- 9 Feld, Lars P. 2023: Zeitenwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Blick von außen – Der ökonomische Gastbeitrag, *BMF-Monatsbericht* Februar 2023, 21.02.2023, Bundesministerium der Finanzen (BMF), S. 18–21, hier: S. 20 f., in: <https://ogy.de/cx1w> [11.11.2023].
- 10 Büttner 2022, N. 4, S. 619 ff.
- 11 König 2023, N. 8, S. 16.
- 12 Das Vereinigte Königreich, Irland und Tschechien unterzeichneten den Vertrag im Jahr 2012 nicht. Tschechien ist dem Vertrag 2019 beigetreten.
- 13 Kullas 2023, N. 1, S. 62 f.
- 14 Kauder / Matthes / Sultan 2023, N. 6, S. 16 ff.
- 15 Peter, Tim 2023: Lieber nicht reformieren, als falsch reformieren? Eine Einordnung des Gesetzentwurfs zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, *kurzum* 138, 04.05.2023, in: <https://ogy.de/rtwr> [10.10.2023].
- 16 Feld 2023, N. 9.
- 17 Europäische Zentralbank 2022: The Transmission Protection Instrument, Pressemitteilung, 21.07.2022, in: <https://ogy.de/thk1> [10.10.2023].
- 18 Matthes, Jürgen 2023: Reforming Economic and Monetary Union: The ECB's Transmission Protection Instrument, *Konrad-Adenauer-Stiftung*, 06.07.2023, in: <https://ogy.de/dr85> [07.11.2023].
- 19 Peter, Tim 2022: Die EZB in der Zwickmühle zwischen Inflation und Staatsschulden? Eine Einordnung des Transmissionsschutz-Instruments, *Analysen & Argumente* 490, 28.09.2022, in: <https://ogy.de/546y> [10.10.2023].
- 20 Deutsche Bundesbank 2023: Pandemic Emergency Purchase Programme, in: <https://ogy.de/fosq> [10.10.2023].
- 21 König, Jörg 2022: Europas Schuldenproblem – Wie sich der gordische Knoten lösen lässt, *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik* 164, 07/2022, S. 25 ff., in: <https://ogy.de/iy9z> [10.10.2023].
- 22 *The Economist* 2022: The Visible Hand, 444: 9305, S. 63–64.
- 23 Mussler, Werner 2023: EU-Kommission nimmt Reform des Stabilitätspakts vorweg, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.03.2023, in: <https://faz.net/-gqe-b5ixj> [10.10.2023].
- 24 Kullas 2023, N. 1, S. 68 f.
- 25 Büttner, Thiess 2023: Zentralisierung oder Dezentralisierung der europäischen Fiskalregeln? Zum Reformvorschlag der EU-Kommission, in: *Wirtschaftsdienst* 103: 5, S. 301–304, hier: S. 303 f.
- 26 Peter 2023, N. 15.
- 27 Heinemann, Friedrich 2023: Der Schulden-Plan für Europa geht genau in die falsche Richtung, *Die Welt*, 17.02.2023, in: <https://welt.de/243796253> [10.10.2023].
- 28 Matthes, Jürgen / Sultan, Samina 2023: Reform der EU-Fiskalregeln: Lindners Ideen haben Berechtigung, *IW-Kurzbericht* 29, Institut der deutschen Wirtschaft, 25.04.2023, in: <https://ogy.de/ejff> [10.10.2023].
- 29 Kullas 2023, N. 1, S. 67 f.
- 30 Morwinsky, Oliver 2020: Erwacht das Europäische Semester aus seinem Dornröschenschlaf? Ein Appell für mehr Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit, *Analysen & Argumente* 410, 01.10.2020, in: <https://ogy.de/11lv> [10.10.2023].
- 31 Kelemen, R. Daniel / Pavone, Tommaso 2022: Where Have the Guardians Gone? Law Enforcement and the Politics of Supranational Forbearance in the European Union, 24.02.2022, in: <https://ogy.de/Ou80> [10.10.2023].
- 32 Bundesregierung 1995: Die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft: Ein Gewinn für Europa, Rede von Bundesminister Dr. Waigel am 29. November 1995 in Bonn, *Bulletin*, S. 95–99.
- 33 Büttner 2023, N. 25, S. 303 f.



**ERFAHREN SIE MEHR ÜBER
DIE EUROPAWAHLEN 2024**





ISSN 0177-7521
39. Jahrgang
Ausgabe 4|2023



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
www.auslandsinformationen.de
www.fb.com/internationalreports
www.twitter.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Canan Atilgan
Thomas Birringer
Christian Echle
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Caroline Kanter
Dr. Christina Krause
Sabina Wölkner
Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:
Alena Karolina Beram, Felicia Klapka,
Leonie Lieske, Lina Rühl und Zoe Willim

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an: auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:
Unser Cover zeigt das Plakat eines Teilnehmers einer „Pulse of Europe“-Veranstaltung in Berlin 2017. Wir teilen die Zuneigung des Teilnehmers zur EU, setzen aber andere Prioritäten. Daher haben wir punktuell in die Aussage des Plakats eingegriffen.
© Thomas Imo, photothek, picture alliance.
Alle weiteren Fotos und Grafiken wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Oliver Seifert, Weimar

Gestaltung / Satz:
racken GmbH, Berlin

Druck:
Print & Media, Rostock